

Dienstag, 11. Juni

en zwei
de mehr
Mensch

en Fund
einer abge
eter östlich
die Polizei
California
genen
Charles Ng
Sie in
spitzverbre
möglichst
schen zum
Opfer ge
ben. Seine
Unterstütz
seien über
schwinden
Zeit mit de
stenden hat
Polizei offi
daß die Ver
m Verbrechen
ein können
wird, der Off
agnus' ged
Juni unterge
war unterge
eines Lade
men worden
Lohn

nopfer gebor
rt. Johann
anische Re
aben gestern
der bei der
tiefsten G
rgangenem
amen war. D
ernühten to

te mit Zahng
daß Sa
ist jeden z
0 ist wäh
te von de
orden we
Steuerh
den. Seit
nd 50 Er
Zahnärzt
scher Lab
mut dem
egebracht

andung expl
daß La
monoplon
n. Über de
n Menschen
ste sich: e
sechs Sch
lieder und
den gebore
den. Die d
e Wasser
er gausche
und explod

ausen bleibt
daß die
umhausen
1. Minu
wegen vers
sterns Ein
recht wu
u von de
gessen. Die
gessen. Die
Landesgeri

liches Ende
SAD
inder im A
13 Jahre
at Indu
at Indu
bad geg
hummback
an der tie
er gefüll
so neig
daß die
Eg-Letter

re alt gewor
APF
natisch
in Suc
in Abw
störten. M
berlöst: s
seinen 2
ut um Sch
über eine

UTER LETZ
trien mit
neilande

lle
d Hans
4-6484-6

ne Fund
ne Fund
ne Fund

ne Fund
ne Fund
ne Fund

ne Fund
ne Fund
ne Fund

ne Fund
ne Fund
ne Fund

Mittwoch, 12. Juni 1985 - D***

Aus: Springer Verlag AG, Postf. 10 06 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 26) 304-1 / Auslieferungsbüro Kettwig (02 54) 10 15 34 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 247-1 - Preisblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 134 - 24. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 26,80 bfr., Dänemark 8,00 dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 105 Dr.
Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 275,00 Din., Luxemburg 28,00 fr.
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 1,50 Nkr., Österreich 12,00 S., Portugal 100 Esc.
Schweiz 6,50 sfr., Spanien 160 Ptas., Kanada 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Agenten: Zwischen Ost und West hat gestern in Berlin ein umfangreicher Agentenaustausch stattgefunden. Nach dpa-Informationen wurden auf der Glienicker Brücke 23 Mitarbeiter amerikanischer Nachrichtendienste gegen vier Spione, die in den USA verurteilt worden waren, ausgetauscht.

Schmude-Nachfolger: SPD-Bundestagsfraktionschef Vogel will nächste Woche Vorschläge für einen Nachfolger seines Stellvertreters Schmude machen, der neuer Präses der EKD-Synode wurde. Favoriten sind der derzeitige Vorsitzende des Flick-Untersuchungsausschusses, Penner, und der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klose.

Niedersachsen: Die CDU-Landtagsfraktion hat sich auf den bisherigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Edzard Blanke als Nachfolger für Landtagspräsident Brandes geeinigt.

Anreih: In enger Zusammenarbeit mit Banken und Börse arbeitet der Berliner Senat an einem Konzept, das kleinen und mittleren Firmen einen besseren Zugang zu den Kapitalmärkten ermöglicht, teilte Finanzsenator Rexrodt in einem WELT-Gespräch mit. (S. 8)

Fineht: An unverminter Stelle gelang zwei Männern aus der „DDR“ die Flucht über die Grenze nach Niedersachsen.

ZITAT DES TAGES



„Das geteilte Deutschland ist das geteilte Europa. Sein Drama ist auch unseres.“

Der italienische Staatspräsident Sandro Pertini vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. (S. 8) FOTO: ZOLTAN NAGY

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Trotz des Wachstumsbruchs zu Jahresbeginn rechnet das Bundeswirtschaftsministerium mit einer Fortsetzung des Aufschwungs. Vor allem die Entwicklung von Auftragseingang und Geschäftsklima in der Industrie ließen eine weiterhin aufwärtsgerichtete Tendenz erkennen. (S. 9)

Energie: Ein Prozentsatzsteigerung um ein Prozent auf 2,8 Milliarden DM verbuchte die STEAG 1984. Der Jahresüberschuss des Konzerns erhöhte sich auf 57,8 Millionen DM (Vorjahr 45,4). (S. 12)

Wettbewerb: Die Hauptgemeinschaft der deutschen Einzelhändler hat den Abhol-Großhändler Metro vor fünf Landgerichten rechnet das Bundeswirtschaftsministerium mit einer Fortsetzung des Aufschwungs. Vor allem die Entwicklung von Auftragseingang und Geschäftsklima in der Industrie ließen eine weiterhin aufwärtsgerichtete Tendenz erkennen. (S. 9)

KULTUR

Jiddische Filme: Diese Geschichten mit viel Herzleid und einem Happy-End wurden für ein spezielles Publikum gedreht, für die Juden in Polen und Rußland und für die ostjüdischen Emigranten in den USA. Hamburg erinnert jetzt an dieses vergessene Filmgenre. (S. 18)

SPORT

Tennis: Profi-Schiedsrichter sollen bei internationalen Turnieren künftig eingesetzt werden, um das Regelwerk besser auszulegen und aufmerksamen Stars besser zu begegnen. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Angriff: Ein deutsches Hospital in Ost-Afghanistan ist von Sowjettruppen total zerstört worden. Es gab zahlreiche Tote. (S. 20)

Bachmeyer: Nach mehreren vergeblichen Gnadengesuchen soll die wegen Totschlags an dem

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- | | |
|--|---|
| Meinungen: Wollen wir eine starke oder eine Euro-Währung? - Von Claus Dertinger S. 2 | Fußball: Beckenbauer - „Mein Gott, ich weiß es nicht, ob die Engländer in Form sind“ S. 7 |
| Zhao Ziyang: Lachen aus dem Land des Lächels - Von Bernd Conrad S. 3 | Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8 |
| ABC-Waffen: Kampf oder Reizstoff? - Die Sowjetforschung nutzt Definitionsspiele S. 4 | Wirtschaft: Kohl bezweifelt die Gültigkeit der offiziellen Arbeitsmarktzahlen S. 9 |
| Sudan: Der nordafrikanische Staat hält an der Scharia fest - 1986 Wahlen S. 5 | Kultur: Wie durchs Schlüsselloch - Der Maler Edgar Degas als Graphiker S. 19 |
| Fernsehen: Spanien heute - Zehn Jahre nach dem unblutigen Ende der Franco-Diktatur S. 7 | Aus aller Welt: Claus von Bülow - An diesem Freispruch kann kein Mensch mehr rütteln S. 28 |

Genscher: Richtungsbestimmung durch den Bundespräsidenten

Außenminister nimmt für seine Politik die Weizsäcker-Reden in Anspruch

DW, Bonn. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), dessen jüngster Kurs in der Deutschland- und Ostpolitik, aber auch in Sicherheitsfragen von großen Teilen der Union mit Besorgnis verfolgt wird, hat jetzt für seine Vorstellungen ausdrücklich Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Anspruch genommen. Im Deutschlandfunk beschrieb Genscher gestern die Reden des Bundespräsidenten zum 8. Mai und auf dem Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf mit ihren Aussagen zur Standortbestimmung der Bundesrepublik Deutschland als „Richtungsbestimmung auch für unsere Außenpolitik“. Damit setzt er der „Richtlinienkompetenz“ des Bundeskanzlers offensichtlich einen Konkurrenzbegriff entgegen.

Der Minister, der auch in der SPD/FDP-Koalition das Auswärtige Amt leitet, beschwor die „Kontinuität der deutschen Außenpolitik“ und fügte hinzu: „Wir dürfen hier nicht unseren Nachbarn in West und Ost ständig neue Fragen aufgeben, sondern wir müssen eine politische Kraft sein, die im Westen die Einigung Europas betreibt und von West nach Ost

Gegensätze überwindet, wie wir das mit unserer Vertragspolitik getan haben und wie wir es jetzt tun durch die aktive Mitwirkung im KSZE-Prozess durch die Verbesserung unserer Beziehungen zur DDR und zu anderen Staaten des Warschauer Pakts.“

An diesem Punkt stellte der Interviewer dem Bundesaußenminister die Frage: „Es ist ja schon auffallend, wie häufig Sie die Reden des Bundespräsidenten loben. Das hat wohl seine Gründe. Meine Frage: Wer bestimmt die Bonner Außenpolitik? Bundeskanzler Kohl hat ja durchaus außenpolitische Ambitionen?“ Genscher antwortete, er halte es für ganz normal, daß ein Kanzler in der Außenpolitik in klarer Weise die Positionen seines Landes vertritt. Es gebe eine Regierungserklärung und eine gemeinsam formulierte Politik, die wir auch gemeinsam vertreten, denn Klarheit, ich sage es noch einmal, und Berechenbarkeit sind in der Außenpolitik besonders wichtig. Das schließt ja nicht aus, daß außenpolitische Fragen in einer Demokratie diskutiert werden. „Und ein Konsens im Lande kann ja nur erreicht werden, wenn er ein Konsens nach Diskus-

sion ist und nicht, wenn Sie so wollen, von oben verordnet, in der Öffentlichkeit nicht akzeptierte Politik.“ Man habe aus der Nachrüstungsdebatte Erhebliches lernen können. „Ich finde, daß am Ende unserer Diskussion die Kraft unserer Politik größer und stärker geworden ist, weil aufgrund eines breiten Diskussionsprozesses letztlich doch ein sehr starker Konsens über die Ziele unserer Politik erzielt wurde.“ Und dann ging Genscher auf die Weizsäcker-Reden ein: „Das, was der Bundespräsident über die Standortbestimmung der Bundesrepublik Deutschland gesagt hat, über unsere Verantwortung aus Geschichte, geographischer Lage in Europa, das ist etwas, was eine Richtungsbestimmung auch für unsere Außenpolitik ist.“

Der Journalist hakte nach: „Kann man sagen, daß der Bundespräsident ganz auf der Linie Genschers, Kohls, ja man kann sogar sagen, auf der sozialliberalen Ebene liegt und daß die aktiven Außenpolitiker Dregger, ja man kann auch Hupka und Czaja da zu zählen, daß sie eher störend wirken?“ - Genscher: „Ich würde jetzt

SPD lobt Genschers „Kontinuität“

Der Außenminister spricht wieder häufiger mit Brandt / Vogels Strategie gegen Kohl

PETER PHILIPPS, Bonn. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen einem großen Teil der CDU/CSU und Außenminister Genscher haben zu einer Reaktivierung alter Kontakte zwischen dem FDP-Politiker und der SPD-Spitze geführt. Seit längerem spricht der nach der Bonner „Wende“ von den Sozialdemokraten Geschmähte wieder häufiger und ausführlicher mit SPD-Chef Willy Brandt. Und auch Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel lobte gestern, daß „der Gesprächskreis wieder erhellend“ sei. Man spreche „zur Sache“ und „nicht nur am Rande miteinander“, was beispielsweise „mit der Deutschland- und Ostpolitik möglich“ sei.

Vogel wiegelte allerdings „alle Spekulationen“ über eine weitreichendere Zusammenarbeit ab: „Wir respektieren“, daß Genscher im deutsch- und außenpolitischen Bereich „zu erhalten sucht“, was während der sozialliberalen Koalition angelegt worden sei, und die SPD gewähre ihm dafür auch „unsere Unterstützung“, doch bei alledem sei „natürlich nicht vergessen, was Genscher und andere“ im Zusammenhang mit dem Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts „zu verantworten“ hätten. Im Bereich der Innen- und „vor allem der Wirtschaftspolitik“ sei ohnehin die „Kluft“ zur FDP in den vergangenen Monaten „immer noch tiefer geworden“.

Wie Vogel sagte, „haben wir es auch Genscher, nicht Kohl, zu verdanken“, daß US-Präsident Reagan an Salt 2 festhalten will. Und nicht ohne Bewunderung beobachtet Vogel, wie „Genscher sich jetzt dafür schuldig hält, daß der Kanzler versucht, sein Auswärtiges Amt in die Gruppe Teilschick im Kanzleramt zu integrieren“, wie „genüßlich“ Genscher mit seinem Amt unter anderem den Pannen beim Reagan-Besuch „zugewartet“ hat und jetzt die Früchte der Fehldiagnose im Kanzleramt erntet.

Generell richtet sich die SPD angesichts der „andauernden Kohl-, Kanzler- und Regierungskrise“ nach den Worten Vogels darauf ein, daß es „eine Lage“ ähnlich wie vor Erhards Rücktritt geben könne, in der zwar angesichts der Mehrheitsverhältnisse

kein konstruktives Mißtrauensvotum eingebracht werde, aber „wir den Kanzler zwingen, die Vertrauensfrage zu stellen“.

Die Opposition will jedenfalls auf mehreren Feldern ihre Präsenz zeigen: ● Nachdem der Kanzler ein Gespräch über die SPD-Vorschläge zur Beschäftigungspolitik „abgelehnt“ habe, werde die SPD „noch vor Monatsende aus dem Gewerkschaften und dem BDI zum angebotenen Gespräch führen.“

● In 22 Anfragen soll versucht werden, „Licht in das Dunkel“ der Welt- raumforschung zu bringen, „herauszubringen“, ob Kohl zu Genschers oder Dreggers Vorstellungen steht.

● Das „Desaster der Katalysator-Politik“ soll ebenfalls in dieser Woche debattiert werden mit dem Vogel-Vorschlag der sofortigen Geschwindigkeitsbegrenzung. Am 21. Juni soll das Parlament im Hinblick auf den Mailänder EG-Gipfel vorwärtswende Wegmarken setzen, nachdem die Bundesregierung z. B. durch die Veto-Androhung jede Glaubwürdigkeit verloren“ habe.

Rolf Mengele: Mein Vater ist sicher tot

Sohn des KZ-Arztes gibt Erklärung ab / São Paulos Polizeichef spricht von Nazi-Netz

DW, Frankfurt/São Paulo. Der in Deutschland lebende Sohn des weltweit gesuchten ehemaligen KZ-Arztes Josef Mengele, der Freiburger Rechtsanwalt Rolf Mengele, ist vom Tod seines Vaters überzeugt. Eine Erklärung, die Rolf Mengele gestern der Frankfurter Staatsanwaltschaft abgab und zugleich über ein Büro in München veröffentlichten ließ, lautet:

„Ich habe keine Zweifel daran, daß es sich bei dem am 5. Juni 1985 auf dem Friedhof in Embu/Brasilien exhumierten Leichnam um die sterblichen Überreste meines Vaters Josef Mengele handelt. Ich bin sicher, daß die gerichtsmedicinische Untersuchung dies in Kürze bestätigen wird. Die Familie ist bereit, weitere sachdienliche Hinweise zur Verfügung zu stellen. Ich habe mich im Jahr 1979 an Ort und Stelle persönlich über die Umstände meines Todes vergewissert. Ich habe mit Rücksicht auf die Menschen, die mit meinem Vater in den letzten 30 Jahren in Beziehung standen, bisher geschwiegen. Allen Opfern und ihren Angehörigen gilt mein und unser tiefstes Mitgefühl.“

Aus den Ermittlungen ergibt sich mit immer größerer Deutlichkeit, daß der 1975 nach Österreich zurück-

gekehrte und 1978 dort gestorbene Wolfgang Gerhard, dessen Identität Josef Mengele angenommen haben soll, dabei geblieben haben müsse, Mengele im Jahre 1961 oder noch früher aus Paraguay nach Brasilien zu bringen.

In Haus des echten Wolfgang Gerhard in der Ortschaft Itapericica da Serra bei São Paulo - das Anwesen gehörte heute den Bosserts - entdeckte die Polizei Bücher über Mengele und den Nationalsozialismus sowie die Memoiren des ehemaligen KZ-Häftlings Ben Abraham, zwei Hitlerfotos und die Zeitschrift „Waffenrevue“. Wolfgang Bossert sagte aus, diese Dinge stammten von Mengele, der hier oft Wochenendgast gewesen sei.

Österreichs Konsul in São Paulo, Otto Heller, unterrichtete den Polizeichef über unbestätigte Informationen, wonach der echte Gerhard 1978 nicht bei einem Verkehrsunfall, sondern durch Mord ums Leben gekommen sei. Gerhard's Sohn Adolf deklarierte dies aus Graz. „Mein Vater erlag einem Herzinfarkt.“

Fabius mahnt SPD und Grüne noch nicht einig

Der französische Premierminister Laurent Fabius hat in Ost-Berlin das Recht auf Freizügigkeit angemahnt. Bei einem Essen erklärte Fabius, daß ihm das „Recht aller Menschen, sich frei zu bewegen“ besonders am Herzen liege. Damit erinnerte er seine Gastgeber daran, daß alle Teile der Schlußakte von Helsinki gleichermaßen praktiziert werden müßten.

Nach dem Essen zeigten sich die französischen Gäste verärgert über einen Affront ihrer Gastgeber: Armee-General Heinz Hoffmann nahm - in Uniform - als SED-Politbüromitglied am Bankett teil, obgleich Frankreich dem entmilitarisierten Status Berlins weiterhin größte Bedeutung beimißt.

Demgegenüber sagte der Sprecher der grünen Landtagsgruppe, Dick, die Grünen hätten das Angebot mit ihren zusätzlichen Forderungen nicht zurückgewiesen, sondern dem „ultimativem Angebot“ Börsers lediglich eigene Bedingungen hinzugefügt.

SPD und Grüne noch nicht einig

DW, Wiesbaden. Die hessische SPD und die Grünen wollen ihre Zusammenarbeit wieder aufnehmen. Allerdings sind sich die beiden Parteien über Form und Bedingungen der künftigen Kooperation nicht einig. Der SPD-Landesvorsitzend bekräftigte zwar das Koalitionsangebot an die Grünen, lehnte die darüber hinausgehenden Forderungen der Umweltpartei jedoch ab. SPD-Landesgeschäftsführer Giani wertete die Bedingungen der Grünen als Ablehnung der Koalitionsangebote.

Demgegenüber sagte der Sprecher der grünen Landtagsgruppe, Dick, die Grünen hätten das Angebot mit ihren zusätzlichen Forderungen nicht zurückgewiesen, sondern dem „ultimativem Angebot“ Börsers lediglich eigene Bedingungen hinzugefügt.

Volkszählung doch noch 1986?

ms, Bonn. Die Innenpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich gestern dafür ausgesprochen, daß die Volkszählung am 23. April 1986 statt findet, gleich, ob die Sozialdemokraten diesem Vorhaben zustimmen oder nicht. Damit nehmen sie einen anderen Standpunkt ein als Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU). Dieser hat wiederholt erklärt, daß er keinen Sinn in einer Volkszählung sehe, die von den Sozialdemokraten bekämpft werde und somit bei einem Teil der Bevölkerung auf Ablehnung stieße. Die Innenpolitiker hingegen sind der Auffassung, daß der bereits eingebrachte Gesetzesentwurf binnen zwei Wochen vom Parlament verabschiedet werden könnte. Dabei gehen sie von der Zustimmung der FDP aus.

DER KOMMENTAR

Neue Koalition?

HERBERT KREMP

Hans-Dietrich Genscher sucht für seine Außenpolitik eine neue Koalition. Sie soll jenen Teil der Union neutralisieren, der mit der Fortführung der Ostpolitik im sozial-liberalen Sinne und mit dem Minister-Nein zur Defensiv-Strategie der Amerikaner nicht einverstanden ist. Für diesen tagespolitischen Zweck bringt er den Bundespräsidenten in Stellung. Er lockt durch wolkig formulierte, in der Intention jedoch glasklare Äußerungen die Zustimmung der sozialdemokratischen Opposition hervor. Und er erwacht einen Ordnungsbegriff des Grundgesetzes: Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers, Helmut Kohl soll nicken dürfen.

Alle diese Elemente sind in einem Interview enthalten, das der Außenminister am Dienstagmorgen im Deutschlandfunk gab und unverzüglich als Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes verteilt ließ. Darin nennt sich Genscher zum Garanten für die Kontinuität der deutschen Außenpolitik, die im Westen die Einigung Europas betreibt und von West nach Ost Gegensätze überwindet, wie wir das mit unserer Vertragspolitik getan haben...

Fragen und Antworten zusammenfassen lassen die Distanz erkennen, die das Kabinettsmitglied zur amerikanischen Sicherheitspolitik herstellt. Um sie zu vergrößern, erfindet der Minister der repräsentativen Demokratie die plebiszitäre Außenpolitik. Nach seiner Lesart dürften Fragen wie die militärische Nutzung des Weltraums nicht „von oben verordnet“ werden (Regierungsentscheidung), sondern bedürften eines Konsens, der einen öffentlichen „Diskussionsprozeß“ voraussetze. Genscher begrüßt solche Diskussionen.

Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers (Art. 65 Grundgesetz) läßt Genscher konsequent außer acht, obwohl die Frage gestellt wird. Der Kanzler bestimmt nicht, er „vertritt“ eine „gemeinsam formulierte Politik“. Statt dessen nimmt der Minister den Bundespräsidenten in Dienst, dessen große, über jeder Tagespolitik stehende Rede vor dem Kirchentag er wortwörtlich zur „Richtungsbestimmung“ auch für unsere Außenpolitik erklärt. Weizsäcker habe nicht nur eine Verantwortung, sondern auch eine Außenpolitik artikuliert, die weit über das Regierungslager hinaus Zustimmung finde. Er ist also der Oberlinienrichter. Dies ist der Lockton für Vogel, der daraufhin sofort ein Loblied singt. Genschers neue Koalition schwächt den Kanzler. Wann wird Helmut Kohl den Außenminister zur Ordnung rufen?

Verriet SPD-Abgeordneter geheime Bundeswehrplanung?

Ermittlungen gegen Mitglied des Verteidigungsausschusses

ms, Bonn. Generalbundesanwalt Rebmann hat gegen den stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Bundestages, den SPD-Abgeordneten Walter Kolbow (41), ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Geheimnisverrats eingeleitet. Bundestagspräsident Jochen Scheffgen hat die Ermittlungen gegen den Parlamentarier unterbrochen. Es geht dabei um den Verdacht, Kolbow habe Teile des als „geheim“ eingestuften Textbandes B des Bundeswehrplanes 1985 bis 1987 Journalisten zugänglich gemacht. Kolbow hat gestern die Weitergabe von Geheimmaterial bestritten. Zugleich hat er angekündigt, er werde für die Dauer der Ermittlungen sein Amt als stellvertretender Ausschussvorsitzender niederlegen.

In Kreisen der Sicherheitsbehörden ließ es gestern, noch für diese Woche habe die Bundesanwaltschaft eine Vernehmung des SPD-Politikers angesetzt. Die Bundesanwaltschaft sei bei seit längerem laufenden Recherchen auf die Spur von Kolbow gestoßen, wobei offenkundig auch dessen Mitarbeiter in Betracht gezogen werden. Es seien „kriminaltechnische Untersuchungen“ angestellt worden.

Der Fall hat dem Vernehmen nach folgenden Hintergrund: Am 3. Mai 1984 hatte der Verteidigungsausschuss auf der Hardthöhe den Bundeswehrplan erörtert. Danach fehlte ein Exemplar der Studie, was die SPD zum Anlaß genommen hatte, der hier oft Wochenendgast gewesen sei.

Im Film rückt Gorbatschow Andropow an seine Seite

AFF, Moskau. Verbindung mit dem einstigen KGB-Chef heraus. Mit dem Film wird der sowjetischen Bevölkerung erstmals seit der Stalin-Ära wieder ein Staatsführer mit menschlichem Antlitz gezeigt. Bisher unbekannte Aufnahmen aus Andropows Wohnung in einem Parteigebäude an der Kutusow-Straße in Moskau zeigen vor allem eine beeindruckende Fülle von Büchern im Arbeitszimmer und im nüchtern möblierten Salon.

Auf politischer Ebene liegt die Bedeutung des Streifens in der engen Verbindung von Andropow mit seinem geistigen Erben Gorbatschow. Weder Breschnew noch Tschernenko werden bis auf zwei Einstellungen an Andropows Seite gezeigt, wohl aber der neue Kreml-Chef. Gorbatschow nimmt mit diesem Film unübersehbar die Rolle von Andropows geistigem Erbe in Anspruch. Er hat dies zwar schon in mehreren Reden getan, aber die weite Verbreitung des Dokumentarfilms wird voraussichtlich die Schlagkraft seiner im Andropow-Geist lancierten Reformen - zur „Disziplinierung“, gegen Trunksucht und für wirtschaftliche Erneuerung - noch mehr Gewicht verleihen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

In der Vier-Mächte-Stadt

Von August Graf Kageneck

Die Ostberliner Medien haben den Passus aus der Tischrede des französischen Premierministers Fabius im Staatsratsgebäude, der sich mit den Menschenrechten und der Freizügigkeit befaßt, ihren Lesern und Hörern vorenthalten. Die Erinnerung an den „dritten Korb“ der KSZE-Verhandlungen paßt den Machthabern in Ost-Berlin auch zehn Jahre nach Honeckers Unterschrift noch nicht. Was Fabius hingegen zur Abrüstung in Europa und zur Gefahr eines neuen Wettrüstens im Weltall sagte, wurde ausführlich wiedergegeben. Hier nämlich gibt es, wie Fabius selbst sagte, „im Ton“ eine Konvergenz zwischen Frankreich und der „DDR“.

Aber eben nur im Ton. Frankreich ist, wie Fabius ferner sagte, für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts des Schreckens als die zur Zeit einzige mögliche Garantie der Sicherheit Europas. Wenn er gegen SDI ist, dann, weil er fürchtet, daß dieses Gleichgewicht verlorengehen könnte. Das aber ist nicht Honeckers Sorge. Er ist schlicht gegen alles, was den Westen stärken könnte.

Die Positionen der beiden Staaten, die sich zum ersten Mal auf protokollarisch so hohem Niveau trafen, haben sich also keineswegs verändert. Das aber war auch nicht zu erwarten. Frankreich ist eine der vier Siegermächte juristisch, politisch und moralisch auf seine Haltung gegenüber dem anderen deutschen Staat festgelegt. Die Franzosen sind zu genaue Staatsrechtsexperten, um daran die geringsten Abstriche zuzulassen. Die Gegenwart des Verteidigungsministers Hoffmann in General-Uniform am Bankettisch war eine Verletzung des Berlin-Status, und sie wurde nur hingenommen, weil die Franzosen einen Eklat wegen eines Ministers vermeiden wollten.

Der Wert des Besuches liegt für Fabius im Atmosphärischen. Er kann die Lage in Europa besser beurteilen, wenn er die Akteure kennt. Auch ist Frankreichs Verantwortung für ganz Deutschland leichter zu tragen, wenn es das innerdeutsche Verhältnis besser zu beurteilen vermag. Auch dieses ändert sich. Und das ist für Frankreich immer Quelle von Genugtuung und Zweifel zugleich.

Teststrecke in Genf

Von Fritz Wirth

Die Reaktionen auf den SALT-Beschluß Ronald Reagans schwanken zwischen Euphorie und Schock. Die Befürworter dieses Vertrages, der offiziell nie einer war, weil er in seinem Geburtsjahr 1979 dem US-Senat unter dem Schock der sowjetischen Afghanistan-Invasion niemals zur Ratifizierung vorgelegt wurde, sind verblüfft.

Sie hatten nicht erwartet, daß der Präsident, der in seinem ersten Wahlkampf vor fünf Jahren diesen Vertrag so scharf verurteilt hatte, ihn nun so wortgetreu einhält und darauf verzichtet, für ein modernes U-Boot mit Trident-Raketen ein veraltetes Poseidon-Klasse nur auf Trockendock zu legen, sondern es abrüstet, um das laut Vertragstext festgelegte Limit an Raketen einzuhalten. Mit anderen Worten: daß sich jener Partner, der offiziell diesen Vertrag niemals akzeptiert hat, strikter an seine Bestimmungen hält als die Sowjets, die sich zum Wächter dieses Vertrages aufspielen und ihn dennoch durch Verletzungen unterminieren oder sich in seinen Grauzonen bewegen.

Von den Kritikern dieses SALT-Beschlusses des Präsidenten sind denn auch Vokabeln wie „Ausverkauf“, „einseitige Abrüstung“ und „Appeasement“ zu vernehmen. Zu diesen Kritikern zählt auch Henry Kissinger. „Ich glaube nicht, daß dies ein Weg ist, die Sowjets zu beeindrucken. Sie reagieren auf harte Realitäten, nicht auf Gesten des Goodwill“, erklärte er.

Der Goodwill, den Reagan demonstriert, ist allerdings zeitlich und in der Sache deutlich abgegrenzt. Sein SALT-Beschluß ist eine Bewährungsprobe für den sowjetischen Goodwill. Und die Teststrecke dieses Goodwills sind die gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen in Genf. Seine abwartende Geduld im Umgang mit dem SALT-Vertrag muß im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gesehen werden.

Reagan hat im Vorfeld dieser Verhandlungen, denen die Sowjets mit ihrer starren Defensivtaktik bisher den Stempel aufdrückten, stets die Flexibilität der amerikanischen Position betont. Seine SALT-Entscheidung ist ein deutlicher Beleg dafür, daß dies nicht nur eine leere Phrase war. Der Ball liegt jetzt im Hof der Sowjets.

Demokratischer Ansatz

Von Rudolf Ströbinger

Imre Pozsgay, Generalsekretär der ungarischen „Patriotischen Volksfront“, war zufrieden: Das neue, 1983 angenommene Wahlgesetz hat am Wochenende bei den Parlaments- und Kommunalwahlen seine Feuerprobe bestanden. Ob allerdings die Verbündeten des Warschauer Pakts diese Zufriedenheit teilen, ist fraglich. Denn schon die Tatsache, daß lediglich 94 und nicht wie im real existierenden Sozialismus üblich 99,99 Prozent zur Wahlurne gingen, wird sie stutzig machen.

Nicht nur die relativ niedrig Wahlbeteiligung, die 5,4 Prozent ungültigen Stimmen, die 1,4 Prozent der Wähler, die alle vorgeschlagenen Kandidaten gestrichen haben, und die Notwendigkeit, in 45 Kreisen am 22. Juni eine Stichwahl durchzuführen, läßt bei Ungarns Bündnispartnern die Alarmglocken schrillen. Überhaupt zum ersten Mal hatten in einem kommunistischen Land nämlich die Wähler zwar nicht die Möglichkeit zwischen verschiedenen Programmen, aber unter zwei bis vier Kandidaten die Auswahl. Und die Ungarn haben davon Gebrauch gemacht. Bereits bei der Kandidatenaufstellung setzten sie 75 Bewerber durch, die nicht von der „Patriotischen Volksfront“ vorgeschlagen worden waren. Ein Drittel von ihnen, so der ehemalige Außenminister Frigyes Pujós und der als „Vater der ungarischen Wirtschaftsreform“ gefeierte Ex-Politbüromitglied Rezső Nyers – der auf Druck des Kremls aus der Führung ausscheiden mußte – wurden ins Parlament gewählt.

So weit, daß man auch die wichtigsten Persönlichkeiten der Partei und des Staates zum Ausscheidungsverfahren stellen würde, ging man aber auch in Ungarn nicht. Parteichef Janos Kadar und weitere 34 Kandidaten sicherte man auf einer Landesliste ab. Trotzdem bekam einer der Prominenten, der Gewerkschaftsvorsitzende Sandor Gaspar, einen Denkzettel. Als einziger auf der Landesliste erhielt er deutlich weniger als 99 Prozent der Stimmen.

Frei und demokratisch kann man die Wahlen kaum nennen. Selbst Pozsgay verkündete, daß alle Kandidaten fest auf der Plattform des Sozialismus stehen. Solche, die Kritik an ihr üben – wie etwa Lázló Rajk, der Sohn des 1949 hingerichteten Außenministers –, ließ man nicht kandidieren. Aber trotzdem: Ein kleiner demokratischer Ansatz waren diese Wahlen doch.



Schon ganz grün im Gesicht, der Holger!

KLAUS BÖHL

Craxis großer Sieg

Von Friedrich Meichner

Weitblick, Zielstrebigkeit, Klugheit und Geduld sind Voraussetzungen für den politischen Erfolg in einer Demokratie. Den Politiker von Format zeichnet darüber hinaus noch anderes aus: Eine über allem notwendigen Italiens sozialistischer Ministerpräsident Bettino Craxi hat das eine wie das andere bewiesen. Gegen den Rat seiner christdemokratischen, republikanischen und liberalen Koalitionspartner, die eher für das schlaue, untergründige Taktieren plädierten, setzte er bei dem Referendum über die gleitende Lohnskala alles auf eine offene Karte – und gewann.

Er werde sofort zurücktreten, verkündete er, wenn sich die kommunistisch-neofaschistische Oppositionsallianz bei dem von ihr erzwungenen Volksentscheid mit der Forderung nach voller Reaktivierung der im vorigen Jahr gedrosselten Lohngleitautomatik durchsetzen sollte. Das Ergebnis: 54,3 Prozent der Abstimmenden sprachen Craxi das Vertrauen aus und billigten seine antilohnpolitische Wirtschaftspolitik. Sie widerstanden der Versuchung, für 43 Mark mehr in der Lohnhöhe eine ungewisse weitere Inflationsdämpfung einzukaufen.

Soviel Immunität gegen Demagogie hatten die Kommunisten, hatte aber auch so mancher Politiker den Italienern nicht zugetraut. Aber Craxi, das ist überzeugender Führungsstil, dem im allgemeinen dann auch die notwendige Fortüne nicht versagt bleibt.

Mit Craxi siegte bei dieser Abstimmung auch die Koalition der fünf Regierungsparteien (Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner, Liberale), die schon bei den administrativen Wahlen am 12. Mai einen klaren Erfolg errang. Sie steht heute besser da als je zuvor. Mindestens zwei neue schwere Belastungsproben stehen ihr aber bevor: die Staatspräsidenten-Neuwahl in knapp zwei Wochen und die neue Regelung des Lohngleitmechanismus nach der vorgesehene von den Unternehmern vollzogene Kündigung des Abkommens über die „scala mobile“, die Lohn-Rolltreppe.

Für die Regierungsparteien geht es zunächst darum, sich auf einen gemeinsamen Präsidentenkandidaten zu einigen und die Sozialpartner nach der Aufkündigung der „scala mobile“ wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.

Scheitern kann die Regierung dabei nur durch eigenes Versagen – dann nämlich, wenn sie sich durch interne Streitigkeiten selbst wieder neutralisiert. Daß diese Gefahr besteht, ist nicht zu leugnen. Kaum je hat der italienische Parteienorganismus mit den in ihm wirkenden zentrifugalen Kräften für längere Zeit eine starke Persönlichkeit ertragen. So muß befürchtet werden, daß Craxis unbestreitbarer persönlicher Erfolg Eifersucht und den heimlichen Wunsch weckt, ihn in seine Grenzen zu weisen.

Die erste Gelegenheit dazu könnte die Staatspräsidenten-Neuwahl bieten. Das Vorschlagsrecht für einen Kandidaten der Koalition liegt – inoffiziell, aber eindeutig – bei den Christdemokraten als der mit Abstand stärksten Regierungspartei. Es wird sich bald zeigen, wie die DC davon Gebrauch macht. Sie kann einen Kandidaten vorschlagen, der für alle fünf Parteien akzeptabel ist und dann mit ziemlicher Sicherheit gewählt werden würde. Sie kann aber auch der Versuchung verfallen, Craxi einen Denkzettel zu verpassen, indem sie Politiker nominieren, die sich als Erben der nationalen Solidaritätspolitik Aldo Moros fühlen und mehr auf die kommunistische als auf die sozialistische Wahlhilfe spekulieren.

In diesem letzten Fall wäre die Regierungskrise für den Sommer programmiert. Und den Kommunisten böte sich die Gelegenheit, nach ihren Schläppen bei den administrativen Wahlen und beim Re-



Beginnen die Koalitionspartner nun mit seiner Demontage? Craxi

FOTO: SVEN SIMON

Wollen wir eine starke oder eine Euro-Währung?

Die Ecu: Eine Hoffnung vieler Politiker / Von Claus Dertinger

Europa macht Integrationsfortschritte, wenn überhaupt, nur im Schneckentempo. Die Erweiterung der EG um Spanien und Portugal und der Beitritt Griechenlands zum Europäischen Währungssystem (EWS) als Meilensteine zu bejubeln hieße Quantität mit Qualität verwechseln. Enttäuschung macht sich breit, daß sich die Gemeinschaft in Detailfragen verbeißt, so daß Visionen vom großen Wurf nur Deklamationen sind.

Aber die Europapolitiker geben nicht auf. Sie wollen den Hebel bei der Währungspolitik ansetzen. Die Ecu (European Currency Unit), die aus einem Korb der Mitgliedswährungen des EWS zusammengesetzte Kunstwährung, soll zum Motor der Integration werden. Hinter dieser Vorstellung steht die Überlegung, ein währungspolitischer Schulterschluß werde die EWS-Partner zwingen, die Gegensätze zu überwinden, die Ausdruck unterschiedlicher nationaler Prioritäten und Reflex der Wünsche von Interessengruppen sind.

Nach den bisherigen Erfahrungen muß das wohl eine Illusion bleiben, was freilich die Politiker nicht davon abhält, sich vor Begeisterung zu überschlagen. Gewiß, einer gemeinsamen Europawährung ist eine Symbolkraft nicht abzusprechen. Aber Symbole ändern nun einmal nichts an den Fakten.

Die Schwärmerei für die Ecu, die sich an der zunehmenden Verwendung der privaten Variante dieser Kunstwährung vor allem in Schwachwährungsländern wie Italien und Frankreich als Kreditwährung entzündet, hat allerdings einen handfesten Hintergrund. Da die Ecu als offiziell anerkanntes europäisches Zahlungsmittel jede andere Währung von einer Notenbank ausgegeben werden müßte, sehen viele Europapolitiker, die ob der Abhängigkeit von den mehr national als europäisch denkenden und handelnden Regierungen frustriert sind, die Chance, mit der

Schaffung einer eigenständigen europäischen Notenbankähnlichen Währungsinstitution ein neues Machtzentrum zu schaffen. Auf sie müßten die nationalen Notenbanken einige ihrer Befugnisse übertragen.

Das ist der eigentliche Dolppunkt der Diskussion um die Ecu. Sinn machte eine solche Veranstaltung freilich nur, wenn sich alle Beteiligten über eine gemeinsame Linie einig wären, und zwar nicht nur in den engeren währungspolitischen Fragen, sondern vor allem auch in allen anderen Fragen der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik im weitesten Sinne, die alle von höchster währungspolitischer Relevanz sind. Aber hier hapert es trotz einiger Angleichungsfortschritte immer noch ganz erheblich, was sich zum Beispiel an den unterschiedlichen Inflationsraten ablesen läßt.

Genau das ist schließlich das Motiv, aus dem heraus sich die für die deutsche Währungspolitik Verant-

IM GESPRÄCH Franz Xaver Kroetz

Brechen, nicht Brecht

Von Günter Zehm

Ich will aufs Titelblatt und nicht ins Feuilleton“, fordert Franz Xaver Kroetz im Prolog seines neuen Stücks „Bauern sterben“. Und seine Rechnung geht auf „Größe Schweinerei auf deutscher Bühne“, verkündet „Bild“ am Tag nach der Uraufführung in riesigen Lettern auf Seite eins. Der Münchner Theatermann hat es wieder einmal geschafft. Skandal wird's freilich nicht geben, denn die Premierentag sind Schweinereien in Kroetz-Stücken längst gewohnt. Abtreibung auf offener Bühne, Demenztänze im Plumpschlo, gestorbene Onas, die niemand wegbirgt und die allmählich im Ohrensaßel verfaulen, während die Enkel um sie herum Haschisch spielen – dergleichen regt längst niemand mehr auf. Es ist ja „große Kunst“. Wer mag sich da schon als Banale zu erkennen geben?

Kroetz ist seit Jahren der erfolgreichste deutsche Dramatiker, hat sich von den Tantiemen seiner Stücke einen schönen Bauernhof im bayerischen Kirchberg kaufen können, wo er Pferde züchtet und einen eigenen Bühnenverlag betreibt. Das Fernsehen überträgt viele seiner Inszenierungen, er ist mit Auszeichnungen überhäuft: Fontanepreis, deutscher Kritikerpreis, Hannoverscher Dramatikerpreis, sogar – in den siebziger Jahren, als Kroetz gerade auf der DKP-Liste für den Bundestag kandidierte – einen sogenannten Wilhelm-Lübke-Preis.

Der 39jährige Junggeselle aus alt-eingesessener Münchner Beamtenfamilie ist der Liebling der Isar-Schickeria, seit dem Kokitand von Faßbinder sogar die unbestrittene Nummer eins in Schwabing. Zur Zeit mimt der gelehrte Schauspieler gerade die Hauptrolle in einer Schickel-Mickel-Serie des Fernsehens. Aus der DKP ist er vor einiger Zeit wieder ausgetreten, was ihn allerdings nicht daran hindert, in öffentlichen Umfragen weiter unverdrossen von Lenin, Fidel Castro und dem „Kampf der Arbeiterklasse gegen den US-Imperialismus“ zu schwärmen.

Als künstlerisches Vorbild nennt er immer wieder Brecht, obwohl sein eigener Stil so unbrechtlich wie mög-



Kroetz, der erfolgreichste deutsche Dramatiker. FOTO: PETER FENSCHE

lich ist. Statt Verfremdungseffekt liefert er totalen Naturalismus, statt intellektuellen Kalküls pläne Identifizierung mit dem Bodensatz der Bildung. Halbierte Endbäumern und debile Mägdle, Sonderschüler und geistige Kleinrentner jülicher Couleur bevölkern seine Stücke. Insofern ist er eher ein Abkömmling des bayerischen Bauerntheaters, ein Nachfahre Karl Schönherrers und der Lena Christ, deren Intensität er jedoch bei weitem nicht erreicht. Sind die Figuren Schönherrers ausgespannt zwischen Himmel und Hölle, so gibt es bei Kroetz nur die Hölle, ein Labirinth aus dümpelnden Trieben und ungeklärten Ängsten, aus dem niemand entkommen kann.

Angelehnt geht es darum zu zeigen, wie der „Imperialismus“ die Menschen niederhält. Aber die Mechanismen der Herrschaft geraten kaum je ins Bild, geschweige denn in den Dialog. Die mit epischer Breite vorgeführte verschleierte Debatte kommt nirgends über sich hinaus; ihre dramaturgisch aufbereitete Zustandsbeschreibung wird zum Selbstzweck. So gibt es zweifellos gute Gründe, sich von den Produktionen des Franz Xaver Kroetz abschreckend abzuwenden. Aber der Schickel-Mickel, den Kroetz so gern spielt, und den Fernsehgewaltigen gefällt's. Jede Gesellschaft hat eben die Theater-Kultur, die sie verdient.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALENPOST

Die Hagenener Zeitung kommentiert Raus Regierungserklärung:

Ob der neue Landesorden und eine Stützungsinflation die wirtschaftlichen Not des Landes beheben, muß bezweifelt werden. ... Aber es bleibt ein Phänomen, wie Johannes Rau innerhalb weniger Jahre ein Heimatgefühl ins künstlich geschaffene Bindestrichland Nordrhein-Westfalen eingepflanzt hat. In der 84seitigen Regierungserklärung gerade vier Sätze um die in der SPD heftig umstrittene Zulassung neuer Fernseh- und Rundfunkkanäle, kein Wort zur heißumkämpften Kernenergie. Die zitierte solidarische Gesellschaft scheint für solche Brocken in den Augen des Harmoniebewußten noch nicht reif.

TAGESZEITUNG

Die Berliner Zeitung meint zu Rau:

Warum gelingt ihm, was andere vergebens versuchen? Warum bleiben Rau und die nordrhein-westfälische Regierung glaubwürdig, wo andere mit den gleichen Floskeln scheitern? Rau will nicht hinnehmen, daß junge Menschen von der Schule in die Hoffungslosigkeit entlassen werden. Das will Blum und wollte Schmidt auch nicht. Aber Rau glaubt an die Leute, daß er besorgt ist. Was er denn wirklich tun will oder kann, danach fragt keiner mehr.

Süddeutsche Zeitung

Sie schreibt zur Diskussion über ein Tempolimit:

So wäre die rasche Entscheidung für ein Tempolimit aller Autos ohne Katalysator noch das geringste Übel.

Frankfurter Allgemeine

Sie geht auf die Frage ein, ob der Umweltschutz im Grundgesetz verankert werden soll:

In einer auf Arbeitsteilung beruhenden, ein gewisses Maß von Luxus fördernden Gesellschaft wie der unseren kann ein „Grundrecht auf Umwelt“ nur entweder eine leere Forderung sein oder ein Anlaß für einen endlosen, die Gerichte einbeziehenden und überfordernden Streit, welches Grundrecht hier vorgeleitet, innerhalb des Umweltschutzes oder im Verhältnis zu anderen Grundrechten, etwa dem auf Eigentum oder dem auf Berufsfreiheit. Aber auch eine Bestimmung, die den „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ des Menschen als Aufgabe des Staates in der Verfassungsrang hebt, wäre eine schwierige Unterfangen. Wer anders sollte so einem „Staatsziel“ zur Geltung verhelfen als die Gerichte? Im Einzelnen? Damit würde wieder ein Stück Gestaltungsmacht von den dazu vom Bürger beauftragten Politikern hinüberwandern zu den Richtern.

Mittwoch, 12. Juni 1985 - Nr. 134

Xaver Kroe

echt

der erfolgreichste

moniker Foto

Statt Verdrängungs

alten Kalküls plan

mit dem Bodensatz

form. Halbiere En

stige Mägte. Sonst

istige Kleinrenter

bevolkern seine

st er eher ein Ab

erischen Bauern

hrst, deren Inter

i weiter nicht er

in Himmel und

roetz nur die Fie

us dampfen Thie

n Ahnungen, au

ntrinnen kann.

lich geht es daru

„Imperialismus“

iederhält. Aber die

er Herrschaft gew

geschweide dem

mit eisiger Br

verschiedene De

is über sich hin

isch aufreißende

ung wird zum

es zweifello

n den Produktions

l. Aber der

den Kritikern ge

essenschaftlich

littur, die sie ver

ANDERE

ne einen starken

ator zu kaufen: für

ber auch für jene,

stieren dürfen, da

in sie wollen. Die

n Kat-Dienstwagen

uerzählers dürfen

ls weiter Gas ge

sonierten Raser

P-Verkehrssperre

lummernschill. K

der Köhner oder

l. Kohls kleiner

anfurer Allgem

st auf die Frage, ob

in Grundgesetz

ner auf Arbeits

ein gewisses Maß

der Gesellschaft

ann ein „Grund

ur entweder eine

in oder ein An

in, die Gerichte

d überfordern

Grundrecht hier

umweltschut

nis zu anderen

im auf Eigent

freiheit. Aber

ng, die den

Lebensgrund

ls Aufgabe des

rsrang hebt, w

nterfangen. Wer

n „Staatsziel“

als die Gerichte

ant würde w

ungsmacht von

beauftragten

ndern zu den

nce, die Qualität

erhalten.

Zeit für eine

noch nicht gek

ve, daß sich die

in allerdings

en Umfang

nicht dagegen

e private Ecu

iz vor allem

an ein Medium

is unzureichend

serfolgen

kursschwankun

unschwärzung

nicht besser

schnitt der W

orb, aber im

schlechtstien

elietheit in

indern. Dam

noch lange

zum Dollar,

glauben, die

en, Europa

zu einem

Gegengeschäfte – Handel wie in alten Zeiten

China will das Handelsvolumen mit der Bundesrepublik bis zum Ende des Jahrzehnts verdoppeln. Dabei strebt Peking an, Importe nicht nur mit Geld, sondern auch mit Waren zu bezahlen. Derartige Gegengeschäfte machen schon 20 bis 30 Prozent des Welthandels aus. Wie funktionieren sie?

Von KAREN SÖHLER

Zwei Schiffsladungen Fliesen schippen über den Indischen Ozean den Vereinigten Arabischen Emiraten entgegen. Sie stammen aus der Volksrepublik China und sind Teil eines Gegengeschäftes, das eine Provinz aus dem Reich der Mitte vor Monaten mit einem Unternehmen aus der Bundesrepublik abgeschlossen hatte. Der deutsche Hersteller exportierte zunächst Baustoffmaschinen für ein Fliesenwerk nach China. Eingeschlossen in den Liefervertrag war allerdings die Verpflichtung, in dieser Fabrik produzierte Fliesen – mit deutschem Design – im Wert der Maschinen abzunehmen.

Selbst konnte der Maschinenhersteller mit der Ware nichts anfangen. Aber ein Bauunternehmen, das gerade ein Kongresszentrum in den Vereinigten Arabischen Emiraten errichtete, übernahm die Verpflichtung. Daher sind die Fliesen nun auf dem Weg nach Abu Dhabi. In diesem Fall hat die Volksrepublik China die Maschinen umgehend bezahlt. Die verbrauchten Devisen nimmt das Land wieder ein durch die Ausfuhr der auf den neuen Maschinen hergestellten Produkte.

Oder: Lastwagen sind auf dem Weg nach Iran. Auftraggeber ist die Regierung in Teheran. Im üblichen Sinn wird, sie diese Ware jedoch nicht bezahlen. Der deutsche Hersteller erhält im Gegenzug Rohöl. Ungefährlich in diesem Metier, hat der Automobilproduzent seinen Anspruch auf das schwarze Gold allerdings an ein deutsches Mineralölunternehmen abgetreten. Dieses wiederum nimmt Iran sogar die dreifache Ölmenge ab.

Schätz 70 Prozent des Kaufpreises überweist der Rohölabnehmer auf ein Konto in der Bundesrepublik, das der Golfstaat für die Bezahlung deutscher Importe hält. Von diesem Konto fließt auch das Geld an den Hersteller der Lastwagen. Die verbleibenden 30 Prozent der Ölerückzahlung werden beglichen durch einen Transfer nach Iran.

Vorteile ergeben sich für beide Seiten

Der Vorteil für den Ölkonzern liegt darin, daß Waren, die einem Exporteur als Gegenlieferung aufgedrängt werden, mit einem sogenannten Stützungsbeitrag belegt werden: Zwischen einem und zwölf Prozent des Warenwertes erhält der Händler oder der direkte Abnehmer als eine Art Provision. Der Ölsinkauf hat sich also verbilligt. Für Iran ist günstig, daß durch Kompensationsgeschäfte verkaufte Öl nicht auf die Ausfuhrquote angerechnet wird, die die Opec festgelegt hat.

Die beiden Beispiele schildern die wesentlichen Grundformen des Gegengeschäfts. Selten kommen reine

Kompensationsgeschäfte vor, in denen gleichwertige Warenlieferungen ausgetauscht werden, aber kein Zahlungsverkehr entsteht. Denn für solche Geschäfte werden keine Exportkreditversicherungen angenommen. Bei der Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg, lautet die Begründung, daß die Forderungssumme, die sich aus dem Geschäft ergibt, nicht genau beziffert werden kann. In dem Vertrag steht eben nur, wieviel Fische oder Kupfer im Gegenzug geliefert werden müssen – ohne Kaufpreisangabe.

Das reine Tauschgeschäft wird also im wesentlichen – wenn überhaupt – angewandt in Staaten, für die beispielsweise Hermes nahezu jede Versicherung ablehnt. Dazu zählen Länder wie Nigeria, Polen, Kuba oder Madagaskar. In vielen lateinamerikanischen Staaten ist die Deckung, die Hermes bereit ist zu übernehmen, sehr eingeschränkt. Peru ist nur ein Beispiel.

Zwei Waren- und zwei Kapitalströme

Um dem Deckungsproblem zu entgehen, werden normalerweise zwei Lieferverträge abgeschlossen. Das gesamte Geschäft setzt sich dann aus zwei Waren- und zwei Kapitalströmen zusammen. Es ist weder notwendig noch möglich, die Verträge jeweils gleichzeitig zu erfüllen. Es kommt auch vor, daß ein Land nur auf einer teilweisen Kompensation besteht. Dann nimmt der Exporteur beispielsweise nur für 30 Prozent seines Lieferwertes Waren ab; 70 Prozent begleicht der Importeur in der üblichen Zahlungsweise.

Diese verfeinerte Form des Kompensationsgeschäfts wenden vor allem die Ostblockstaaten häufig an. Im Osthandel sind Gegengeschäfte ohnehin schon seit Jahren verbreitet. Die Länder, die dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon) angehören, verfolgen damit eine Art Wirtschaftsstrategie: Wer in den Ostblock exportieren will, muß für den Absatz osteuropäischer Produkte auf Auslandsmärkten sorgen. Kurzfristig mag die Rechnung aufgehen; aber langfristig drücken die RGW-Staaten den eigenen Artikeln das Image auf, dem freien Markt nicht gewachsen zu sein, meinen Sprecher der Hermes Kreditversicherungs-AG und des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) gleichermaßen.

Anders liegt der Fall bei Entwicklungsländern. Sie greifen zunehmend auf dieses Handelsgeheiß an, das in seiner ursprünglichen Form eher vergangenen Jahrhunderten angehört, zurück, weil die wirtschaftliche Situation es gebietet: In den meisten lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten herrscht Devisenmangel. Verzehrt wurde der Fremdwährungsbestand vielfach durch einen steigenden Schuldendienst auf die zunehmenden Auslandsverbindlichkeiten und durch eine überhöhte Einfuhr im Vergleich zur Ausfuhr. Dieses Mißverhältnis können sich die Länder nicht mehr leisten. Sie versuchen Gegengeschäfte, wie sie anfangs beschrieben sind, abzuschließen; der Devisenverbrauch ist verknüpft mit einer Deviseneinnahme.

Aber es gibt noch eine weitere

Überlegung, die ein Land zu Gegengeschäften treibt: Vorsicht. Die Volksrepublik China blickt zwar zum Westen und möchte von ihm lernen; aber ausländische Waren sollen das Land auch nicht überfluten. Bislang werden im China-Handel rund 20 Prozent als Gegengeschäfte abgewickelt. Etwa in 80 von 100 Fällen wurden Rückkaufverträge geschlossen, schätzt das Institut für Asienkunde in Hamburg. China kauft also die Anlagen und das Know-how, die in den Fabriken produzierten Waren verlassen aber das Land wieder. Die Absatzchancen auf anderen Märkten sind nicht schlecht. Denn aufgrund relativ billiger Arbeitskräfte können die Produkte zu einem günstigen Preis hergestellt werden.

Bei 20 Prozent der Gegengeschäfte mit China verpflichtet sich der deutsche Exporteur, Produkte aus einer bestimmten Region abzunehmen. Einer Liste kann er entnehmen, welche verschiedenen Artikel zur Verfügung stehen. Häufig handelt es sich um Nicht-Eisen-Metalle wie Wolfram oder um Dämme, Borsten, Felle, Pelze oder auch um simple Werkzeugmaschinen. Daß die Volksrepublik den Kompensationshandel verstärkt will, zeigen auch die über 30 Ausschreibungen im Bereich Maschinen- und Anlagenbau, die an ein Gegengeschäft geknüpft sind.

Da sich in anderen Ländern der Dritten Welt ähnliche Entwicklungen abzeichnen, rechnen Experten mit einem weiteren Anstieg des Kompensationshandels. Denn westliche Exporteure müssen sich dem Trend an schließen, wollen sie ihre Produkte absetzen. Schon jetzt, schätzt die OECD, werden zwischen 20 und 30 Prozent des Welthandels – das entspricht einem Volumen von 330 bis 500 Milliarden Dollar – im Rahmen solcher Gegengeschäfte abgewickelt.

324 Firmen als Kontaktadressen

Dies erkennend, versuchen deutsche Unternehmen sich zunehmend auf diese Handelsform einzustellen. In einer Broschüre des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels und des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels sind 324 Firmen aufgelistet, die als Kontaktadressen für den Kompensationshandel gelten.

Firmen, die sich ausschließlich mit Gegengeschäften befassen, sind in der Bundesrepublik jedoch noch eine Rarität. In diesem Punkt hinken die Deutschen hinter den Amerikanern her. Per Computer gleichen in den USA schon über 400 „Tauschzentralen“ Angebot und Nachfrage aus. Mehr als 100 000 Unternehmen nutzen diese Möglichkeiten.

Auch die deutschen Banken müssen nach Meinung zahlreicher Handelshäuser aufgerüttelt werden. Schließlich verlangt allein das komplizierte Vertragswerk mit dem daraus entstehenden kurzfristigen Finanzierungsbedarf wirkliche Fachleute. Banken könnten bei diesem Handel eine Koordinatorfunktion übernehmen. Verwiesen wird auf die österreichischen und die französischen Kreditinstitute, die auf diesem Gebiet schon wahre Experten aufzuweisen hätten.



Chinas Wandel im Bild zweier Ministerpräsidenten: Zhao Ziyang bei seinem gegenwärtigen Bonn-Besuch und Huo Guofeng im Herbst 1977 bei seiner Deutschland-Visite. Der „Mao-Look“ Huo ist dem westlichen Anzug gewichen. Auch in China ist er auf dem Rückzug.



FOTOS: JUPP OARCHINGER/WOLFGANG STECHE

Lachen aus dem Land des Lächelns

Als moderner Politiker – ungeschwungen, heiter und aufgeschlossen – präsentiert sich der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang in Deutschland. Schon jetzt kann er als Erfolg verbuchen, das Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit vertieft zu haben.

Von BERNT CONRAD

Das deutsche Volk ist ein großes Volk. So sprach einst Charles de Gaulle. Jetzt sagte es Zhao Ziyang, Ministerpräsident der Volksrepublik China, vor deutschen Industriellen in Bonn.

Doch diesmal klingt es ganz anders – nicht nur, weil sich der hohe Gesang des Chinesischen sehr von der Melodie des Französischen unterscheidet. Vielmehr spürt jeder Zuhörer: Dieser moderne Kommunist Dengscher Prägung ist weder ein gaullistischer Rhetor noch eine maoistische Sprechmaschine. Er denkt rational und sagt, was er denkt.

Die Mitglieder des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft mußten tief in die Tasche greifen, um mit diesem Mann im Rahmen eines Symposiums über China als „Zukunftsmarkt der deutschen Wirtschaft“ zusammenzutreffen. 480 Mark betrug die Teilnahmegebühr. Trotzdem war der Andrang so groß, daß 200 Interessenten abgewiesen wurden. Besser läßt sich die Attraktivität nicht illustrieren.

Als „Belohnung“ erleben jene, denen die Teilnahme am Symposium gelang, einen Chinesen, der sich vom Heer der „blauen Ameisen“ aus der Mao-Zeit erheblich unterscheidet. Es fängt beim Äußeren an: War Zhao Vorgesänger Huo Guofeng 1979 beim Besuch in der Bundesrepublik noch in der hochgeschlossenen Mao-Einheitsuniform jener Tage erschienen, so tritt der vom Grundbesitzer zum Regierungschef avancierte Zhao

in feinen Anzügen westlichen Zuschnitts auf.

Der Umgangsstil des langjährigen Provinzpolitikers, der in der Kulturrevolution 1967 von Rotgardisten als „konterrevolutionärer Revisionist und stinkendes Element der Grundherrenklasse“ verurteilt worden war, ist offen und lebhaft. Sein betriebsliches Lachen ähnelt so gar nicht den unüberdringlichen Mienen steifer Funktionäre. Deshalb gewann Bundeskanzler Helmut Kohl sehr schnell zu ihm persönlichen Kontakt, als er Zhao im letzten Jahr in Peking traf. Und deshalb spürt auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Begrüßung in Bonn auf Anhieb menschliche Resonanz.

„In Peking regnet es sehr wenig, hier in Bonn aber offenbar ziemlich viel“, meint Zhao mit einem Blick in den trüben Himmel vor der Villa Hammerschmidt. Drinnen erhält er dann am brennenden Kamin einen anheimelnden Eindruck von deutscher Gemütlichkeit.

So idyllisch geht es beim Ost-Ausschuß im Haus des Deutschen Industrie- und Handelsbundes nicht zu. Obgleich Otto Wolff von Amerongen darauf verweisen kann, daß schon 1957, 15 Jahre vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, ein erstes informelles Handelsabkommen mit China abgeschlossen worden ist und die Wirtschaft sich damit als „Wegweiser für die politischen Entwicklungen“ erwiesen hat.

Hier, unter den Experten von Geld und Technik, kommt es dem engagierten Befürworter der Wirtschaftsreformen Deng Xiaopings darauf an, die Perspektiven und Chancen des Fortschritts im „Reich der Mitte“ plastisch darzustellen. Was er sagt, klingt bemerkenswert: Die Betriebe in China sollen sich gegenseitig Konkurrenz machen, westliche Management-Methoden gelten als nachahmenswert, Preis und Gewinn sollen zu wichtigen Hebeln bei der „Kontrolle und Regelung der Makro-Wirtschaft“ werden. Die Quintessenz: Es

lohnt sich, in China zu investieren und nach China zu liefern.

Aber das haben die Manager in den deutschen Vorstandsetagen ohnehin schon begriffen, wie der Andrang zum Bonner China-Symposium beweist. Zhao will dieses Interesse konkretisieren und kanalisieren. Darüber hinaus wünscht er die breite Vermittlung von Know-how und theoretischem Wissen. Junge Chinesen sollen in der Bundesrepublik lernen, zuerst natürlich die Sprache. Diesem Zweck dient auch ein deutscher Sprachkurs im chinesischen Fernsehen.

Als Kanzler Kohl bei seinem Besuch in Peking von diesen Wünschen hörte, hat er noch auf dem Rückflug mit den ihm begleitenden deutschen Industriellen Möglichkeiten der Hilfe besprochen. Jetzt kann er seinem Gast das Ergebnis präsentieren: Firmen der Bundesrepublik wollen den Chinesen bis zu 150 Stipendien für eine 18monatige wissenschaftlich-praktische Ausbildung bereitstellen.

Das ist ganz nach Zhao's Herzen. Als er mit Kohl der Unterzeichnung von vier Abkommen und Memoranden über Doppelbesteuerung, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit sowie über Kooperation im Bereich der Kernenergie beigewohnt hat, verkünden beide gemeinsam: „Der deutsch-chinesische Zug ist jetzt auf das Gleis gestellt und kann in die Richtung langfristiger Zusammenarbeit fahren.“

Das ist die gemeinsame Interessengrundlage, geprägt von chinesischem Respekt vor deutscher Qualität und deutschem Drang nach einem neuen Markt. Da fügt es sich gut, daß es auch in der Politik zwischen Bonn und Peking kaum Probleme gibt. Nach ausführlichen Gesprächen mit seinem Amtskollegen Wu Xueqian erklärt Außenminister Hans-Dietrich Genscher im erweiterten Delegationskreis: „Ich fand die Diskussion sehr positiv. Über alles eines bin ich enttäuscht...“ Kleine Kunstpause – die Chinesen blicken betroffen auf. Dann Genscher: „Ich bin enttäuscht, daß es überhaupt keinen Punkt gibt,

über den ich mit meinem chinesischen Kollegen streiten kann.“

Zhao lacht laut. Als er seinerseits zu einem außenpolitischen Resümee ansetzen will, unterbricht ihn Wu: „Das haben Herr Genscher und ich schon erledigt.“ Leicht verblüfft, aber zufrieden steckt der Regierungschef seinen Merkzettel wieder weg.

Zwar erneuert Zhao erwartungsgemäß nicht das früher von Peking gegen Moskau geschleuderte Bekenntnis zu deutschen Wiedervereinigung. Doch er ermuntert seine Gastgeber, auf dem Weg zur europäischen Einigung fortzufahren. Die einstmals zum chinesischen Ritual gehörenden Beschworungen einer letztlich nicht abwendbaren Kriegsgefahr fehlen. Der Ministerpräsident mit dem flink durch den Raum schweifenden Augen versichert: „Das chinesische Volk liebt den Frieden, und China braucht für seinen Aufbau den Frieden.“ Dem stimmt Kohl ebenso zu wie Zhao's Verdamnung der sowjetischen Invasion Afghanistans.

Interessanterweise stellt Zhao eine nach seiner Ansicht deutliche Verbesserung des Klimas zwischen Amerikanern und Sowjets fest. Kontakten zwischen West- und Osteuropa zollt er Beifall. Allenfalls seine unübersehbare Skepsis gegenüber dem Weltraum-Verteidigungsprojekt SDI mag dem Kanzler zu weit gehen.

Im ganzen aber ist der Pfälzer, der in letzter Zeit wenig Grund zur Freude hatte, mit seinem Gast und der „neuen Intensität unserer Beziehungen“ hochzufrieden. Gewiß sieht man ihn den Streß innenpolitischen und innerparteilichen Zwistes auch im Umgang mit Zhao an; sein Lachen ist nicht ganz so locker wie früher. Doch als Gastgeber läßt es Kohl an nichts fehlen. Von einem privaten Ausflug über die Weinstraße, einer Einker im Lustschloßchen Ludwigshöhe, der Präsentation einer China-Ausstellung im Kanzleramt bis zum Festbankett in der Godesberger Redoute tut er, was er kann, um sich für die „bochherzige Gastfreundschaft“ Zhao's in Peking zu revanchieren.

Herr Hartmann suchte neue Geschäftspartner. Und fand sie über Nacht?



Mit modischen Lederwaren macht Herr Hartmann gute Geschäfte. Sie könnten sogar noch besser sein, wenn seine Lieferanten zu 100 Prozent seinen Wünschen entsprächen.

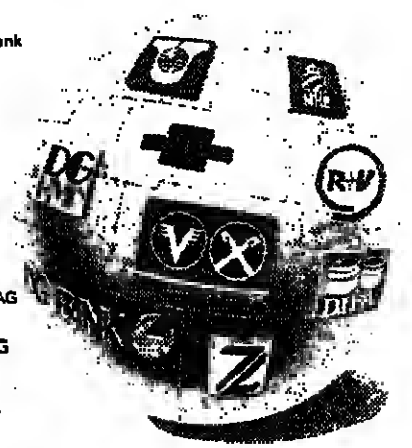
Da las er eines Abends unseren „Außenhandelsdienst“ und entdeckte in der Rubrik „Partner-Service“ ein vielversprechendes Inserat. Herr Hartmann forderte bei uns nähere Unterlagen an – und fand die langgesuchten Geschäftspartner. Unseren Rat & Service nutzen viele unserer Kunden im Auslandsgeschäft. Ob Forfaitierungen, Dokumenten-Inkasso, Bankgarantie... ob Exportfinanzierung, Versicherungen oder staatliche Hilfen: Wir, unsere regionalen Zentralbanken und unser Spitzeninstitut, die DG BANK, haben die richtigen Antworten auf alle Fragen im Auslandsgeschäft. Und den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank. Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der

nahezu 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache. Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. Mehr als 10 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

- OG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
- 8 regionale Zentralbanken
- Bausparkasse Schwäbisch Hall
- DG HYP Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank
- DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG
- Münchener Hypothekenbank eG
- R + V Versicherung
- Union-Investment-Gesellschaft



VX Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Wandern Betriebe aus Hessen ab?

Nr. Hessischer Unternehmerverband fürchtet um Investitionsklima

ULRICH REITZ, Bonn
Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VHU) hat sich dafür ausgesprochen, daß sich SPD, CDU und FDP über die Verabschiedung des hessischen Landeshaushalts unterhalten. Die Wirtschaft ist für stabile und überschaubare Verhältnisse in Hessen. Deshalb muß die gegenwärtige Taktikerei so schnell wie möglich beendet werden, erklärte VHU-Sprecher Henning von Vierregg der WELT.

Der Verband befürchtet, daß eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Grünen, in der Form einer Tolerierung wie in den zurückliegenden beiden Jahren oder als Koalition, die „Unlust der Unternehmen an Hessen“ noch verstärken könnte. Das Investitionsklima sei trotz günstiger Infrastrukturmaßnahmen – „Hessen müßte eigentlich noch vor Baden-Württemberg an der Spitze liegen“ – „miserabel“. Sollte es zu einer rot-grünen Zusammenarbeit kommen, sei nicht auszuschließen, daß die Investitionen in den angrenzenden Bundesländern ansteigen. Ein Indiz dafür sei, so die VHU, die zunehmende Zahl von Pendlern, die Führungspositionen in der hessischen Wirtschaft bekleiden, es aber vorziehen, im angrenzenden Bayern zu wohnen. „Sie werden durch die Diskussion um das Förderstufengesetz abgeschreckt, nach Hessen zu ziehen.“

Die Erfolge, die die Wirtschaft in Hessen erzielt habe, seien „eher gegen als mit der Landesregierung zu stande gekommen“. Von Vierregg warf Börner vor, eine „Politik der Nadelstiche“ gegen die Unternehmen zu betreiben. Dazu gehöre beispielsweise die Diskussion um zusätzlichen

Bildungsurlaub, den nach Vorstellung der Landesregierung die Firmen bezahlen müßten.

Die Unternehmen vermißten zudem die Anreize für die Standortansiedlung neuer Unternehmen. „Hier fehlt eben das Klima, das kreative Leute anziehen könnte“, klagte von Vierregg und verwies auf die Wirtschaftsförderungspolitik der baden-württembergischen Landesregierung. „In Stuttgart passiert eben mehr“, so die VHU. So zogen es hessische Führungskräfte, etwa von der Technischen Hochschule Darmstadt, vor, an Berufskollegs in Baden-Württemberg ihr Fortkommen zu suchen. Der „Auswanderungstrend“ von Führungskräften könnte sich unter einer rot-grünen Regierung noch verstärken, so der Verband.

Die VHU meldete Zweifel an der Behauptung des hessischen Finanzministers Hans Krollmann an, die Sozialdemokraten betrieben keinen Ausstieg aus der Kernenergie. Die Landesregierung versuche schon seit Monaten, den Ausbau der Hanauer Nuklearkraftwerke zu verhindern.

Der Unternehmerverband befürchtet, nach der Anti-Atomenergie-Kampagne der Grünen und Teilen der SPD eine Kampagne gegen die chemische Industrie. Die Aufforderung der Betriebsräte von Hoechst an Ministerpräsident Börner, sein Angebot an die Grünen, „noch einmal zu überdenken“ sei ein „Alarmsignal“. Die Angriffe der Grünen gegen einen bestimmten Industriezweig seien immer „exemplarische Angriffe“, die ebenso jede andere Branche treffen könnten. Deshalb seien die Ressentiments der Industrie gegenüber einer Regierung aus SPD und Grünen „weit verbreitet“.

Hessen steht vor einem radikalen Bruch mit der Bonner Energiepolitik

Rot-grüne Zusammenarbeit nur noch eine Frage der Form / Entscheidung in dieser Woche

D. GURATZSCH, Wiesbaden
SPD und Grüne in Hessen sind zu der vor einem halben Jahr unterbrochenen Zusammenarbeit zurückgekehrt. Zwar ist die Form dieser Zusammenarbeit – Tolerierung oder Koalition – nach wie vor zwischen beiden Parteien strittig. Über ihre Inhalte jedoch wurde nahezu nahtlose Übereinstimmung erzielt.

Kernstück des erneuerten rot-grünen Bündnisses von Hessen ist der „Vorschlag der SPD für eine Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit SPD-Grüne“, den der hessische Ministerpräsident Holger Börner den Grünen am 28. Mai unterbreitet hat und der – so Grünen-Sprecher Georg Dick gestern zur WELT – noch in dieser Woche unterzeichnet werden kann. Er schreibt den radikalen Bruch des Bundesinners mit der bisherigen Energiepolitik der Bundesrepublik fest, die auf einem Konsens aller Bundesländer beruhte. Die Konsequenzen sind unabsehbar.

Das Papier fügt auf dem Bericht, den eine von SPD und Grünen paritätisch besetzte „Arbeitsgruppe hessische Atompolitik“ am 15. Mai in Wiesbaden vorgelegt hat. Er war von sieben der acht Mitglieder „vorbehaltlos“ gebilligt worden, nämlich von Prof. Rudolf Steinberg, Klaus Traube und Reinhard Ueberhorst für die SPD sowie Wolfgang Baumann, Lothar Hahn, Prof. Alexander Roßnagel und Michael Sailer für die Grünen. Lediglich DGB-Vertreter Horst Hochgreve für die SPD hatte „teilweise eine abweichende Position“ zu Protokoll gegeben.

Gemäß den Empfehlungen der Arbeitsgruppe, die sich die Regierung Börner voll zu eigen gemacht hat, will das Land Hessen nun alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen, um „die von der Bundesregierung geplante Plutoniumwirtschaft“ zu verhindern. Angedroht werden eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht, eine Überprüfung der „Verfassungsmäßigkeit“ von atomrechtlichen Weisungen des Bundesinnenministers bis hin zur Konsequenz des offenen Bund-Länder-Streits, der Verzicht auf Sofortvollzüge in atomrechtlichen Genehmigungsverfahren sowie Schritte zur Verschärfung des Atomgesetzes.

Die Vereinbarungen zielen auf eine Blockade des Genehmigungsantrags der Hanauer Firma Alkem, den die Arbeitsgruppe als „nicht entscheidend“ charakterisiert hat, und damit indirekt auch auf eine Torpedierung der nach jahrelangem Ringen kürzlich nach Wackersdorf in Bayern vergebenen atomaren Wiederaufbauanlage. Damit ist das Herzstück des von der Bundesregierung geplanten Brennstoffkreislaufs für die Kernkraftwerke, aber auch das Milliardenprojekt des Schnellen Bräters in Kalkar betroffen.

Die Vereinbarung, die Börner den Grünen angeboten hat, beschäftigt sich auch mit den Konsequenzen für die Hanauer Nuklearkraftwerke. Hinter der Formulierung, daß „eine Umstrukturierung der Arbeitsplätze“ in diesen Betrieben zu erwarten sei, verbirgt sich nichts anderes als die Ankündigung, den Betrieb dieser Fir-

men gemäß den Forderungen der Grünen „umzustellen“. Außerdem wird die Schaffung eines „Beirats“ der Landesregierung für Fragen der Nuklearkraft angekündigt. In diesem Gremium und seinem wissenschaftlichen „Stab“ ist die Mitwirkung der Grünen sowie „unabhängiger Wissenschaftler“ bis zum Ende der Legislaturperiode 1987 institutionalisiert – unabhängig davon, ob nun eine Koalition oder ein neues „Tolerierungsbündnis“ zwischen SPD und Grünen zustande kommt. Außerdem soll die ständige Mitwirkung der Grünen an der Landespolitik durch Bildung eines „Koordinierungsausschusses“ abgesichert werden.

Schließlich soll entsprechend den Forderungen der Grünen auf den Bau einer Justizvollzugsanstalt in Schlüchtern verzichtet werden, den der hessische Justizminister Herbert Günther noch vor wenigen Monaten für „unverzichtbar“ erklärt hatte.

Die hessische SPD hat gestern nach einer Landesvorstands- und einer Fraktionsitzung noch einmal bekräftigt, daß sie zu diesen Vereinbarungen wie auch zu ihrem Koalitionsangebot an die Grünen unverändert steht. Die Gegenüber der Grünen – zwei Ministerposten und Verzicht auf den von Börner geforderten Doppelhaushalt – würden freilich klar abgelehnt. Die Grünen ihrerseits bekräftigten, daß sie zu ihren „Verhandlungsaufträgen“ stünden. Sprecher Georg Dick zur WELT: „Ich erwarte, daß die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen bald beginnen.“

Die Zugeständnisse von Börner

DW, Wiesbaden
Kernstück des erneuerten rot-grünen Bündnisses in Hessen ist ein Papier, das Ministerpräsident Holger Börner den Grünen – zunächst ohne Datierung – am 28. Mai als „Vorschlag der SPD“ unterbreitet hat. Es enthält weitgehende Zugeständnisse an die Grünen in der Frage der Energie- und Rechtspolitik. Nach Meinung von Grünen-Sprecher Georg Dick wird das Papier, noch in dieser Woche von beiden Parteien unterzeichnet werden. Die WELT veröffentlicht den „Vorschlag“ im Wortlaut.

I. Die Verhandlungskommissionen der SPD und der Grünen haben am ... Mai 1985 den folgenden Text einer Vereinbarung für die Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit festgestellt.

Die Vereinbarung gilt für den Rest der laufenden Legislaturperiode bis zum Herbst 1987. Sie ergänzt die Vereinbarungen zwischen den Parteien vom 4. Juni 1984, die wieder in Kraft gesetzt werden.

II. Die Parteien werden die zwischen ihnen streitig gewesenen Fragen zu den Genehmigungen für die Hanauer Nuklearkraftwerke gemäß den Empfehlungen lösen, die die Arbeitsgruppe hessische Energiepolitik in ihrem Bericht vom 15. Mai 1985 gegenüber der Landesregierung ausgesprochen hat, wobei vor allem der Verhinderung der von der Bundesregierung geplanten Plutoniumwirtschaft besondere Bedeutung zukommt. Diese Empfehlungen sind Gegenstand der Vereinbarung der Parteien.

III. Es werden insbesondere folgende Maßnahmen vereinbart:

1. Für eine Bundesratsinitiative und zugleich über die Bundestagsfraktionen beider Parteien werden Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Atomgesetzes eingeleitet

mit den von der Arbeitsgruppe empfohlenen Änderungsinhalten. So weit das Land Hessen seinen Einfluß zur Verschärfung damit zusammenhängender Rechtsvorschriften geltend machen kann (zum Beispiel Stellungnahme zur Strahlenschutzverordnung) wird das mit der von der Arbeitsgruppe gekennzeichneten Zielrichtung geschehen.

2. Über die Empfehlung der Arbeitsgruppe hinaus wird Hessen durch eine Normenkontrollklage vom Bundesverfassungsgericht das Atomgesetz an den Anforderungen des Grundgesetzes überprüfen lassen im Hinblick darauf, daß die Regelungen des Atomgesetzes wegen gestiegener Risiken und wegen neuer Erkenntnisse zu den Auswirkungen einer Ausweitung der Plutoniumverarbeitung und einer Verarbeitung von waffentragendem Uran nicht mehr den verfassungsrechtlichen Erfordernissen entsprechen. Deshalb muß der Gesetzgeber diese Fragen neu entscheiden.

3. Weisungen des Bundesinnenministers in atomrechtlichen Genehmigungsverfahren, die ohne Rücksicht auf die verfassungsgerichtliche Überprüfung erfolgen sollten, werden im Rahmen eines Bund-Länder-Streits über die Verfassungsmäßigkeit der Weisungen ebenfalls dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung unterbreitet.

4. Die Anforderungen von Sofortvollzügen für atomrechtliche Genehmigungen werden von der zuständigen Landesbehörde nicht angestrebt.

5. Für eine zu erwartende Umstrukturierung der Arbeitsplätze in Hanauer Nuklearkraftwerken wird das Land Hessen im Rahmen der Technologieförderung Vorbereitungen treffen und haushaltsmäßig absichern.

6. Der von der Arbeitsgruppe empfohlene Beitrag wird bei der Hessischen Landesregierung mit den von der Arbeitsgruppe beschriebenen Kompetenzen erteilt.

IV. Der Haushalt 1985 wird vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet zusammen mit dem Energieförderungs- und dem Förderaufschubgesetz. Die zweite Lesung wird am 11.-13. Juni 1985 im Hessischen Landtag erfolgen.

Die Haushaltsmittel für den Bau der Justizvollzugsanstalt Schlüchtern werden gestoppt, weil an dem bisher vorgesehenen Standort keine Justizvollzugsanstalt errichtet wird.

Die Haushaltsmittel für den Bau der Vollzugsanstalt Weiskirchen werden für die Errichtung nach dem beabsichtigten Formkonzept freigegeben.

Zum Abbau der im Justizvollzug anhängenden Überstunden werden im Haushalt 1986 und in weiteren Haushaltsplänen Stellen für einen stufenweisen Abbau bereitgestellt, um Reformen im Justizvollzug zu erleichtern.

V. Die Parteien werden grundsätzlich Probleme ihrer Zusammenarbeit in einem Koordinierungsausschuss behandeln, der aus den Mitgliedern der Verhandlungskommission besteht.

Für laufende Angelegenheiten und den Informationsaustausch finden Besprechungen auf der Ebene der Fraktionsarbeitskreise oder Fraktionsvorsprechern statt, an denen der jeweils zuständige Minister oder von ihm benannte Vertreter beteiligt sind. Hierzu sollen regelmäßig Besprechungstermine vereinbart werden.

Bevor der Koordinierungsausschuss sich mit laufenden Angelegenheiten befaßt, wird durch Vermittlung der Staatskanzlei eine Klärung versucht.

Berliner SPD besinnt sich auf politische Mitte

Rechter Flügel will Machtübernahme der Linken verhindern

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Drei Monate nach dem Abstieg der Berliner SPD auf nur noch 32,4 Prozent oder rund 400 000 Wählerstimmen bestimmen sich die Sozialdemokraten jetzt offenbar wieder auf die politische Mitte. Gleichsam über Nacht schlug die Mitte-Rechts-Mehrheit der Partei den Bundestagsabgeordneten Professor Nils Diederich als Kandidaten für den freien Platz an der SPD-Spitze vor. Der enge Ex-Mitarbeiter des früheren „Regierenden“ Klaus Schütz soll als Integrationsfigur die erstmals nach 1946 mögliche Machtübernahme des linken Flügels verhindern. Der neue Parteivorsitzende wird am 29. Juni gewählt.

Wie berichtet, hatte der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Arbeits- und Sozialministerium, Jürgen Ebert, bereits während Hans Apels mühsamem Wahlkampf gegen Eberhard Diepgen (CDU) die Startfächer für die Übernahme der SPD-Führung nach Apels erwarteten Berlin-Rückzug gehalten. Unmittelbar nach dem Wahl-Desaster meldete Ebert seinen Führungsanspruch als „Kandidat der ganzen Partei“ an und unternahm eine vorerst erfolgreiche Werbe-Tournee durch verschiedene SPD-Kreise. Dabei versprach Ebert, die traditionelle Berliner Links-Rechts-Front zu durchbrechen. Die jahrelang als „Un-Personen“ brandmarkten SPD-Spitzenpolitiker Stobbe und Ex-Finanzminister Klaus Riebschläger sollten ihren Fähigkeiten gemäß wieder ohne Demutgesten mitarbeiten können.

Die 25 000 bis 30 000 Sozialdemokraten – korrekte, um „Kartellchen“ bereinigte Zahlen gibt es nicht – verfolgten Eberts Kurs zunächst ohne Gegenwehr. Denn in der rechten Mehrheit fand sich zunächst nie-

mand, das Erbe von Hans-Jochen Vogel, Peter Giotz, des bisherigen SPD-Vorsitzenden Peter Ulrich und anderer Not- und Zwischenlösungen anzutreten. Der Ex-„Regierende“ Dietrich Stobbe winkte ab: „Meine politische Zukunft liegt im Bundestag.“

So hatte Ebert vorerst leichtes Spiel, bis sich auch im linken Lager erheblicher, auch aus persönlichen Aversionen gestärkter, Widerstand regte. Ebert wurde dabei als „intern harter Einseitiger und Chefideologe“ bezeichnet.

Nach kurzer Bedenkzeit entschied sich nun Diederich, der dem Bundestag seit 1976 angehört, sich dem linken Ebert-Kurs in den Weg zu stellen. Der umgängliche Politik-Professor an der Freien Universität und glänzende Wahlanalytiker war bisher mehr als akademischer Schöngeist denn als politischer „Macher“ aufgefallen. In Bonn erwarb sich der 51jährige besondere Verdienste um schwierige humanitäre Fälle im innerdeutschen Bereich. Der WELT begründete er seine Kandidatur: „Man muß jetzt ein Signal setzen. Die Zeit der Analysen über den Zustand der Berliner SPD ist vorbei. Jetzt muß gehandelt und die Chance ergriffen werden, die Partei wieder nach vorn zu bringen.“

Die Chancen des „Newcomers“ im bisherigen Einzelrennen von Ebert stehen so überlänglich. Zwar lassen sich die fünf klassischen Linien von insgesamt zwölf SPD-Kreisen nicht von ihrem Favoriten Ebert abbringen, aber Diederich fand am Wochenende die Unterstützung des wichtigen rechten Kreises Reinickendorf. Weitere Delegiertentreffen in typischen Mitte-Rechts-Bezirken der SPD stehen noch aus.

Das Gespräch gesucht

FDP-Parlamentarier reisten nach Dresden und Meissen

S. HEYDECK/apa, Berlin
Voller Stolz berichtete der Oberbürgermeister von Dresden, Gerhard Schill, 13 FDP-Bundestagsabgeordneten über den Wiederaufbau der vor 40 Jahren kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs zerstörten Stadt. Es sei, meinte er, 1946 „sehr kühl“ gewesen, die inzwischen zu großen Teilen realisierten Vorgaben „zu verkünden“. Für den Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, war das freilich nicht neues: Aus einer von ihm mitgebrachten Ausgabe der „Zeit im Bild“ ging hervor, daß er als damaliger LDPD-Stadtverordneter zu denen gehörte, die die schon am 20. Oktober 1946 erste Wiederaufbaupläne beschlossen hatten.

Die Bonner Parlamentarier unter Führung des Leiters des Arbeitskreises Deutschland Außen- und Sicherheitspolitik, Helmut Schäfer, waren zur Fortsetzung ihrer Kontakte mit Politikern und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen am Rande ihrer turnusmäßigen Sitzung im Berliner Reichstag für zwei Tage in die „DDR“ nach Dresden und Meissen gereist. Ziel dieser Reisen, so Schäfer, ist es, Informationen für die Deutschlandpolitik „aus erster Hand“ zu sammeln. Das aber nicht nur auf der offiziellen Ebene, sondern auch in zufälligen Gesprächen mit „DDR“-Bewohnern auf Straßen oder in Lokalen.

Dabei zeigte sich diesmal, daß die Bonner Abgeordneten kaum angesprochen wurden, sondern selber auf die Menschen zugehen mußten. Der Grund: In Dresden ist das westdeutsche Fernsehen nicht zu empfangen. So waren dann vier junge Leute zu-

nächst unglücklich, als sich Bundesratspräsident Dieter Julius Kronenberg zu ihnen setzte. Dann aber erzählten sie ausführlich von ihren Sorgen und Problemen. Sie wollten wissen, warum die FDP nach ihrer Meinung Helmut Schmidt als Bundeskanzler „gekippt“ hätte. Fazit von Schäfer nach der Rückkehr nach Berlin: „Es stimmt einfach nicht, daß die deutsche Frage nicht mehr offen ist.“

Vermutlich wegen der SDI-Debatte hatte Ost-Berlin der Reise der Parlamentarier einen besonderen Stellenwert beigemessen. So berichtete der „DDR“-Rundfunk einen ganzen Tag lang in allen Nachrichtensendungen über den Besuch. Die Zeitungen mit dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ an der Spitze gingen in ungewöhnlich großem Umfang insbesondere auf das Treffen von Mischnick mit dem stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden und LDPD-Chef Manfred Gerlach ein.

Im Berliner Reichstag erklärte Schäfer gestern, die FDP-Bundestagsfraktion strebe Vereinbarungen zwischen Bonn und Ost-Berlin über die Darstellung beider Seiten in den jeweiligen Schulbüchern an, wie es seit Jahren mit Polen praktiziert werde. Dies habe er auch während des Besuchs in Dresden in Gesprächen mit „DDR“-Politikern vorgeschlagen. Nach seiner Ansicht bieten die Schulbücher im anderen Teil Deutschlands ein „erschreckendes Feindbild der Bundesrepublik“. Mischnick bestätigte, daß er mit Gerlach auch über die Frage von Reiseerleichterungen für „DDR“-Bewohner gesprochen habe, nannte jedoch keine Einzelheiten.

Kampf- oder Reizstoff? Sowjet-Forschung nutzt Definitionslücke

Von INGO URBAN

Während die Sowjetunion, Ost-Berlin und die anderen Staaten des Warschauer Paktes in jüngster Zeit immer wieder auf den Abschluß eines Verbotes von biologischen und chemischen Waffen und auf die Bildung von B- und C-Waffen-freien Zonen in Europa dringen, hat nach Einschätzung westlicher Dienste und des Bundesverteidigungsministeriums der Warschauer Pakt, allem voran die Sowjetunion, auf dem Gebiet der Kampfstoffentwicklung einen Vorsprung von 30 bis 40, mindestens jedoch von 20 Jahren erreicht.

Hintergrund für die angebliche Bereitschaft des Ostens für ein Verbot von B- und C-Waffen ist, daß die gesamte Kampfstoffentwicklung darauf ausgerichtet ist, bisher neuartige und wenig oder gar nicht im Westen bekannte Kampfstoffe einzusetzen.

Es handelt sich um Kampfstoffe, die in das Gebiet der „Grauzonen-kampfstoffe“ einzuordnen sind, da sie nicht Bestandteil der Vertragsverhandlungen über Kampfstoffverbote sind und somit den Sowjets die Möglichkeit eines Unterlauftes eines atomaren Gegenschlages bieten, falls sie diese einsetzen (siehe WELT vom 10. Juni).

Außerdem ist im Osten bekannt, daß seit Mitte der sechziger Jahre der Westen seinen gesamten Schutz nur

gegen flüssig- und gasförmige Kampfstoffe eingestellt hat. Daraufhin haben die Sowjets alle ihre Entwicklung von Kampfstoffen auf „Stäube“ abgestellt.

Nicht nachweisbare Toxine

Stäube sind Trägersubstanzen, Substanzen, mit denen Giftstoffe abgetragen werden können. Die Trägersubstanz – in kristalliner Form – wird zum Zeitpunkt der Explosion in mikroskopische Staubpartikelchen zerlegt, die einmal beim Auftreffen auf die Haut mikroskopische Verletzungen verursachen beziehungsweise nur die Aufgabe haben, den Fehlfilm der Haut zu zerstören, und wenn dieser zerstört ist, das eigentliche Gift in den Körper eindringen zu lassen.

Das ist dann kaum noch nachweisbar, da Toxine verwendet werden, die eine Verfallzeit von unter einer Stunde, teilweise von nur 15 Minuten haben. Eine andere Funktion der Stäube ist, daß man auch herkömmliche Kampfstoffe wie Löss (Senfgas) daran binden kann, wie der Einsatz im Golfkrieg zeigt. Es ist sogar zu vermuten, daß diese Stäube die bekömmlichen, in der NATO gebräuchlichen Schutzanzüge durchdringen können.

Daß die Sowjetunion auf diesem besonderen Gebiet der Kampfstoffentwicklung arbeitet, ist aufgrund

von Veröffentlichungen des sowjetischen Mitglieds der Akademie der Wissenschaften, Kabachnik, bekannt.

Interessant ist dabei, daß Kabachnik, der im Westen auf internationalen Symposien „nur“ als Mitglied der Akademie der Wissenschaften auftritt, gleichzeitig als General der Militärakademie für chemischen Schutz, „Timoschenko“, in Moskau ist. Er ist einer der führenden Wissenschaftler, die die chemische Kampfstoffentwicklung in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg fortgeführt und ausgebaut haben.

Ein weiterer Schwerpunkt der sowjetischen Kampfstoffentwicklung liegt auf dem Gebiet der makrozyklischen Mykotoxine, die bisher für den Westen nach den derzeitigen Erkenntnisstand ebenfalls nicht nachweisbar sind.

Makrozyklische Mykotoxine beeinflussen die Nervenleitungen. Dabei erhöht sich auch hier wieder die Frage: Ist das ein Kampfstoff oder ein Reizstoff? Genau in diese Definitionslücke in den gesamten internationalen Verhandlungen und Verträgen über Kampfstoffe zielt die sowjetische Forschung ab.

Makrozyklische Mykotoxine können, als Kampfstoff verwendet, folgende Erscheinungsbilder hervorrufen: Opfer dieses Kampfstoffes wer-

den von Zitteranfällen, die bis zu 24 Stunden ununterbrochen anhalten, befallen, oder die betreffenden Personen leiden unter dauerndem Erbrechen und stundenlangem Durchfall.

Ebenso diese Anfälle ab, sind die Opfer physisch und psychisch. Je nach Intensität oder Dosierung des Kampfstoffes, bis zu 14 Tage handlungsunfähig – sie fühlen sich nicht einmal in der Lage, einen Telefonhörer abzuheben oder koordinierte Bewegungen zu leisten. In einer solchen Phase ist es möglich, ohne einen einzigen Schuß abzufeuern, ganze Landstriche zu besetzen.

Es ist in westlichen Militärkreisen bekannt, daß die Sowjetunion in Sibirien und Kasachstan „detaillierte Pershing-2-Stellungen nachgebaut“ hat. An diesen Stellungen werden mit den sowjetischen Spezialeinheiten (Einheiten, die in Uniformen der NATO für den Hinterlandseinsatz ausgebildet werden) die Ausschaltungen dieser Stellungen erprobt.

Ungeheurer Vorsprung

Es wird nicht die Tötung der Bedienungsmannschaften geprobt, sondern wie Kampfstoffe ausgetrieben werden können, die die Bedienungsmannschaften „einfach“ krank werden lassen.

Ein Hintergrund für diesen ungeheuren Vorsprung ist, daß den So-

wjets bei Ende des Zweiten Weltkriegs die Ergebnisse der chemischen Kampfstoffforschung der Deutschen Wehrmacht – zirka 50 000 Substanzen – in die Hände gefallen sind. Alle diese Unterlagen über die Substanzen und die damit angestellten Versuche waren im Hauptsitz des Heeres-Gaslaboratoriums in der Spandauer Zitadelle in Berlin gelagert.

Ebenfalls in den Besitz der Russen gelangten sämtliche Unterlagen über die Kampfstoffforschung in der Tschechoslowakei und Polen, die nach dem Einmarsch der deutschen Truppen während des Zweiten Weltkriegs in den Besitz der Deutschen Wehrmacht kamen oder in diesen Ländern beschlagnahmt wurden.

Polen und die Tschechoslowakei waren neben dem Deutschen Reich zu dieser Zeit auf dem Gebiet der Kampfstoffforschung führend. Auf diesem Fundus baute die gesamte sowjetische Kampfstoffforschung auf.

Der Westen (die westlichen Alliierten) haben nur über zirka 300 Substanzen der Kampfstoffforschung von W-Prüf 9 durch den Leiter dieser Abteilung – Oberst Hirsch – erhalten, der aus dem Gedächtnis für die westlichen Alliierten darüber Aufzeichnungen anfertigte. Hirsch ist heute tot. Sein Bericht, der die Amerikaner angefertigt, liegt den zuständigen deutschen Behörden vor. Allerdings

darf er offiziell nicht verwendet und ausgewertet werden, da er von den Amerikanern auf 40 Jahre als „geheim“ eingestuft wurde.

Ein anderer Aspekt für den Vorsprung der Sowjets ist im System der Sowjetunion zu finden. Die gesamte toxiskologische Forschung im Westen ist nur nach wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet, das heißt, es werden nur die toxiskologischen Stoffe erforscht oder entwickelt (und dies erst wieder seit 1980), bei denen feststeht, daß sie auch hinterher Anwendung finden können – zum Beispiel in der Landwirtschaft.

Im Westen nicht möglich

Der Ostblock hat von jeher eine wertvolle toxiskologische Forschung durchgeführt. Danach sind alle Industriezweige, die Landwirtschaft und Forschungsabteilungen aus allen Bereichen verpflichtet, von jedem Stoff, der produziert wird, angefangen von Farbstoffen über Gewebefasern, Metalllegierungen, Metalle, Kosmetika und so weiter, eine Probe mit den jeweiligen Gesteinsanalysen an ein Zentralinstitut für Moskau zu senden, wo diese speziell auf ihre toxische Verwendbarkeit überprüft wird – ein Vorgang, der im Westen nicht nur aus Gründen der freien Marktwirtschaft gar nicht möglich ist. Als eigentliche Ursache für diese

katastrophale Entwicklung ist das Verhalten westlicher Politik in der Phase der „Entspannungspolitik“ zu sehen. In der Zeit von 1968 – mit dem Beginn der Verhandlungen über das Verbot von chemischen Waffen und Abrüstung in Genf – bis 1980 hatten die USA und die anderen westlichen Staaten sofort mit der Produktion von chemischen Kampfstoffen aufgehört, da man davon ausging, es käme zu einem generellen Verbot, und infolgedessen brauche man auch nichts in die Entwicklung, Produktion und Erforschung von Kampfstoffen zu investieren. Auch die Forschung für den Schutz gegen chemische Kampfstoffe wurde eingestellt – aus den gleichen Gründen.

Erst 1980 (12 Jahre später) konnten die westlichen Geheimdienste die NATO davon überzeugen, daß die Sowjetunion überhaupt nicht daran gedacht hatte, die Produktion und Erforschung von Kampfstoffen einzustellen. Trotzdem verfuhr der Westen in gleicher Weise weiter. Jeder neue Vorschlag der Russen über das Verbot eines bestimmten Kampfstoffes während der Verhandlungen führte dazu, daß im Westen die Erforschung dieses Kampfstoffes und der Schutz davor ausgesetzt wurden. Damit konnten die Russen ihren Vorsprung ausbauen.

(wird fortgesetzt)

150 000 000

Kardinal Glemp attackiert die Landsmannschaft

DW. Bonn

Der Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Jozef Glemp, hat wenige Tage vor dem Schlesier-Treffen in Hannover der Landsmannschaft vorgeworfen, „wahrhafte Verstandigung zu verhindern, weil sie auf ziemlich künstliche Weise das Heimweh aufrecht erhält“. In einem Interview der „Zeit“ meinte Glemp weiter, das „Hochspielen einer deutschen Minderheit in Polen und revisionistisches Gerede in der Bundesrepublik richteten Schaden an. Der Kardinal machte den „wieder anwachsenden politischen Einfluss der Landsmannschaften, der Aussiedlerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland“ für das Wiederaufwerfen von Grenzfragen verantwortlich.

Zur umstrittenen Frage einer deutschen Seelsorge in Polen sagte der Primas: „Man kann nicht, wie es geschah, einen Vergleich zwischen der Lage der Deutschen in Polen und von Polen in der Bundesrepublik (herstellen), wo deren Integration durch nichts behindert wird, auch nicht durch unsere Seelsorge. Hier (in Polen) hingegen – so verlangt man – soll die Kirche zur Erhaltung und Pflege deutscher Sprache und Kultur bei Menschen beitragen, deren Eltern und Großeltern nach dem Krieg erklärt, hierbleiben zu wollen und die jetzt polnische Bürger sind.“

Was in der Bundesrepublik in dieser Frage „deutsches nationales Bewusstsein“ wecke, entstehe aus „Abkehrung des kommunistischen Systems, aus dem Problem der Freiheit und des Wohlstandes“, sagte der polnische Primas. Ein „Bedürfnis nach deutscher Sprache“ im Gottesdienst sei ein „künstliches Problem, das von außen erzeugt wird“.

In Bonn zeigte man sich erstaunt darüber, daß Glemp sich eines Vokabulars bediente, wie man es im allgemeinen nur von den kommunistischen Funktionären in Warschau gewohnt ist.

Mit Aufmerksamkeit wurde registriert, daß die polnische Bischofskonferenz am 23./24. Juni in Stettin zusammentreten wird, um den 40. Jahrestag der „Rückkehr“ in die Oder-Neisse-Gebiete zu feiern. Der Stettiner Bischof Kazimierz Majdanski hatte den Kölner Erzbischof, Kardinal Hofner, zu der Veranstaltung eingeladen. Hofner wird aber nicht reisen.

Fabius in der „DDR“: Kooperation vertiefen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Erstmals in der „DDR“-Geschichte mischte sich an diesem stürmischen 10. Juni in Ost-Berlin echter Jubel unter den Beifall für einen Staatsgast. Denn lieber als diesmal stand wohl kein Ost-Berliner Späßer für einen Besucher. Zahlreich die Papier-Tricoloren, als Frankreichs Premier Laurent Fabius ins alte Berliner Zentrum rund um den Lustgarten fuhr.

Während die Ost-Berliner den sympathischen „Westler“ begrüßten, konnte sich die SED-Führung im Bewusstsein, die Besuchspremiere eines Regierungschefs einer alliierten Schutzmacht zu feiern.

Am Straßenrand und bis vor das Portal des Staatsrates drängte sich die Bevölkerung. Die „Aktuelle Kamera“, die „DDR“-Tagesschau, schwenkte über typische Berlinerinnen mit der Marktasche aus Stroh, über Sekretärinnen in der Mittagspause.

Auf dem Flughafen Schönefeld reagierte Fabius über distanziert auf dem pompösen Empfang mit preußischem Reglement. Während Honnecker eifrig winkte, nickte Fabius nur freundlich den Zuschauern zu. Das Militärkommando befand sich auf dem Flugplatz-Gelände, das rund 500 Meter außerhalb der Berliner Stadtgrenze im „DDR“-Kreis Königs Wusterhausen liegt. Somit war formal der Forderung der Gäste Genüge getan, von Militärpersonal in protokollierender Aktion auf dem eigentlichen Boden Berlins verschont zu bleiben.

Besuch hoch eingestuft

Welches Gewicht die „DDR“-Führung der Fabius-Visite beilegt, erwieß sich am offiziellen Echo: Allein 17 der 30 Minuten Sendezeit widmeten die Abendnachrichten im Fernsehen dem ersten Tag des Premiers. Sein Toast beim Essen im Staatsratsgebäude enthielt mehrere Wahrheiten, die Fabius voller „clarté“, aber dennoch in diplomatisch verbindlicher Form seinen Gastgebern sagte: „Neues Deutschland“ druckte sie im Wortlaut.

Zunächst vermied es Fabius etwa, von einer Anwesenheit in der „DDR“ zu sprechen; er dankte ohne Ortsangabe „sehr aufrichtig für den Empfang“.

Dann rückte er mit einer kleinen

Im GULag Arbeit für die Rüstung

Vier Millionen Gefangene / Aus zahlreichen Lagern kommt niemand lebend heraus

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im Schatten der von Präsident Mitterrand initiierten Menschenrechtsveranstaltung in Paris, die von der Opposition wegen ihres „polit-propagandistischen Charakters“ (Simone Veil) boykottiert worden war, hat dieser Tage ein Kolloquium über den „GULag“ den Freunden der privaten „Vereinigung für ein freies Rußland“ neueste Zahlen über die Wirklichkeit in den sowjetischen Straflagern geliefert.

Youri Below, der 15 von 39 Lebensjahren im GULag inhaftiert war (davon fünf Jahre in einer psychiatrischen Sonderanstalt), ist heute Leiter des Arbeitsausschusses „Bürgerrechtsbewegung und politische Gefangene in der UdSSR“ in Frankfurt. Er sprach von „über 20 000 Lagern mit etwa vier Millionen Gefangenen, davon 10 000 „politischen“, deren Durchschnitts-Strafmaß „zwischen zehn und 25 Jahren, zuweilen darüber“ liegt.

Hunger und die geistige Austrocknung der Häftlinge bezeichnete Below als die beiden Hauptmethoden der Administration, die Menschen zu harten, Arbeit von früh bis spät, eine Ernährung, die „zuviel zum Sterben und zuwenig zum Leben sei“, der systematische Entzug von Lektüre und „die schreckliche Ungewißheit über die Dauer der Strafe“ seien das Los der Unglücklichen.

Niemals sei es irgendeiner Delegation des Westens erlaubt worden, ein Lager zu besichtigen. Zahlreich seien die internationalen Proteste gegen

die Diktaturen in Griechenland oder Chile gewesen. Über die sowjetische Diktatur, der jährlich Tausende von Menschen zum Opfer fallen, spräche man kaum noch. Handelspolitik mit der UdSSR sollte Below zufolge „eine deutliche moralische Voraussetzung“ haben, da sie sonst nur den Machthabern zugute komme und dem Regime weitere Untaten ermögliche.

Avraham Shifrin, der Leiter des Forschungszentrums für sowjetische Straflager in Haifa (Israel), auch er 14 Jahre lang Lagerinsasse in seiner früheren Heimat, berichtete von etwa 2500 Sonderlagern in der UdSSR, die ausschließlich zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft im Bergbau und in der Rüstungsindustrie errichtet worden seien und weite Teile des europäischen und asiatischen Rußlands bedeckten.

Shifrin hatte 1982 ein weit beachtetes Buch über das sowjetische Lager-System mit genauen geographischen und kartographischen Angaben im Westen veröffentlicht („Reiseführer durch die UdSSR“), in dem er schon damals von „Todeslagern“ dieser Art sprach. Man könne sie in drei Kategorien teilen: die Lager, aus denen praktisch nie jemand lebend wieder herauskomme (dazu zählt er 43 Anstalten in und bei Uraniumgruben mit 200 000 Toten seit 1980), Lager, in denen die Sträflinge gefährlichen Arbeiten in der Rüstungsindustrie oder in den Streitkräften (z. B. Wartung von atomaren Sprengköpfen auf Atom-U-Booten) ausgesetzt sind und schwere Gesundheitsschäden davon-

PLO baut neue Machtbasis auf Zypern auf

DW. Damaskus/Amman

Nach ihrem Fiasko im libanesischen Bürgerkrieg versucht die PLO sich eine neue Machtbasis in Jordanien und Zypern zu verschaffen. Seit Monaten werden in geheimen PLO-Camps auf Zypern systematisch Kommandos für Einsätze in Libanon und Israel ausgebildet.

Insbesondere der Arafat-loyale el-Fatah-Flügel der PLO wies nach Zypern aus. Er konzentrierte sich auf den griechischen Teil der Insel, da eine wirksame politische oder militärische Gegenseite in dem schwachen Teilstaat nicht zu befürchten stand. Wie die WELT von zuverlässiger Seite erfuhr, reagierte Staatschef Assad umgehend und erteilte dem Chef seiner militärischen Abwehr Befehl, gegen die Fatah-PLO vorzugehen. Die Aktionen sollen von Angehörigen schiitischer Milizen aus Libanon ausgeführt werden. Beobachter rechnen daher in naher Zukunft mit Feindseligkeiten zwischen den verfeindeten PLO-Flügeln auf der Mittelmeerinsel.

Zunehmenden Druck übt die Fatah auch auf Jordanien aus: Neben politischer Tätigkeit sollen wieder militärische Aktivitäten in Jordanien zugelassen werden, nachdem die jordanische Armee im „Schwarzen September“ 1970 die Militärpräsenz der PLO im Haschemitenreich zerschlagen hatte. König Hussein, der die PLO von seinem Plan zur Gewinnung der Gebiete am Westufer des Jordans überzeugen möchte, läßt in letzter Zeit offenbar eine Verstärkung der Militärpräsenz der PLO zu. Nach zuverlässigen Angaben kann in den vergangenen Monaten die PLA – der militärische Zweig der PLO – im Haschemitenreich relativ frei agieren. El-Fatah-Kämpfer aus Libanon können integriert werden. Darüber hinaus werden in zwei geheimen Lagern „unabhängige“ Fatah-Kämpfer ausgebildet. Fatah-Kämpfer aus Jemen und Algerien trainieren im PLA-Lager Khaw an der syrischen Grenze.

„Wahlen“ in Polen am 13. Oktober

AFP, Warschau

Erstmals nach geändertem Wahlrecht wird in Polen am 13. Oktober ein neues Parlament (Sejm) gewählt. Die bisher übliche Einheitsliste wird durch zwei Listen ersetzt. Die erste ist 50 prominenten Kandidaten vorbehalten, für die übrigen 390 Sitze im Parlament stellen offizielle Parteien und Verbände je zwei Bewerber pro Mandat auf. Die eigentlichen bereits 1984 fälligen Wahlen waren von der Regierung wegen der politischen Situation verschoben worden. Die verbundene Gewerkschaft „Solidarität“ hatte bereits im Februar zum Wahlboykott aufgerufen.

Erster Prozeß um den „Kreuzkrieg“

dpa, Warschau

Unter Beifallsbekundungen für die Angeklagten wurde vor einem Regionalgericht in Jedzejow (Polen) der Prozeß gegen zwei Priester eröffnet. Andrzej Wilczynski und Marek Labuda hatten sich vom 3. bis zum 16. Dezember 1984 ohne Genehmigung in einer Schule in Wlozczowa aufgehalten. Mit ihrem „Kreuzkrieg“ hatten die Angeklagten gegen die Entfernung von Kreuzfixen aus der Schule protestiert. Von den vor dem Gericht versammelten Menschen, die applaudierten, beteten und Kirchenlieder sangen, wurden mindestens vier festgenommen.

Buch Ogarkows erschienen

DW. Moskau

In der Sowjetunion ist ein Buch des ehemaligen Generalstabschefs Nikolai Ogarkow mit dem Titel „Geschichte der Wachsamkeit“ veröffentlicht worden. Ogarkow, der 1983 den Oberbefehl hatte, als das südkoreanische Verkehrsflugzeug über Kamtschatka von den Sowjets abgeschossen wurde, war am 6. September 1984 als Generalstabschef und Vizeverteidigungsminister durch Sergej Achromjew ersetzt worden. Angeblich soll Ogarkow seither die den NATO-Verbänden gegenüberstehenden sowjetischen Feldtruppen befehligen.

Die WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Mit diesem Kopf fährt die Bahn immer schneller.

Im Herbst geht der ICE auf seinen ersten „Probeflug“. Krupp Industrietechnik, ein Unternehmen im Krupp-Konzern, hat wesentlichen Anteil daran.

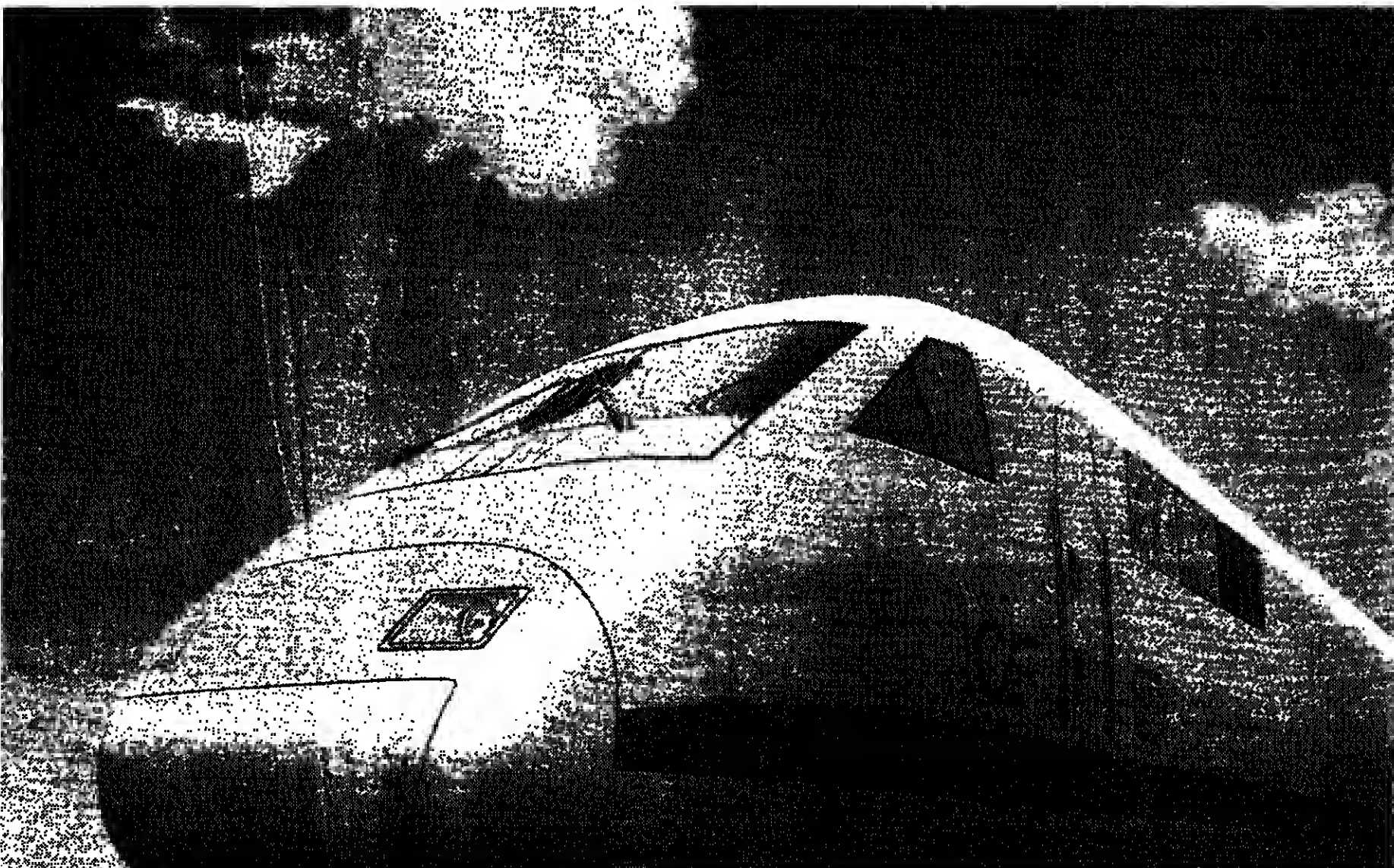
Einstiegen, Türen schließen, Achtung Abflug könnte es beim ICE (InterCity Experimental) heißen. Denn dieser neue Hochgeschwindigkeits-Zug schafft 300 km/h: Nur Fliegen ist schneller. Die Fahrzeit wird praktisch halbiert.

In der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Lokomotiv-Industrie“ war Krupp maßgeblich am Bau des ICE beteiligt: Seine zwei identischen „Triebköpfe“ wurden unter Mitarbeit von Krupp entwickelt und gebaut.

Ein computergesteuertes Betriebsleitsystem sorgt dafür, daß die gewaltigen technischen Möglichkeiten optimal eingesetzt und kontrolliert werden können.

Hinzu kommen der energiesparende Antrieb, die verschleißarmen Laufwerke und der modernste Reisekomfort, über den je ein schienengebundenes Verkehrsmittel verfügte.

Modernste Technik bringt den neuen ICE der Bundesbahn sicher auf 300 km/h.



Die Phantasie der Krupp-Ingenieure hat Entwicklungen der Verkehrstechnik aber nicht nur auf die Schienen gesetzt: Railship II, die größte Eisenbahnfähre der Welt, wurde eben fertiggestellt. Krupp liefert den entscheidenden Beitrag zum Bau der neuen Hochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal. Und auch das größte Schiffshebewerk Europas in Lüneburg trägt unsere Handschrift.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche unseres Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.

stück

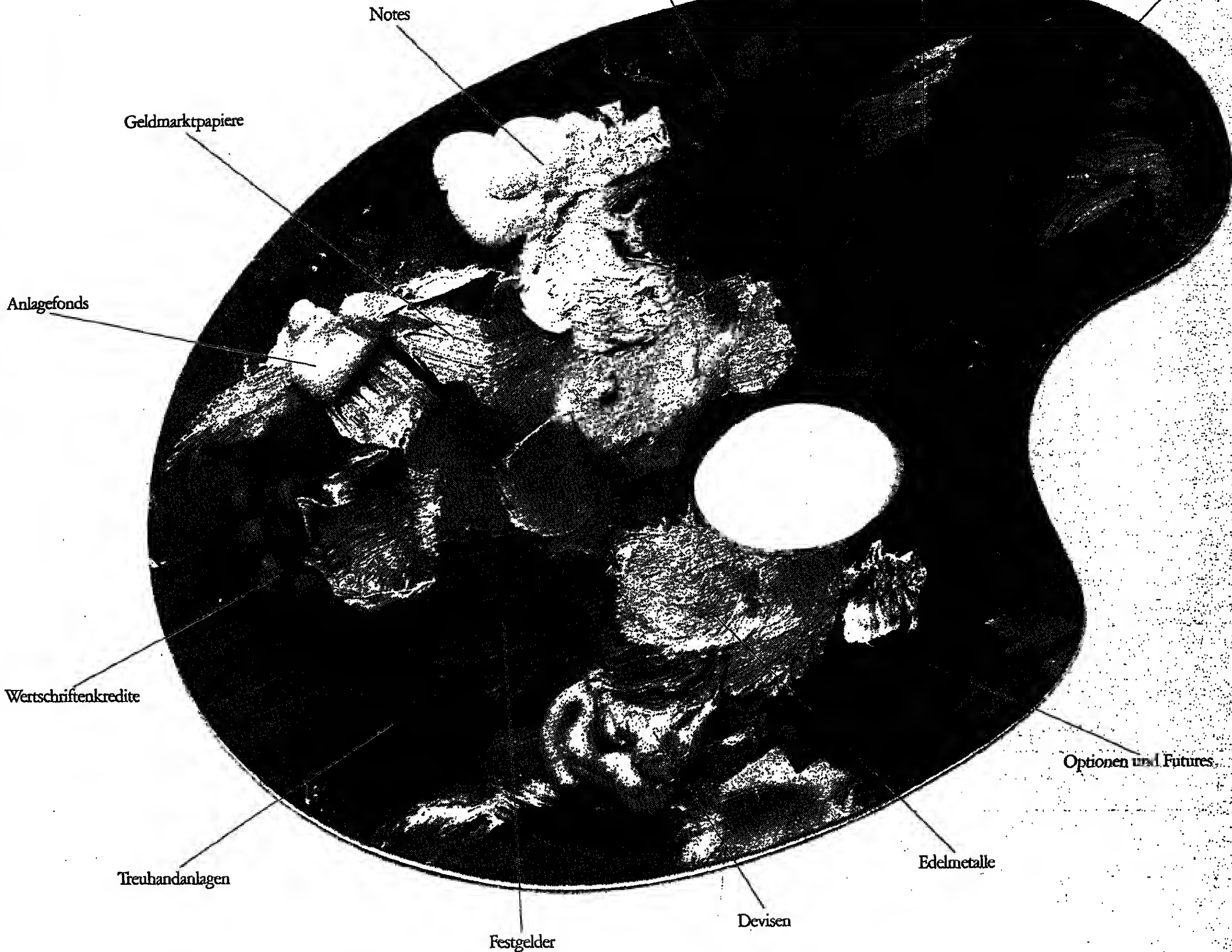
Entwicklung ist westlicher Politik r. „Entspannungspolitik“ der Zeit von 1968 – mit er Verhandlungen über on chemischen Waffen in Genf – bis 1991 und die anderen west und die anderen west sofort mit der Probi- tischen Kampfstoffab- an davon ausging, es nan generellen Verbot en brauche man auch en Entwicklung. Produkt- ung von Kampfstoffen Auch die Forschung tz gegen chemische W- erte eingestellt – ne- Gründe.

80 (12 Jahre später) hat- lichen Geheimnisse von überzeugen, daß es überhaupt nicht dar- te, die Produktion ge- von Kampfstoffen ge- rotzdem verfuhr der W- r Weise weiter. Jedoch der Russen über die r bestimmten Kommiss- der Verhandlungen in- um Westen und die so- unspöttisches und ge- issepart wurden. Die Russen ihren Prose- wird fortgesetzt!

Wenn Sie weitere Informationen über Verkehrstechnik von Krupp wünschen, wenden Sie sich bitte an Krupp Industrietechnik GmbH, Postfach 10 21 44, D-4300 Essen 1.



KRUPP



Das Plus, die ideale Mischung aus Kompetenz, Erfahrung und Intuition vorzufinden: Portfolio Designing by HandelsBank N.W., Zürich.

Das Bild, das Sie sich von der perfekten Anlageberatung und Vermögensverwaltung machen, finden Sie bei uns in vollendeter Form vor: ein Zürcher Bankhaus mit über 50jähriger Tradition und über 500 Mitarbeitern sowie die Gewissheit, von einem Portfolio-Manager betreut zu werden, der Ihre Persönlichkeit zu schätzen weiß und darauf eingeht.

Unsere Mitarbeiter sind mehr als nur auf einen Bereich des Anlagegeschäftes spezialisierte Berater. Wir beschäftigen ausschließlich Generalisten mit langjähriger Erfahrung in allen Sparten des Anlagegeschäftes, analytischen Fähigkeiten und einer ausgeprägten Kombinationsgabe. Da wir eine Anlagepolitik pflegen, die unseren Portfolio-Managern einen optimalen Spielraum und den Zugang zu allen Anlageobjekten offen läßt, haben Sie die Gewähr, daß das Können

und die Intuition unserer Anlagespezialisten voll zum Tragen kommen.

Unsere Position als Privat- und internationale Geschäftsbank, unser Status als Ringbank mit Sitz an der Zürcher Börse und die fachliche und menschliche Qualifikation unserer Mitarbeiter geben Ihnen das sichere Gefühl, daß bei uns mit den besten aller Anlagestrukturen das Beste aus Ihrem Geld gemacht und das Anlagekonzept permanent den aktuellen Finanzmarktsituationen angepaßt wird.

Wie erfolgreich wir für unsere Kunden arbeiten, ist in unserem Geschäftsbericht von 1984 nachzulesen. Wir weisen eine konsolidierte Bilanzsumme von Fr. 3,5 Milliarden und offene haftende Mittel von Fr. 300 Millionen aus. Wie sicher wir sind, zeigt das N.W. hinter unserem Namen. Es steht für die Bank,

die hinter uns steht: die National Westminster Bank, eine der zehn größten Banken der Welt, mit Aktiven von £ 72 Milliarden, Hauptsitz in London und Niederlassungen in Europa, Nordamerika, Australien, im Mittleren und Fernen Osten. Dennoch sind wir aber, was wir sind: eine Schweizer Bank mit Schweizer Management und Schweizer Service.

Herr Roland Humbel, stellvertretender Direktor und zuständig für die guten Beziehungen zu unserer Privatkundschaft, stellt Ihnen gerne die Verbindung zu dem Portfolio-Manager her, der Ihre individuellen Ansprüche in jeder Beziehung befriedigt.

Nehmen Sie bitte mit ihm Kontakt auf:
HandelsBank N.W., Talstraße 59, CH-8022 Zürich,
Telefon 0041/1/214 5111.

HandelsBank N.W.

Kompetent wie eine Grossbank. Persönlich wie eine Privatbank.

Handelsbank N.W.

Spanien heute - Zehn Jahre nach dem unblutigen Ende der Franco-Diktatur

Die Fundamente der Demokratie

Gute, manchmal sogar bessere Europäer waren die Spanier gelegentlich ganz gewiss. Ihre Poeten, ihre Völkerrechtler, ihre Heiligen prägten das Abendland entscheidend mit. Daß die Geschichte sie dennoch Jahrhunderte hindurch praktisch aus Europa verdrängte, lag auch daran, daß Spanien, die Geschichte hindurch jene Werte verteidigte, die das übrige Europa längst aufgegeben hatte: die Einheit von Staat und Kirche. Spanien blieb bis 1976 ein „katholischer Staat“.

Das neue, das demokratische Spanien folgt zwar der europäischen Entwicklung, aber eben auch jenem römischen Ereignis vor zwanzig Jahren: dem II. Vatikanischen Konzil, das die Trennung von Staat und Kirche für Spanien einleitete. Der Vorfall dieser ambivalenten historischen Entwicklung liegt im weltungelassenen Übergang nach dem Tode des Caudillo im November 1975. „Folgt dem König“, hatte der Diktator in seinem letzten testamentarischen Tagesbefehl seinen Truppen befohlen. Und also konnte König Juan Carlos und seine Ratgeber den zügigen Prozeß der Demokratisierung einleiten. Ist er heute abgeschlossen? Als die

Sozialisten vor zwei Jahren gewählt wurden, schien der Bann gebrochen, der Fluch von dem ewig zweigeteilten Land des „einen“ und des „anderen“ Spaniens vergessen. Die bürgerliche Regierungspartei der Jahre des Über-

Wir sind vielleicht die besseren Europäer - 22.05 Uhr, ZDF

ganges war noch ein Kind der Not. Bei den ersten freien Wahlen 1976 hatten die vorsichtigen Bürger nicht etwa die Gegner Francos gewählt, sondern den vom König eingesetzten Ministerpräsidenten Suárez. Als sich dieser Ministerpräsident als unfähig erwies, brach auch seine Partei wie ein Kartenhaus zusammen. Die Demokratie - erst jetzt wurde sie Ereignis, und zwar bei den Wahlen im Oktober 1982. Nach europäischem Vorbild orientierten sich die Wähler im Rahmen einer Bipolarität: Rechts, aber nur knapp rechts vom Zentrum, eine bürgerliche christdemokratische Gruppierung, links, ebenso knapp vom Zentrum, die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens, die ihrerseits eine erstaunliche Wandlungsfähigkeit zeigte. Die Extremisten rechts

und links einschließlich der KP schmolzen auf ein Minimum zusammen.

Dabei galt Felipe González bei seiner Wahl zum Generalsekretär der PSOE im französischen Exil 1972 noch vielen Alt-Sozialisten als „viel zu radikal links“. Als González dann mit der Stimme der neuen „europäischen“ Generation zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, verwirrten er und seine Regierungsmannschaft die Alt-Genossen in Spanien und in Europa mit einem Wirtschaftsprogramm, das in seiner marktorientierten modern-kapitalistischen Wettbewerbsordnung nicht einmal die Sozialdemokraten des Godesberger Programms hätten durchsetzen können. Spätestens hier stellt sich die Frage, wer sind denn die jungen sozialistischen Politiker, die inzwischen alle wichtigen Posten in Verwaltung, Kultur und Gesundheitswesen an sich zogen? Es sind jene Studenten, die im letzten, sehr milden Jahrzehnte der Franco-Ära auf der Straße protestierten und die erst dann die Tradition der sozialistischen Arbeiterpartei übernahmen, mit deren gestandenen Gewerkschaftsführern sie heute offen kollidieren. ROLF GÖRTZ

KRITIK

Das Recht auf Heimat

Nachdem ich die Heimat verloren hatte, sehe ich mich besonders nach der Heimat zurück, berichtet ein Mann in der „Reportage am Montag“ des ZDF unter dem Motto „Schlesien '85 - Begegnungen an der Oder“. Der Heimatvertriebene war - ein Pole, der aus Lemberg gebürtige Komponist Wojciech Kilar. Seine melancholische Klavierkomposition „Exodus“ untermauerte die Eindrücke aus dem heutigen Schlesien. Im Bild rückten vor allem die Menschen der Region sowie ihre früheren Bewohner auf Erkundungen in der alten Heimat.

Der deutsche Journalist Klemens Mosmann und sein polnischer Kollege Stanislaw Krzewinski besuchen gemeinsam Stätten ihrer familiären Verbindung zu Schlesien. Ein überzeugendes, weil der Geschichte gerecht werdendes Projekt: Der polnische Chronist zeigte sein Geburtsland in Breslau mit bis heute sichtbaren jüdischen Symbolen und stellte die bohrende Frage nach der persönlichen Schuld der früheren Generationen angesichts des Leids der NS-Zeit und des Krieges.

Klemens Mosmann entdeckte deutsche Friedhöfe und sich zum Deutschum bekennende Menschen, die in starkem Kontrast zur parteipolitischen Leugnung heutiger deutscher Identität in Schlesien standen.

Die Vermischung der Kulturen in Schlesien belegte der Verweis auf zufriedene Ostpolen, die heute ebenfalls gute Kontakte zur Bundesrepublik pflegen. Rückwärtsgerichtet erschien da die Folddokumentation mit „polnisch-schlesischen Tänzen im Ringen um nationale „Urberechtigtheit“.

Keinen Haß oder Revanchismus sahen der deutsche und der polnische Journalist bei den überwiegend vertriebenen Schlesiern. Eine junge Polin sprach ihnen ausdrücklich das Recht zu Heimatbesuchen zu. Freilich: Die heutige schlesische Generation wird eher durch die polnische Wirtschaftskrise als durch nationale Probleme geprägt.

HERMANN SCHMIDTENDORF

Die einsame Heldin

Die französische Südstatengeschichte Louisiana (ARD) setzt eine Tradition fort: Schon wieder ist es eine Frau, die um den Bestand einer Pflanzung kämpft wie in Ellen Glasgows „Barren Ground“ (1925), wie in „Von Winde verweht“ der Margaret Mitchell (1936). Diesmal spielt die Story in Louisiana, und die einsame Heldin ist eine harte Frau, die mit allen Mitteln, auch den betagten, um ihr Leben kämpft. Grundbesitz zu bekommen, zu nutzen und zu mehr. Pech, daß der einzige Mann, den sie liebt, impotent ist.

Philippe de Broca und die französische Anstalt „Antenne 2“ haben der Geschichte sehr viel Atmosphäre verliehen, auch wenn sie gelegentlich nur Dummheit ist. Doch verläuft alles nach den Regeln einer routinisierten Regie.

Wer sich die Mühe machte, mehr als nur zwei Folgen dieser Langzeit-Saga zu betrachten, wurde aller Distanzierung zum Trotz eingezogen in das Spiel und zeigte gelegentlich sogar Ansätze einer allerdings nur zaghaften Neugier. Doch zu einer Verbrüderung zwischen Schirm und Sessel wollte es nicht kommen. Eine Schmelze ist eine Schmelze ist eine Schmelze. Freilich gibt es auch gut gezeichnete Schmelzen mit beachtlichen schauspielerischen Seiten. Im besagten Falle müßte man wohl die coole Margot Kidder erwähnen und den Jan Chelerson, man sollte auch nicht die impressionistischen Bilder des Kameramanns Michel Brault vergessen. Kurz: Es gab einzelne hervorragende Punkte, wo man dankbar hätte verweilen können, aber die allgemeine Soße spülte auch den besten Willen davon.

Fazit: Die Serie ist besser als Dailas, aber schlechter als Onkel Toms Hütte, falls sich einer noch daran erinnert. Denn es fehlte ihr die schlichte Ingredienz einer Geschichte, eines Stücks, eines Spiels, nämlich: Leben. Die einfachste Geschichte mit Puls und Herzschlag schlägt eine solche Konstruktion um Längen. VALENTIN POLCUCH

LÄNDERSPIEL / Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft auf ihrer WM-Testreise in Mexiko-City

So werden die Länderspiele der deutschen Fußball-Nationalmannschaft im Fernsehen original übertragen: Heute gegen England von 21.55 bis 23.45 Uhr in der ARD (1. Programm), am 15. Juni gegen Mexiko von 20.15 bis 22.05 Uhr im ZDF (2. Programm).

England ist einer der wenigen Gegner, gegen den die deutsche Mannschaft eine negative Bilanz aufweist. Bei bisher 20 Länderspiel-Begegnungen gab es fünf Siege, vier Unentschieden und elf Niederlagen. Zuletzt spielte Deutschland 1982 bei der WM 0:0.

In Mexiko bestreitet die deutsche Fußball-Nationalmannschaft ihre Länderspiele Nummer 510 und 511 seit dem Auftakt im Jahre 1908. Die Bilanz trotz der Rückschläge in den letzten Jahren: 290 Siege, 90 Unentschieden und 129 Niederlagen bei 1205:685 Toren.

In den bislang acht Spielen unter Franz Beckenbauer gab es sechs Siege (2:0 über Schweden, 3:2 in Malta, 2:1 in Portugal, 6:0 über Malta, 4:1 über Bulgarien und 5:1 in der CSSR) und zwei Niederlagen (1:3 gegen Argentinien und 0:1 gegen Ungarn).

Franz Beckenbauer: „Mein Gott, ich weiß es nicht, ob die Engländer in Form sind - vielleicht ja“

ULRICH DOST, Mexiko City

Man hatte es kaum für möglich gehalten, aber Franz Beckenbauer, dieser joviale, umgängliche Mensch, dem es geradezu an den Lippen hängt, kann auch anders sein. Unwirsch, abweisend, sogar schroff reagierte der Teamchef in Mexiko City, als ihn die Journalisten vor dem heutigen Freundschaftsspiel gegen England nach der deutschen Aufstellung und der Form des Gegners fragten. Er bereits am Samstag vor Ort beim 0:1 gegen die Mexikaner beobachtet hatte. Beckenbauer: „Mein Gott, ich weiß es nicht, ob die Engländer in Form sind, vielleicht ja. Mal sehen.“ Seinen Vorgänger Jupp Derwall hätten sie nach einer solchen Antwort regelrecht in der Luft zerschneiden können.

Doch spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde jedem klar, daß auf dieser Mexiko-Reise mit dem Spiel gegen England und am Samstag gegen Mexiko der sportliche Wert ziemlich weit nach hinten gerückt ist. Beckenbauer hat anderes im Sinn. Er, der vom Typ her eher zum Phlegmatiker neigt, sich aber immer mehr zum Arbeitstier entwickelt, probt schon den Ernstfall für die Weltmeisterschaft im nächsten Jahr. Nichts darf es geben, selbst den dümmsten Zufall nicht, von dem das deutsche Team dann überrascht werden könnte. Was interessiert ihn heute die Form der Engländer?

Das Essen, die Höhenluft (Mexiko liegt 2350 Meter über dem Meerespiegel), der Zeiteinsatz (acht Stunden), die Anpassungsschwierigkeiten an die ungewohnte Umgebung, an mittägliche Hitze bis 30 Grad, bei der die Spiele jetzt und bei der WM in den Vorrunden ausgetra-

gen werden. In Deutschland war es schon 4 Uhr morgens am Dienstag, in Mexiko City immer noch Montag, 20 Uhr, als Beckenbauer die Nationalmannschaft zu einem lockeren Training versammelt hatte. 14 Flugstunden mit einer einhalbstündigen Zwischenlandung in Dallas steckte den Spielern noch in den Knochen.

Mannschaftsarzt Heinrich Giesen erklärte: „Es wäre das Falscheste, wenn die Spieler sich ausruhen würden.“ Aktive Erholung, ein Training zum Regenerieren sei bei diesen Stresssituationen am besten für den Kreislauf. Giesen rechnet damit, daß die Spieler mindestens 20 Prozent weniger von ihrer gewohnten Leistung bringen können. Er sagt: „Sich an den Zeiteinsatz zu gewöhnen gelingt in zwei bis drei Tagen. Um sich auf die Höhenlage einzustellen, braucht der Körper mindestens eine Woche. Diesmal werden wir das nicht schaffen.“

So paradox es auch klingen mag, meinte der Kölner Professor, die Spieler fühlen sich zunächst nach den Strapazen körperlich fit. Deshalb neigen sie auch dazu, sich im Training nicht intensiv zu belasten. Giesen: „Wer sich heute im Spiel zu sehr verausgabt, der wird am Samstag total kaputt sein. Deshalb wird es heute

bestimmt ein langsames Spiel werden.“ Giesen will die Spieler genau beobachten, er will dann für die individuelle Trainingspläne ausarbeiten, die es ihnen ermöglichen, im nächsten Jahr mit größeren Kraftreserven nach Mexiko zu kommen. Giesen: „Dann wollen wir hier in der Höhenlage und bei diesen Temperaturen so schnell spielen wie bei uns zu Hause.“

Vierzehn Tage vorher wird das deutsche Team bei der WM im nächsten Jahr deshalb anreisen, um eine optimale Anpassung zu erreichen. Auch für das Verhalten außerhalb des Spielfeldes gab der Deutsche Fußballbund (DFB) seinen Spielern allgemeine Hinweise für den Aufenthalt in Mexiko. Heinrich Hess, der Mannschaftsarzt aus Kehl, hatte sie ausgearbeitet. Darin stehen zum Teil belanglos erscheinende Dinge, wie: „Das Kofferpacken und die Sonnenbrille nicht vergessen.“ Oder: „Allgemeine Reinlichkeit ist nicht nur wesentlich für eine bessere Verträglichkeit des Klimas, sondern auch für Verhütung von Krankheiten.“ Oder: „Besondere Mäßigkeit steht an im Alkoholgenuß, weil die Körperinnentemperatur rapide ansteigt, was wiederum Müdigkeit und Schläfrigkeit zur Folge hat (Alkoholgenuß erst nach Sonnenuntergang).“

Das Beachten solcher Kleinigkeiten - so Franz Beckenbauer - , die Zuhilfenahme der Mediziner bei der richtigen Dosierung und die den Verhältnissen angepaßten Verhaltensweisen, das alles soll im nächsten Jahr den Erfolg bringen.

Daß in seiner Mannschaft sportlich einiges steckt, weiß Beckenbauer inzwischen. Das Umfeld stimmt, die Nationalmannschaft ist wie ein Paket von besonderem Reiz. Die Spieler reifen sich darum abzuheizen, auch wenn sie wie Michael Frontzek (wegen seiner roten Karte), Klaus Allofs (Knöchel verletzt) und Rudi Völler (Oberschenkelverletzung) in Mexiko wahrscheinlich gar nicht zum Einsatz kommen. Horst Köppel, Beckenbauers Partner, der die Mannschaft trainiert, sagt: „Hannes Löhr, der Trainer von Klaus Allofs in Köln, hatte hier alles schon abgesagt. Für den Spieler gab es gar keine Frage, daß er trotz seiner Verletzung mitfahren würde. Mit Rudi Völler gab es auch keine Probleme, obwohl er am letzten Spieltag für seinen Kluh nicht spielen konnte.“

Aber auch das bereitet Beckenbauer und Köppel keine Kopfschmerzen. Nun haben sie genügend Möglichkeiten, andere Spieler zu testen. Das Ergebnis heute Abend wird für Beckenbauer bestimmt zweitrangig sein. Der Test muß kein Test werden, er soll nur Erfahrungen bringen. Im nächsten Jahr muß der Beweis erbracht werden, daß der deutsche Fußball wieder Weltspitze ist. Nicht auszuweichen, wenn das Vorhaben an Kleinigkeiten und Zufälligkeiten scheitern würde. So etwas würde das Arbeitstier Beckenbauer noch unwirksam machen.

So wollen sie heute Abend spielen

England: Shilton, Stevens, Wright, Butcher, Sansom, Steven, Reid, Rohson, Waddle, Linaker, Dixon.

Deutschland: Schumacher (31

Jahre/59 Länderspiele), Hergert (29/12), Augenthaler (27/4), Jakobs (31/8), Berthold (20/5), Matthäus (24/3), Magath (31/3), Rahn (23/5), Brehme (24/14), Littbarski (25/33), Meil (26/5).

ADMIRAL'S CUP / Die letzte Qualifikation

Kampf der Damen: „Wir müssen uns hinfummeln“

Am Freitag beginnen die letzten drei Qualifikationsrunden für den Admiral's Cup der Hochseesegel (31. Juli bis 15. August). Zwei Jachten sind bisher der Konkurrenz davongesegelt: Die „Outsider“ des Kieler Timor Hansen und die „Rubin“ des Hamburgers Schimöner. Im Kampf um Platz 3 wird es spannend: Die „Divo“ (Bremen) liegt noch vor der „Container“ (Selters).

Von INGA GRIESE

Der Bremer Bernie Beilken kann vorläufig seinen Champagner noch behalten. Der Steuermann der Hochseesegel „Divo“ hatte nämlich der Damen-Crew der „Rodeo“ versprochen, daß er ihnen ein Sektkbad spendieren würde, wenn sie eine der Qualifikationswettfahrten zum Admiral's Cup gewinnen würden. Nach den positiven Trainingsergebnissen der ersten weiblichen Cupper-Crew waren Bernie schon Zweifel gekommen, ob er nicht etwas vorzeitig mit seinem Versprechen gewesen war.

Doch als es ernst wurde, über Pfingsten vor Helgoland, da holte die Realität die „Rodeo“ wieder ein. Die attraktiven Seglerinnen hatten im „Hummer-Crew“, der Segelkneipe auf der Insel, weitaus mehr Erfolge zu verbuchen als auf See. Auf Platz 6 unter den 11 Bewerbern um einen Platz im deutschen oder österreichischen Dreierteam hatte man sie eingeschätzt. Nun liegen sie auf dem 9. Rang mit 18,5 Punkten.

Auf der „Rodeo“ waren wohl nicht nur taktische Fehler gemacht worden, auch Manöver und Segelstellung hatten Probleme bereitet. Bei starkem Wind war der Spinnaker, das große ballonartige Vorsegel, gar nicht erst hochgezogen worden.

„Ich weiß nicht, ob man sagen kann, daß die Serie dann begangen ist. Für uns waren Stromgewäs-

ser und Kielanlage absolutes Neuland“, meint dazu Kirsten Tamm, die 21jährige Steuerfrau aus Hamburg. „Die Bedingungen waren ganz anders als vor Kiel. Als erstes werden Gila und ich jetzt theoretisch Taktik und Navigation in solchen Gewässern pauken.“

Gila heißt korrekt Gisela Miessecke, 30 Jahre alt, von Beruf Innenarchitektin und an Bord für Navigation und Taktik zuständig. „Daß wir keinen Spinnaker gesetzt haben, finde ich nach wie vor richtig“, führt Kirsten Tamm aus. „Wir haben von vornherein gesagt, wir fangen langsam an und riskieren nichts. Beim nächsten Mal werden wir auch den Spinnaker setzen.“

Die Mädchen haben sich zwar zum Ziel gesetzt, Platz 6 der Ausscheidungen zu erreichen, doch sie stehen nicht unter Druck. Denn der Vertrag mit dem Sponsor, der ihnen den hochmodernen Neubau samt bester Ausstattung und Training finanziert, läuft über drei Jahre. In jedem Fall wird die Crew im Sommer nach England fahren. Wenn sie nicht um den Admiral's Cup fährt, nimmt sie an der Cowi-Week (3. bis 11. August) und an der Kintoner-Weltmeisterschaft teil.

Nach einer aber nicht alle Hoffnungen begraben. „Wenn wir in Kiel so segeln wie bisher, stehen unsere Chancen noch gut“, sagt Kirsten Tamm. Während der Vorbereitungswochen seit Ostern an der Ostsee hatten meist leichter Wind und wenig Wellen vorgeherrscht. Da hatten die zehn Mädchen der „Rodeo“ durchaus Vorteile gegenüber der schwereren männlichen Konkurrenz. Allerdings gesteht Kirsten Tamm ein, daß die Einstellung der Segel noch nicht perfekt ist. „Wir müssen uns allmählich hinfummeln.“ Probleme gab es auch mit dem ständig verklemmten Ruder. Das soll nun durch ein neues Lager behoben werden sein.

FUSSBALL

Schwere Krawalle zwischen den griechischen Fans

sad/dpa/sid, Athen

Bei schweren Ausschreitungen zwischen Anhängern zweier griechischer Fußballklubs sind mindestens 20 Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Die blutigen Krawalle brachen aus, als etwa 150 Fans des neuen Meisters Paok Thessaloniki nach einem Auswärtsspiel in Athen an einer Raststätte auf Busse mit Anhängern von Olympiakos Piräus trafen.

Innerhalb von wenigen Minuten hatten die teilweise angegrunzten Fans ein knappes Dutzend von Fahrzeugen in Brand gesetzt und zwei Raststätten verwüstet. Gleichzeitig blockierten sie die Autobahn mit Steinen und Holzkeilen. In den Wellenfeldern entlang der Autobahn brannten sie etwa 40 Hektar nieder. Ein Polizeisprecher: „Alles sah wie nach einem Bombenangriff aus.“

Gemeinsame Maßnahmen gegen das Rowdytum auf den europäischen Fußballplätzen wollen die Sportminister aus England, Frankreich, Deutschland, Belgien und Holland erarbeiten. Dem Europarat soll auf seiner Sitzung im September in Straßburg ein Papier vorgelegt werden. Ein Sprecher erklärte, man denke an Alkoholverbot in den Stadien, eine strengere Kartenverteilung und höhere Strafen für die Urheber der Krawalle.

Das Turnier um einen „Supercup“ zwischen den nach den Ereignissen von Brüssel für europäische Wettbewerbe gesperrten englischen Klubs will nun auch der Fußball-Dachverband gutheißen. Meister FC Everton, Pokalsieger Manchester United, Norwich City, der FC Liverpool, Tottenham Hotspur und der FC Southampton wollen ihre frei gewordenen Termine mit den Spielen um die neue Trophäe ausfüllen. Damit sollen auch finanzielle Einbußen gedeckt werden.

NACHRICHTEN

Hort will bleiben

Bonn (L. P.) - Der tschechoslowakische Schach-Großmeister Vlastimil Hort (41) will nicht mehr in seine Heimat zurückkehren, sondern in der Bundesrepublik Deutschland um politisches Asyl nachsuchen. Hort spielt seit sechs Jahren in deutschen Bundesligaklubs, zur Zeit bei Porz-Köln.

Morgen erstes Treffen

Bielefeld (sid) - Zum ersten Relativierungsspiel um den Bundesliga-Aufstieg treffen morgen um 19.30 Uhr in Saarbrücken der 1. FC Saarbrücken und Arminia Bielefeld aufeinander. Wegen des Feiertags wurde das zweite Entscheidungsspiel am 17. Juni auf 15.30 Uhr vorverlegt.

Ausgeschieden

Calgary (sid) - Bereits in der ersten Runde der Badminton-Weltmeisterschaften in Calgary (Kanada) kam für die deutschen Herren das Aus. Knauer (Bonn), Rüsseler (Erlangen) und Scherpen (Köln) verloren in jeweils zwei Sätzen.

Boris Becker weiter

London (sid) - Der Leimener Boris Becker hat die zweite Runde beim mit 250 000 Dollar dotierten Tennisturnier in London erreicht. Der 17jährige besiegte den Amerikaner Nelson mit 7:6, 7:5.

Paderborner Verstärkung

Paderborn (sid) - Nach der Verpflichtung von Herren-Bundestrainer Jaskiewicz hat der Deutsche Volleyball-Meister VBC Paderborn noch drei Nationalspieler verpflichtet: Neben Jörg Brüggemann vom Meister Hamburg SV und Manfred Kaiser (SSV Bonn) hat sich jetzt auch Frank Winkler (bisher BSC Kortrijk, Belgien) der Mannschaft angeschlossen.

Wilder rückt vor

Paris (sid) - Auf den dritten Platz in der Grand-Prix-Wertung verbesserte sich der Schwede Mats Wilander nach seinem Erfolg über Ivan Lendl (CSSR) bei den internationalen französischen Tennis-Meisterschaften. McEnroe (USA) führt das Klassement vor Lendl, Wilander und Mecir (CSSR) an.

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

Internationale Sportfest in Villapova (US-Bundesstaat Pennsylvania): Männer, 800 m: 1. Jones (1:46,21 Min.), 2. Williams (beide USA) 1:46,22 Min., 3. Maree 3:52,04 Min., 4. Spivey (beide USA) 3:53,82, 110 m Hürden: 1. Kingdon (USA) 13,25 Sek., Hochsprung: 1. Whitehead (USA) 2,32 m.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: Unbesetzt, 2: 110 921,40 Mark; 3: 9181,80; 4: 145,70; 5: 10,60. - Toto, Eiferwette: Klasse 1: 1014,40; 2: 54,90; 3: 5,50. - 6 aus 45: Klasse 1: Unbesetzt, 2: 64 026,10; 3: 5054,80; 4: 83,70; 5: 5,00. - Rennquoten: Rennen A: Klasse 1: 2694,00; 2: 181,60; 3: 102,70; 4: 102,70; 5: 118,80. - (Ohne Gewähr).

| ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM | |
|---------------------------------------|--------------------------------------|
| 10.00 Tagesschau und Tagesthemen | 12.10 Maelzer |
| 10.25 Basketball-EM der Herren | 12.25 Berichte zur Zeit |
| 10.50 Der Postbote (2) | 12.35 Tagesschau |
| 11.00 Unesco | |
| 14.50 Chaisillo vom blauen Himmel (5) | 14.00 heute |
| 15.15 Schenke im Land | 14.04 Uwezo |
| 15.45 ARD-Sport extra - aus Athen | 14.15 Der Waschbär Rascal |
| Internationaler Rhythmus CHIO | 14.20 heute / Aus den Ländern |
| Internat. Championat von | 14.25 Die Welt |
| Deutschland | 14.30 Das Haus am Eaton Place |
| 17.00 Tagesschau | Der Neue, Teil 1 |
| 20.00 Tagesschau | Danz. heute-Schlagzeilen |
| 20.15 Hart an der Grenze | 14.55 Mittwochslothe - 7 aus 58 |
| Fernsehfilm von Detlef Michel | Spiel 77 |
| Mit Klaus Löwlich u. a. | 19.00 heute |
| Regie: Wolfgang Tannier | 19.05 P. L. T. - Peter-Himmels-Treff |
| Während im Spätsommer 1971 in | 20.15 Maelzer |
| Berlin das Viermächteabkommen | 20.25 Maelzer |
| unterzeichnet werden soll, stößt | 20.35 Maelzer |
| der Journalist Paul Otto noch ein- | 20.45 heute-Journal |
| mal auf eine heiße Story, die in | 21.00 heute |
| diesem politischen Ereignis in Zu- | 21.05 heute-Journal |
| sammenhang steht. Doch dieser | 21.10 heute |
| Krüher entpuppt sich bald als | 21.15 heute |
| gefährlicher Foll. | 21.20 heute |
| 21.05 Mexiko City | 21.25 heute |
| Ein Jahr vor der Fußball-Welt- | 21.30 heute |
| meisterschaft | 21.35 heute |
| 21.55 Fußball-Länderspiel | 21.40 heute |
| England - Deutschland | 21.45 heute |
| Reporter: Walter Johansson | 21.50 heute |
| Übertragung aus dem Azteken- | 21.55 heute |
| Stadion in Mexiko City | 22.00 heute |
| In der Halbzeitpause gegen 22.45 | 22.05 heute |
| Tagesschau | 22.10 heute |
| Ansch. ca. 23.45 | 22.15 heute |
| Basketball-EM | 22.20 heute |
| 6.15 Tagesschau | 22.25 heute |

| III. | |
|---------------------------------|--|
| WEST | |
| 19.00 Aktuelle Stunde | |
| 20.00 Tagesschau | |
| 20.15 Mittwochs in Duisburg | |
| Informationen und Unterhaltung | |
| aus der Mercator-Halle | |
| 21.05 Wirtschaftswoche | |
| Totofest oder Kommt | |
| Landwirtschaft der Zukunft | |
| Sendung von und mit Jean Pütz | |
| und Dietmar Eich | |
| 17.15 Die Welt | |
| Amerikanischer Spielfilm (1951) | |
| (Original mit Untertiteln) | |
| 0.00 Letzte Nachrichten | |
| NORD | |
| 20.00 Tagesschau | |
| 20.15 Schenke im Land | |
| Wirtschaftsmagazin | |
| 21.00 Maelzer | |
| 21.05 Maelzer | |
| 21.10 Maelzer | |
| 21.15 Maelzer | |
| 21.20 Maelzer | |
| 21.25 Maelzer | |
| 21.30 Maelzer | |
| 21.35 Maelzer | |
| 21.40 Maelzer | |
| 21.45 Maelzer | |
| 21.50 Maelzer | |
| 21.55 Maelzer | |
| 22.00 Maelzer | |
| 22.05 Maelzer | |
| 22.10 Maelzer | |
| 22.15 Maelzer | |
| 22.20 Maelzer | |
| 22.25 Maelzer | |
| 22.30 Maelzer | |
| 22.35 Maelzer | |
| 22.40 Maelzer | |
| 22.45 Maelzer | |
| 22.50 Maelzer | |
| 22.55 Maelzer | |
| 23.00 Maelzer | |

STANDPUNKT / Die Profi-Schiedsrichter

Lange hat's gedauert. Jetzt nach 17 Jahren Profi-Tennis schließt sich der Bogen. Seit einer Woche gibt es die ersten zwei Profi-Schiedsrichter, die vom höchsten Gremium der Profiszene, dem Mens International Professional Tennis Council, verpflichtet wurden.

Erinnern wir uns: Als 1968 der Wechsel vom Amateur zum Profi vollzogen wurde, ging es zuerst um die Entlohnung der Stars - weg vom Schachern unter dem Tisch und hin zu den offiziellen Preisgeldern. 1972 waren es die Aktiven, die mit ihrer neugegründeten Spielergewerkschaft „Association of Tennis Professionals“ (ATP) im Kreis der abnungslosen Amateurfunktionäre auftraten. Zwei Jahre später, 1974, reagierten

die Offiziellen der Internationalen Federation und gründeten das „Pro Council“. Endlich wurden neue Regeln aufgestellt, und ab 1978 delegierte das Council zu jedem Grand-Prix-Turnier sogenannte Supervisors. Deren Aufgabe war es, die Turniervorgänge zu überwachen, auf das Benehmen der Spieler zu achten, gegebenenfalls Geldstrafen auszusprechen und die Schiedsrichter zu überprüfen.

Hier lag das größte Übel. Wie häufig ließen doch etliche Klubmitglieder Regelverstöße vermissen und waren überdies im Umgang mit den Dollarmillionären recht ungelibt.

Die Neuverpflichtung der zwei Profi-Schiedsrichter ist nun der Weg in die Zukunft. Nach der letzten Prüfung, die neben Regelkenntnissen, perfektem Englisch auch einen psychologischen und einen Agenten erfordert, reisen sie demnächst um die Welt. Für 2700 Dollar Gehalt im Monat plus Spesen können sie sich dann auch leichter von den Stars beschimpfen lassen. H. J. POHMANN

1981 wurde der erste internationale Schiedsrichterlehrgang in Dallas abgehalten. Mittlerweile gibt es sie weltweit, die geprüften Schiedsrichter, die diese Tätigkeit in ihrer Freizeit ausüben und sich ihre Dienste, wie in Hamburg, mit 500 Dollar in der Woche plus Spesen entlohnen lassen.

ter Bank, eine d von £ 72 Millie gen in Europa, Fernen Osten, schweizer Bank ice. Direktor und z r Privatkundsch Portfolio-Manager Beziehung

Zürich. Privatbank.

Uneinigkeit in der Beurteilung Namibias

Differenzen um die Anerkennung der Übergangsregierung

BERNT CONRAD, Bonn

Im Bonner Regierungslager zeichnen sich tiefgehende Differenzen in der Namibia-Politik ab, die quer durch die Fraktionen von CDU, CSU und FDP gehen. Während Außenminister Hans-Dietrich Genscher im Namen der Bundesregierung die am 17. Juni bevorstehende Bildung einer Übergangsregierung in Windhuk scharf verurteilt hat, treten namhafte Koalitionsabgeordnete dafür ein, der Regierung eine Chance zu geben.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans Klein, die Bundestagsabgeordnete Klaus-Jürgen Hedrich (CDU) und Professor Wolfgang Rumpf (FDP) sowie der Europa-Abgeordnete Rudolf Luster (CDU) wollen sogar an der feierlichen Amtseinführung des von der namibischen Vierparteiengruppe (VPE) gebildeten Kabinetts teilnehmen. Auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Wolfgang Zeidler (SPD), will – trotz offizieller Absatzen – als „Privatmann und Wissenschaftler“ der Regierungsbildung in Windhuk beiwohnen.

Die „Übergangsregierung der nationalen Einheit“ soll nach dem Willen ihrer schwarzen und weißen Initiatoren „bis zur vollständigen Unabhängigkeit alle Aufgaben wahrnehmen, die bisher unter der Verantwortung des von Südafrika gestellten Generaladministrators fielen“. Ferner sollen eine Nationalversammlung und ein Verfassungsrat mit dem Ziel geschaffen werden, eine Verfassung für die ehemalige Kolonie Deutsch-Südwestafrika auszuarbeiten.

Obwohl die VPK betont hat, sie wolle keine einseitige Unabhängigkeit Namibias erreichen und auch nicht den westlichen Lösungsplan unterlaufen, ist die geplante Regierungsbildung nicht nur von der UNO, sondern auch von den Mitgliedern der westlichen Kontaktgruppe (USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Bundesrepublik) scharf verurteilt worden. In Bonn wurde ebenso wie in Washington amtlich erklärt, die neue Regierung sei null und nichtig; derartige Institutionen hätten keine Bedeutung gemäß der unverändert gültigen UNO-Resolution 435.

Dem widersprachen Bonner Koalitionsabgeordnete. Der FDP-Abgeordnete Olaf Feldmann erklärte: „Man kann etwas, das faktisch existiert, nicht als null und nichtig ansehen.“ Sein CDU-Kollege Hedrich meinte: „Mit der Übergangsregierung wird ein Weg nationaler Versöhnung innerhalb Namibias eingeschlagen, bei dem die Swapo aufgefordert bleibt mitzuwirken.“

Der Vorsitzende des Auswärtigen Bundestagsausschusses, Werner Marx (CDU), nannte die Ablösung der Befugnisse des südafrikanischen Generaladministrators einen „fortschrittlichen Schritt“. Er stellte fest: „Ich sehe keinen Grund, einer solchen Regierung die deutsche Unterstützung zu versagen, sofern sie nicht die einseitige Unabhängigkeit vorbereitet oder für sich selbst internationale Anerkennung will.“ Der Europa-Parlamentarier Luster nannte die Regierungsbildung einen „wichtigen Schritt zur Selbstbestimmung“.

„Richtungsbestimmung durch von Weizsäcker“

Fortsetzung von Seite 1

nicht dieser Außenpolitik bei uns ein parteipolitisches Etikett umhängen und das auch nicht personalisieren wollen, denn ich gehe davon aus, daß der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU die Politik der Bundesregierung unterstützt. Aber was der Bundespräsident getan hat, ist, daß er in seiner Verantwortung als Staatsoberhaupt eine Standortbestimmung vorgenommen hat und daß er von dieser Standortbestimmung heraus die Politik, die zu führen ja Sache der Bundesregierung ist, begründet hat, wenn Sie so wollen, legitimiert hat aus geschichtlicher Verantwortung unseres Landes, auch aus der Wahrnehmung der nationalen Interessen unseres Landes, in einem guten Sinne. Und das ist sein Verdienst, und das breite positive Echo im eigenen Lande hat gezeigt, daß er hier nicht nur eine Verantwortung, sondern auch eine Außenpolitik artikuliert hat, für die die Zustimmung weit über das Regierungslager hinausgeht und deshalb parteipolitisch nicht gebunden ist. So muß es sein. Wir können uns in unserem Lande vielleicht weniger als irgendwo anders Unklarheiten in dieser Frage leisten, und je breiter die Unterstützung für die Außenpolitik ist, um so besser ist das auch für die Interessen unseres Landes.“

Die heute anstehenden Fragen, bekräftigte Genscher, müßten in einem

Klima der Öffentlichkeit diskutiert werden. „Und wenn Sie so wollen, ist damit auch unsere Demokratie in der Diskussion außenpolitischer Fragen reifer geworden, und dafür war das, was der Bundespräsident sagte, eine Art Krönung dieses Diskussionsprozesses.“

Erleichtert zeigte sich Genscher über die Entscheidung Präsident Reagans, sich an das SALT-2-Abkommen zu halten, obwohl diese Abmachung nicht ratifiziert worden ist. Die amerikanische Regierung habe damit gezeigt, daß sie ihre europäischen Verbündeten bei wichtigen Entscheidungen konsultiert.

RMB, Moskau

Mit einer scharfen Stellungnahme hat die Sowjetunion auf die Erklärung Reagans reagiert, die USA würden vorläufig an dem Zweiten Vertrag über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT 2) weiter festhalten. Während der Sprecher des US-SSR-Außenministeriums, Wladimir Lomeika, auf die Frage nach SALT 2 noch abwartend reagierte und erklärte, Moskau wolle die Vorschläge Washingtons erst prüfen und dann antworten, ließ es in einer von „Tass“ veröffentlichten Stellungnahme: Die USA hätten die aggressive Absicht, ihre auf Verletzung von vertraglichen Verpflichtungen im Bereich der Rüstungskontrolle „ausgerichtete Linie“ fortzusetzen.

Craxi wertet Referendum als Sieg

Unternehmerverband kündigt Lohnabkommen / Neuer sozialer Konflikt?

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Als Stärkung des Regierungslagers und klare Niederlage der Opposition aus Kommunisten und Neofaschisten wertete der sozialistische italienische Ministerpräsident Bettino Craxi das Ergebnis der Volksabstimmung über die gleitende Lohnskala vom vergangenen Sonntag und Montag. 54,3 Prozent der Wähler hatten sich bei diesem Referendum gegen die Reaktivierung der im vergangenen Jahr durch Gesetzesdekret gestrichenen vier Inflationsschritte zur Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten ausgesprochen. Nur 45,7 Prozent hatten die Forderung der Opposition unterstützt, deren Erfüllung die Lohn-Preis-Spirale auf neue in Bewegung gesetzt hätte.

Bewährungsprobe

Die Regierungskoalition, so erklärte Craxi, habe eine „sehr schwere“ Bewährungsprobe bestanden. In ähnlichem Sinne äußerten sich auch die Sekretäre der vier anderen Koalitionsparteien. Der Republikaner Spadolini, Ex-Ministerpräsident und amtierender Verteidigungsminister, warf Craxi allerdings vor, „übertriebene“ zu haben, indem er sein Schicksal als Regierungschef und das der Regierung mit dem Ausgang des Volksentscheids verbunden habe.

Die Kommunisten versuchten in ersten Kommentaren, ihre Niederlage als halben Sieg hinzustellen. Parteivorstandsmittglied Tortorella erklärte sich „maßvoll zufrieden“ und fügte hinzu: „Wir haben demonstriert, daß fast die Hälfte des Landes mit der

Wirtschaftspolitik der Regierung nicht einverstanden ist.“

Besonders starke Unterstützung fand die Position der Regierungsparteien in den norditalienischen Industriezentren. In Piemont stimmten 56,9 Prozent gegen die Wiederbelebung der Lohnautomatik, in der Lombardei 61,3 Prozent und in Ligurien mit seinem starken Anteil an linksradikaler Industriearbeiterschaft immerhin noch 52,5 Prozent. Das „Ja-Lager“ aus Kommunisten, Demoproletariern und Neofaschisten konnte sich nur in den traditionell „roten“ Regionen Emilia-Romagna, Toscana und Umbrien sowie in vier Südsregionen (Kampanien, Basilikata, Kalabrien und Sardinien) durchsetzen, wo allerdings die Wahlbeteiligung nur bei etwa 66 Prozent lag.

Die Befriedigung der Regierungsparteien über das positive Wahlergebnis wird getrübt durch die sich abzeichnende Gefahr einer neuen sozialen Auseinandersetzung. Sofort nach Schließung der Wahlurnen hat der Unternehmerverband das gesamte Abkommen über den Lohngleitmechanismus zum Februar nächsten Jahres gekündigt. Unternehmerpräsident Lucchini begründete diesen Schritt damit, daß die gleitende Lohnskala in ihrer jetzigen Form „nicht mehr brauchbar“ sei.

Obwohl sich die Unternehmer bereit erklärten, sofort mit den Gewerkschaften und der Regierung in Verhandlungen einzutreten, um bis zum Februar einen neuen Modus der Inflationsausgleichszahlung für die Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren, schlägt die Kritik nicht nur in der

Arbeitnehmerschaft hohe Wellen. Der christdemokratische Parteisekretär De Mita bezeichnete den Schritt der Unternehmer als einen „provokatrischen Irrtum“. Die neofaschistische Gewerkschaft kündigte einen 48stündigen Proteststreik an, und die anderen Gewerkschaften riefen zu Protestkundgebungen auf.

„Globalvereinbarung“

Lucchini rechtfertigte sich mit der Behauptung, daß die Kündigung „nur mehr ein formeller Akt“ gewesen sei. Alle politischen Kräfte und alle Gewerkschaften seien sich seit längerem darin einig, daß das gegenwärtige System der automatisierten Lohnanpassung an die Inflationsrate „überholt und reformbedürftig“ sei. Die Unternehmer wollten keineswegs weniger als bisher ausgeben, aber sie wollten es „besser ausgeben“. Nach ihrer Ansicht sollte der Ausgleich nicht für alle in gleicher Höhe, sondern differenziert gezahlt werden, um einen Leistungsanreiz zu geben.

Die Gewerkschaften haben sich bereits grundsätzlich mit Änderungen in dieser Richtung einverstanden erklärt und vor dem Referendum auch schon darüber verhandelt. Sie streben aber eine Globalvereinbarung an, in der auch andere Fragen – wie etwa die der Arbeitszeitverkürzung – geregelt werden sollen. Sie werten die Kündigung des Abkommens über die „scala mobile“ (Lohnrutsche) als einen Versuch der Unternehmer, die Arbeitnehmerschaft mit Blick auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen unter Druck zu setzen.

„Das geteilte Deutschland ist das geteilte Europa“

In Straßburg beschwört Pertini die europäische Einheit

DW, Straßburg

Der italienische Staatspräsident Sandro Pertini hat in einem eindringlichen Appell vor dem Europaparlament in Straßburg den Willen der Europäer zur Einheit beschworen. Pertini erinnerte dabei an die Vergangenheit und bezeichnete die Vernichtung des Nationalsozialismus und Faschismus und den Triumph der Freiheit und Demokratie auf dem Kontinent als Beginn der europäischen Einigung. Ausdruck ging er dabei auf die Teilung Deutschlands ein. „Das geteilte Deutschland ist das geteilte Europa. Sein Drama ist auch unseres“, sagte Pertini.

Der 81jährige Staatspräsident setzte in seiner Rede andere Akzente als der italienische Außenminister Andreotti, der im September 1984 vor dem Gefahr des „Pan-Germanismus“ gewarnt und dabei erklärt hatte, die deutsche Frage stünde nicht mehr zur Debatte. Pertini betonte, daß das heutige Deutschland nicht mehr das von gestern sei. „Es ist nicht von Kriegertraum begeistert“. Es habe sein „trautes Spiegelbild“ vielmehr im Niederknien Brandts im Getto von Warschau und in den „weisen, klugen und tiefen Worten“ in der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai gefunden. „Seine Worte bringen das Drama einer geteilten Nation wieder in Erinnerung, aber sie verbannen aus ihren Herzen jeden Gedanken der Rache und des Revanchismus.“ In seinen Worten, so Pertini, „sehen wir nicht nur das Deutschland, das wir geliebt haben und lieben, sondern auch Europa.“

Die Liebe zur verlorenen Heimat trübt aber nicht den deutschen Traum von Frieden, wie auch der Schmerz über den von uns losgelassen Teil Europas uns nicht daran hindern wird, Kriegertraum nachzugehen“, sagte Pertini.

Er rief die EG-Partner auf, den Prozeß der Entwicklung zu einer Europäischen Union in Mailand zu beginnen. Wichtig dabei sei neben der Überwindung des historischen Zersplitterungsprozesses im Ministeriat auch die Ausweitung der Befugnisse des EG-Parlamentes. Europas Regierung sollten eine „europäische Modell“ der Beschäftigungspolitik schaffen. Zugleich plädierte Pertini für eine „europäische“ Forschungs- und Technologiepolitik.

Europa könne auch eine wichtige Rolle in der internationalen Politik, besonders in Sicherheits- und Verteidigungsfragen, spielen und zur Sicherung des Friedens im Rahmen der Ost-West-Beziehungen beitragen. Pertini bezog sich dabei auf eine Äußerung Genschers, die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen den Ländern der EG und des Comecon zu prüfen, und fügte hinzu: „Europa endet nicht an der Spree, sondern reicht bis zum Ural“. Der italienische Staatspräsident zeigte sich überzeugt, daß das, was heute durch eine Mauer allein nicht geteilt werden kann, in einer neuen Ordnung, die mit friedlichen Mitteln erreicht und erhalten wird, letzten Endes wieder zusammenfindet. Dies ist unsere „Ökopolitik“. Dies ist unsere Art, die Jaltas zu überwinden.

Schwerpunkttrolle für Berliner Börse

WELT-Gespräch mit Finanzsenator Rexrodt: Mehr Kapital an junge Firmen

F. DIEDERICH, Berlin

Berlin strebt eine Vordenkerrolle gegenüber den anderen Bundesländern bei der Finanzierung junger und wachstumsorientierter Unternehmen an. In enger Zusammenarbeit mit den Banken und der Berliner Börse werden derzeit Schritte diskutiert, mit denen vor allem kleinen und mittleren Firmen ein besserer Zugang zu den Kapitalmärkten ermöglicht werden könnte.

In einem Gespräch mit der WELT wies der Berliner Finanzsenator Günter Rexrodt (FDP) darauf hin, bei intensiven Gesprächen mit Berliner Banken sei „große Aufgeschlossenheit und Interesse“ deutlich geworden. In Zukunft verstärkt auf ein Börsenangebot innovativer Firmen hinzuwirken.

Nach Auffassung von Rexrodt könnte so der Börsenplatz Berlin im Vergleich zu anderen Börsenstandorten eine „Schwerpunktfunktion“ einnehmen. Es gelte jetzt, ein besonderes „Know-how“ zu entwickeln, das unter Berücksichtigung aller Aspekte des Anlegerschutzes einen erleichterten Börsenzugang bewirke und so eine wesentliche Ergänzung der erfolgreichen Innovationspolitik von Berlins Wirtschaftsminister Einar Pieroth (CDU) darstelle.

Rexrodt wies darauf hin, in Berlin gebe es derzeit ausgezeichnete Chancen für Firmengründer, jedoch müsse die Refinanzierungsmöglichkeit während der Wachstumsphase junger Un-

ternehmen gestärkt werden. Der FDP-Politiker sprach sich in diesem Zusammenhang gegen zusätzliche Subventionen aus und kündigte als einen von mehreren Schwerpunkten künftiger Senatsarbeit eine kritische Prüfung sogenannter „Routine-Subventionen“ an.

Den immer häufiger geäußerten Überzeugungen, in Berlin einen sogenannten „Finanz-Freihandelsplatz“ wie beispielsweise in Luxemburg zu schaffen, steht Rexrodt „mit vorsichtigem Interesse“ gegenüber. Berlin als Freihandelsplatz würde nach Ansicht des Finanzsenators „zweifelslos an wirtschaftlicher Attraktivität gewinnen“. Die Berliner Finanzverwaltung erwägt deshalb noch vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause eine Expertise, welche die Chancen einer solchen Maßnahme ableuchten soll.

Priorität in der Senatsarbeit will Finanzsenator Rexrodt weiterhin der finanzpolitischen Unterstützung der Beschäftigungspolitik einräumen. Rexrodt kündigte für beschäftigungswirksame Bereiche wie Dienstleistungen und den Umweltschutz verstärkte Investitionen an und sprach sich mit Entschiedenheit gegen „Beschäftigungsprogramme auf Pump“ aus.

Bei den in Kürze stattfindenden routinemäßigen Gesprächen mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg über die Bundeshilfe für das Berliner Haushaltsjahr 1986 will Rex-

rodt die angestrebte Anhebung der Bundeshilfe um 3,3 Prozent auf rund 11,6 Milliarden Mark mit der besonderen Notwendigkeit arbeitsmarktwirksamer Investitionen für Berlin begründen. Bei einer Steigerung des Bundeshaushaltes um rund drei Prozent liegt die Berliner Wunschvorstellung zwar über der Wachstumsrate des Bundes, aufgrund ihrer Zielvorstellungen im Beschäftigungsbereich sind sich jedoch die Berliner Haushaltsplaner sicher, „Bonn nicht zu überfordern“.

Im Bereich des öffentlichen Dienstes strebt Rexrodt als einen von mehreren Schwerpunkten unter der Devise „Sparen und Investieren“, einen „Nullstellenhaushalt“ an. Dieser Sparkurs soll mit einem der liberalen Grundsätze des Finanzsenators korrespondieren, den Rexrodt als „Belebung des unternehmerischen Handelns“ charakterisiert und der so durch freisetzende Mittel forciert werden soll.

Bürokratische Hemmnisse in allen Bereichen der Berliner Verwaltung zu beseitigen, die oftmals durch lang andauernde Verwaltungsvorgänge den schnellen Abfluß von Investitionsmitteln verhindern und so erst mit Verzögerung dem Arbeitsmarkt zugute kommen, wird von Rexrodt als eine der essentiellen Aufgaben angesehen, auf die er im Berliner CDU/FDP-Senat Einfluß nehmen will. „Hier muß einfach schneller gearbeitet werden“.

SPD befördert Vertrauten Raus

d.p. Bonn

In der Bonner SPD-Zentrale verdichten sich die Anzeichen, daß nach dem Wahlgang in Nordrhein-Westfalen die personellen Weichen für den nächsten Bundestagswahlkampf gestellt sind: Sieger Johannes Rau als Kanzlerkandidat und Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel in der auch von ihm selbst immer stärker demonstrierten Nachfolge-Funktion Herbert Wehners. Ein neuer Hinweis darauf war die am späten Montagabend im Präsidium einstimmig beschlossene – und vom Vorstand formell am 21. Juni noch abzusehende – Beförderung von Parteisprecher Wolfgang Clement: Neben seiner bisherigen Funktion soll er künftig als stellvertretender Bundesgeschäftsführer arbeiten und, wie es offiziell heißt, Geschäftsführer Peter Glotz „in allen politischen Funktionen“ entlasten. Vor dem überraschend deutlichen Wahlerfolg, an dem Clement organisatorisch entscheidenden Anteil hat, war der enge Vertraute Brandts und Raus noch als Staatssekretär in Düsseldorf im Gespräch gewesen. Zwar geht man in der „Bakke“ zur Zeit noch davon aus, daß Glotz von Brandt bei der im kommenden Jahr turnusmäßig anstehenden Wahl erneut zum Bundesgeschäftsführer vorgeschlagen wird. Doch soll die Wahlkampfkampagne für einen Kandidaten Rau wohl vor allem von dessen Landesgeschäftsführer Bodo Hombach übernommen und Glotz nach 1987 voraussichtlich von Clement „beerdigt“ werden.

Albrecht legt Programm auf

dos, Hannover

Die niedersächsische Landesregierung wird zunächst 220 Millionen Mark bereitstellen, um vor allem jungen Menschen einen Arbeitsplatz zu geben. Ministerpräsident Ernst Albrecht rechnet damit, daß mit diesem bis 1987 angelegten Programm rund 14.000 Personen zusätzlich Beschäftigung finden werden. Angesprochen würden 100.000 Menschen.

Albrecht zeigte sich zuversichtlich, daß die Beschäftigungsinitiative von der privaten Wirtschaft und von der Arbeitnehmerschaft unterstützt wird. Die bisherigen Gespräche mit Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften berechneten zu dieser Hoffnung.

Das vom 1. Juli dieses Jahres an geltende Programm sieht unter anderem vor, Berufsanfänger nach der Ausbildung „Teilzeitarbeitsplätze“ zu bieten. Die beim Arbeitgeber zusätzlich entstehenden Kosten werden mit monatlich 350 Mark an die Arbeitgeber abgedeckt.

Auch im öffentlichen Dienst soll die Teilzeitarbeit gefördert werden. So werde das Land in den nächsten Jahren Beamte aller Laufbahnen und andere Arbeitnehmer auf Dreiviertelstellen einstellen. Auf den Abbau der Dauerarbeitslosigkeit sind die für 1985 auf 550 Millionen Mark aufgestockten Mittel für Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen gerichtet. Weitere Initiativen gelten der Jugendsozialarbeit, der Beschäftigung von Sozialhilfsempfängern und berufsverbereitenden Maßnahmen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Glaubwürdigkeit

FDP-Mitglieder werden zur Kasse gebeten; WELT vom 1. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren, haben nicht noch vor wenigen Wochen der Generalsekretär der FDP, Herr Haussmann, und seine Parteifreunde vorgeschlagen resp. gefordert, daß Arbeitslose von Betrieben und Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland bei Bezahlung unter dem Tariflohn beschäftigt werden sollen, um damit den Arbeitsmarkt zu entlasten?

Herr Haussmann und seine Freunde sollten bei der jetzigen finanziellen Misere der FDP mit gutem Beispiel vorangehen und ihre – sicherlich nicht bescheidenen – Gehälter per se reduzieren. Denn Politik hat auch viel mit Glaubwürdigkeit und Vorbild zu tun.

Mit freundlichen Grüßen
F. Nerge,
Schongau

Lippenbekenntnis

„Seine Hindernisse aus Mitleid für die deutsch-deutschen Beziehungen“; WELT vom 31. Mai

Die Weigerung Reagans und die Klarstellungen Geißlers haben Willy Brandt um seine Fassung gebracht. Obwohl der zweimal als Bundeskanzler geschickte Brandt in Moskau nichts zu verhandeln hatte, genoß er die Ehrungen Gorbatschows als Aufwertung.

Es ist keine „Verirrung extrem konservativen Denkens“, sondern eine offenkundige Tatsache, daß nach Helmut Schmidts Ende die SPD zu einem erheblichen Teil in einen Anti-

Amerikanismus abgedrückt ist, der dem ganzen deutschen Volk schadet.

Daran ändert auch Brandts Lippenbekenntnis nichts, in der Sicherheitspolitik keine pro-sovietische Kursänderung anzustreben. Über die Militarisierung des Weltraums kann er nur orakeln, weil er zu wenig weiß, zur Weiterentwicklung im Verhältnis der beiden deutschen Staaten ist er inkompetent: unser Recht auf Selbstbestimmung, die einwandfreieste Anspruchsgrundlage zur Wiedervereinigung ist für ihn kein Beweggrund der Deutschlandpolitik, von dem einmal virulent werdenden Potential des Völkerrechts hat er keine Vorstellung.

Dr. H. Kutschera,
Hürth-Mitte

Umfrage und Stil

„Kohle-Karriere an der Umfrage-Börse“; WELT vom 5. Juni

Sehr geehrte Herren, Umfragen dieser Art sind mit Vorbehalt zu bewerten – sehr richtig; dennoch, ohne Ausnahme schlichten alle Medien sie aus.

Sehr viele haben die Wende behergehmt, das Wahlergebnis hat es anschließend bestätigt; dennoch:

• Die Arbeitslosenquote war bei der Wende schon hoch, was heute oft vergessen wird. Leider ist sie teilweise noch gestiegen, vor allem aber, sie ist für jeden sichtbar, das Umfeld wird zu wenig beachtet. Zwangsläufig gibt es eine negative Bewertung, also Mißpunkte.

• Obwohl eigentlich auch für jeden greifbar, etwa beim Einkauf, jedoch in der Öffentlichkeit unterbewertet,

die Senkung der Inflationsrate und andere Leistungen in der Finanzpolitik. Mit Schlagworten, wie z.B. „Neue Armut“ u.a., haben hier bestimmte Gruppen sogar die Wortführerschaft übernommen. Ergebnis: ebenfalls Mißpunkte.

• Nicht anders in der Umweltpolitik. Ich kann mich kaum erinnern, von den Sozialliberalen etwas über große Aktionen vernommen zu haben. Diese Regierung haut auf den Putz, stellt Forderungen auf, die dann zum Teil blockiert werden (siehe Europa), und schon sind aus dem Grunde genommen positiven Ansätzen Mißpunkte geworden.

Es gäbe weitere Beispiele dafür, wie hier Erfolge verspielt werden.

Persönlich habe aber auch ich einen Negativpunkt und weiß mich hier durchaus nicht allein. Nicht in Sachen „Renten“, wohl aber in Sachen „Altersversorgungssysteme“ hat mich die CDU als „Volkspartei“ bisher enttäuscht. Ich will es begründen: Innerhalb der Gesamtbevölkerung bilden die selbstständigen Tätigen mit ihren Familien wohl die größte Gruppe. Hiervon sind jedoch nur

20 Prozent öffentlich Bedienstete, also 80 Prozent sind Arbeiter und Angestellte in der sogenannten privaten Wirtschaft. Von der FDP, die sich wohl den Beamten verpflichtet fühlt, erwarte ich nichts. Die SPD ist ohnehin in vielen Teilen gleichgültig gegenüber dem Dienst – siehe GEW, ÖTV u.a. Gruppen. Aber die Volkspartei CDU? Auch sie hat offenbar nicht den Mut, das heiße Thema „Altersversorgungssysteme“ anzupacken, ja nicht einmal zu diskutieren. Wo sonst, frage ich, bleibt der Bericht der Harmonisierungskommission?

Die Staatspensionen sind auch bei der „Volkspartei“ ein Tabu. Hier liegt meine Enttäuschung, ich gebore zu den 80 Prozent und war bisher CDU-Wähler.

Die Rentner merken es langsam und werden verstimmt. Innenpolitik, dazu gehört doch wohl auch dieses Gebiet, ist eben kein Provinzthema!

S. Bosse,
Hamburg 90

Fundamente

„Auch „Freunde“ geben dem Mißbehag der Namibia-Kohle“; WELT vom 5. Juni

Franz Josef Strauß spricht, wenn er auf die Äußerung Volker Rühes, wonach der Warschauer Vertrag „Bindewirkung“ für einen zukünftigen deutschen Souverän habe, klarstellt, eine solche Darstellung sei „weder rechtlich noch politisch vertretbar“, nicht nur für einen großen Teil der Union.

Franz Josef Strauß spricht in diesem Punkt auch für einen Teil der Jungen Union. Wenigstens behält er bei allem tagespolitischen Auf und Ab und Hin und Her die Fundamente und Grundsätze einer Politik für Deutschland stets im Auge.

Mit freundlichem Gruß
Th. Röhl,
Bezirksvorsitzender JU, Hamburg 63

Wort des Tages

„Wenn auch die Freude eilig ist, so geht doch vor ihr eine lange Hoffnung her, und ihre folgt eine längere Erinnerung.“

Jean Paul; dt. Autor (1783–1825)

Personalien

Mathematikprofessor Karl Runge geboren. Zu jener Zeit hatte Heinrich Hertz gerade erst die elektromagnetischen Schwingungen nachgewiesen und damit wesentliche Grundlagen für die Funktechnik geschaffen, die den späteren Lebensweg des jungen Runge entscheidend bestimmen sollten. Er studierte in Göttingen und an der Technischen

AUSZEICHNUNGEN

Der Orden Pour le mérite für Wissenschaft und Künste hat sechs neue Mitglieder aufgenommen. Während einer öffentlichen Sitzung überreichte Ordenskanzler Helmut Cöbel in Bonn im Anwesenheit von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, dem derzeitigen Protektor, dem Berliner Kammerherrscher Dietrich Fischer-Dieskau, dem Stuttgarter Physiker Professor Hermann Haken, dem japanischen Minister Kaji Hageshiyama und dem Wiener Chemiker Professor Otto Kralj die Ordensinsignien. Die ebenfalls 1984 neu gewählten Mitglieder Professor Hans Belinfante, ein Physiker aus Indiana (USA), und der Direktor der Leningrader Erfindungs- und Erfindungsakademie, Boris Plotnikowski, können zur Verleihung des Ordens nicht persönlich erscheinen. Der Orden Pour le mérite wurde 1829 von dem preussischen König Wilhelm IV. als „Friedensorden für Verdienste um die Wissenschaft und Kunst“ gestiftet. 1953 wurde der Orden auf Anregung des früheren Bundespräsidenten Theodor Heuss als eine freie, sich selbst organisierte Gemeinschaft unter dem Protektorat des jeweils amtierenden Staatsoberhauptes wiederbelebt. Ständig werden bei der Wahl der neuen Mitglieder haben nur die deutschen Ordenssträger, deren Zahl auf 20 festgelegt ist.



Hochschule Darmstadt, wo er 1923 mit einer Dissertation über Zieherscheinungen beim Zwischenkreis-Röhrensender promoviert wurde. Schon diese Arbeit ließ die Fachwelt aufhorchen. 1923 trat er in das Empfängerlaboratorium von Telefunken in Berlin ein und übernahm bereits ein Jahr später dessen Leitung. Anfang der 30er Jahre begann er mit der Erschließung der Dezimeterwellen, deren Bedeutung für die Zukunft er frühzeitig erkannt hatte. Seine Forschungsergebnisse wurden zur Basis des modernen Richtfunks und für die Richtstrahltechnik, die als „Radar“ zu einem Begriff

1991/10/15

Absurde Behauptung

(London) - Den Bemühungen von British Airways, den letzten Laker-Fall endlich ad acta zu legen und damit den Weg für die dadurch verzögerte Privatisierung freizumachen, werden immer neue Knüttel in den Weg geworfen. Nachdem sich die staatliche Fluggesellschaft bereits erklärt hat, zusammen mit neun anderen Airlines die Schadensersatzklage des Konkursverwalters von Laker Airways über gut eine Milliarde Dollar durch eine außergerichtliche Konkurszahlung in Höhe von 65 Millionen Dollar abzuwenden und dabei den Löwenanteil selbst zu tragen, taucht plötzlich aus der Laker-Konzern auf der Bildfläche auf.

Der bedeutende Mischkonzern des schillernden Geschäftsmannes Roland "Tiny" Rowland will im Zusammenhang mit dem Laker-Zusammenbruch eine Schadensersatzklage in Höhe von 327 Millionen Dollar gegen British Airways anstrengen. Laker und "Tiny" Rowland, die sich jahrelang vergeblich bemüht, das Nobelkaffeehaus Harrods unter Kontrolle zu bringen, hatten sich nach dem Zusammenbruch von Laker Airways mit 50 Prozent an zwei Folgeprojekten von Sir Freddie Laker beteiligt: Skytrain Holidays und People's Airline.

Jetzt zu behaupten, der Mißerfolg beider Gesellschaften gehe ebenfalls auf verschwörerische Machenschaften von British Airways zurück, ist absurd; dennoch besteht die Möglichkeit, daß ein US-Gericht einer solchen Schadensersatzklage nachgeben würde. British Airways dürfte folglich erneut nichts anderes übrig bleiben, als sich vorab freizukaufen. Denn die längst überfällige Privatisierung hat nun einmal Vorrang.

Bezugsrahmen

(Ha (Brüssel) - Viel Staub aufgewirbelt hatten im vergangenen Jahr die Bemühungen der Briten und Deutschen, der Europäischen Gemeinschaft eine striktere "Haushaltsdisziplin" zu verordnen. Gestern standen die Finanzminister erstmals vor der Aufgabe, sich über den Bezugsrahmen für die EG-Ausgaben im Jahre 1986 klarzulegen. Beschlossen worden war der Grundsatz, daß die Agrarausgaben für künftig weniger schnell ansteigen sollen als die Eigenentnahmen der Gemeinschaft. Dieser Beschluß konnte freilich nur als eine Art Selbstverpflichtung des Rates durchgesetzt werden. Inzwischen kann der Bundesfinanzminister froh sein, wenn er nicht beim Wort genommen wird. Die Weigerung Boms, die Agrarpreise zu senken, dürfte sich zumindest indirekt stark auf das Agrarbudget auswirken. Bomm argumentiert, daß die Mehrausgaben verschwindend gering seien. Es übersteht dabei, daß die starke deutsche Haltung auch die "Begehrlichkeit" der Agrarlobby in anderen Ländern fördert.

MARKENVERBAND / Bundesregierung will an der Stabilitätspolitik festhalten

Kohl bezweifelt die Gültigkeit der offiziellen Arbeitsmarktzahlen

HANNA GIESKES, Bonn
"Nur eine Erhöhung der Investitionen kann mehr Beschäftigung bringen." Bundeskanzler Helmut Kohl betonte gestern vor der Jahresversammlung des Markenverbandes in Bonn, daß die Bundesregierung jedoch nach wie vor Programme zur Arbeitsbeschaffung ablehne, "denn eine Abkehr von der Stabilitätspolitik könnte lediglich Strohhalm entfachen und wäre überdies unsinnig".

Kohl zweifelte jedoch an der Gültigkeit der Arbeitsmarktzahlen, nachdem ein "sehr renommiertes Unternehmen an der Ruhr vergebens 50 Handwerker gesucht hatte und aufhin Folien einstellen mußte". Es sei an der Zeit, die offiziellen Zahlen einmal zu diskutieren. Er forderte die Unternehmen für die Notwendigkeit von Überstunden genauer zu prüfen und außerdem die Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes besser zu nutzen. Die Markentartikel sollten darüber hinaus auch in diesem Jahr wieder genügend Lehrstellen bereit halten.

Am kommenden Freitag werde das Bundestabiet die Steuerreform, wie geplant, in zwei Stufen verabschieden, sagte Kohl weiter. "Trotz einiger Blessuren bei kürzlichen Wahlen" werde er an der Stabilitätspolitik festhalten, und dabei lasse er sich auch durch Kritiker nicht beirren. "In einem Schritt wäre die Reform nicht solide zu finanzieren gewesen".

Stabilität habe auch Vorrang bei allen Hilfestellungen für die Bauwirtschaft, "der wir den nötigen Kapazitätsaufbau erleichtern wollen". Kohl verwies auf die vorgesehenen Verbesserungen der Abschreibungsregeln.

nicht gewährleisten können: Die Stagnation im Konsumgüterbereich habe zu einer Verschärfung der Situation geführt, "die Freiwilligkeit hat firmenspezifischen Absichten nicht standgehalten".

Im Markenverband stellt man sich eine andere Regelung vor: Verstöße gegen die von Handel, Handwerk und Industrie gemeinsam verabschiedeten und beim Bundeskartellamt eingetragenen Wettbewerbsregeln sollten als Verstöße gegen die guten Sitten im Sinne des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb geahndet werden. Ob dem Kartellamt dies gefallen wird, ist indes fraglich, denn das wäre die Einschleusung der von der Behörde bisher stets abgelehnten Allgemeinverbindlichkeit von Wettbewerbsregeln durch die Hintertür.

Sandler hofft, daß auch die bisher abwartende FDP sich für ein solches Vorhaben gewinnen läßt, damit eine Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode ohne Zeitdruck erfolgen könne. Das Sondergutachten der Monopolkommission zur Konzentration im Lebensmittelhandel kritisierte er als "fragwürdig", weil die Kommission weder Auswirkungen des Wettbewerbs erkannt noch politischen Handlungsbedarf gesehen habe.

Die Produktion von Markenwaren erreichte im vergangenen Jahr rund 260 Mrd. DM. Der nominale Zuwachs erreichte rund acht Prozent.

EG-FINANZMINISTER-TAGUNG

Keine neuen Impulse für schnelle Stärkung des EWS

WILHELM HADLER, Luxemburg
Der bevorstehende EG-Gipfel in Mailand wird kaum neue Impulse für die Stärkung des Europäischen Währungssystems (EWS) geben können. Wie gestern ein Meinungsaustausch der Finanzminister deutlich machte, gehen die Ansichten über die Rolle der europäischen Währungseinheit Ecu nämlich nach wie vor weit auseinander.

Während Frankreich und einige andere EG-Staaten noch erheblichen Spielraum für pragmatische Maßnahmen zur Förderung der privaten und öffentlichen Ecu-Verwendung sehen, ohne über den Eintritt in eine neue institutionelle Phase des EWS entscheiden zu müssen, betrachten andere Länder - darunter die Bundesrepublik - die Fortentwicklung der Ecu in der gegenwärtigen Phase des EWS als eine zweitrangige Aufgabe.

Dabei steht die Befürchtung im Vordergrund, daß das Hinewachsen der Ecu in die Rolle einer Reservewährung zunehmend den Handels- und Währungsspielraum der nationalen Währungspolitik (und damit die Sicherung der Stabilitätspolitik) gefährden könnte. Für einen echten Währungssprung bestehen nach ihrer Meinung auf absehbare Zeit noch nicht die allgemeinen integrationspolitischen Voraussetzungen.

Sowohl im Währungsausschuß der EG, der sich aus Beamten der zuständigen Fachministerien und der Kommission zusammensetzt, wie im Aus-

schuß der Zentralbankgouverneure wurde angesichts dieser Meinungsunterschiede angeregt, zunächst einmal die technischen Studien über die Rolle der Ecu fortzusetzen.

Der deutsche EG-Kommissar Alois Pfeiffer trat (in Vertretung des Kommissionspräsidenten Jacques Delors) dafür ein, es nicht bei der Bekräftigung des Endziels der Wirtschafts- und Währungsunion zu belassen, sondern das EWS durch konkrete Zwischenziele zu festigen.

In dem Bericht des Währungsausschusses, der von seinem deutschen Vorsitzenden Hans Tietmeyer (Bundesfinanzministerium) erstattet wurde, heißt es: Fortschritte im Bereich der wirtschaftlichen Konvergenz und der Sicherung des im EWS Erreichten hängen weniger von Prozeduren als von praktischen Entscheidungen der Wirtschaftspolitik ab. Der Ausschuß will sich daher auch darum bemühen, die bestehenden Kapitalverkehrsbeschränkungen künftig genau zu überprüfen. Die Entwicklung des EWS dürfte möglichst nicht durch exzessive äußere Handlungszwänge erschwert werden, meinte Tietmeyer.

Die Finanzminister hatten zuvor (als Gouverneure der Europäischen Investitionsbank) einer Veroppelung des Kapitals der EG-Bank auf 28,8 Mrd. Ecu (64,5 Mrd. DM) zugestimmt. In diesem Betrag ist auch der Kapitalbeitrag Spaniens und Portugals enthalten, die der Gemeinschaft am 1. Januar 1986 beitreten.

Unübersehbare Fortschritte

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik bleibt aufwärts gerichtet. Auch wenn die Arbeitslosenzahlen höher als projiziert sind, so dürfen Fortschritte - beispielsweise bei den Zinsen und Preisen - nicht aus den Augen verloren werden. Damit haben sich die Voraussetzungen für einen weiteren Aufschwung über das nächste Jahr hinaus verbessert. Damit rechnen auch Experten der OECD in Paris.

Im Blickpunkt steht gegenwärtig die Bauwirtschaft. Wie man auch rechnet - der Einbruch ist hier gewaltig. Im März und April lag die Produktion um 9,5 Prozent niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Unerwartet ist dieses allerdings nicht gekommen. Im Wohnungsbau zeichnete sich seit langem ab, daß der Umfang selbst der siebziger Jahre nicht gehalten werden könnte. Die Bundesregierung hat durch ihre Ende 1982 ergriffenen Maßnahmen die Anpassung so hinausgezögert, daß sie erst in den letzten Monaten durchgeschlagen ist.

Dieses soll jetzt durch verschiedene Maßnahmen aufgefangen werden. Abdem der Strukturwandel, nicht verhindern heißt das Motto. Ohne die Talbahn der Bauwirtschaft hätte die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate nach Meinung des Wirtschaftsministeriums um 0,5 Prozent höher und die Zahl der Arbeitslosen um 100 000 bis 150 000 niedriger gelegen.

Wenn sich hier die Entwicklung verzögert, immerhin werden die öffentlichen Hände ohnehin in diesem Jahr mehr investieren, so wird dieses auch dem privaten Konsum zugute kommen. Nachdem er im vergangenen Jahr real nur um 0,6 Prozent gestiegen war, sank er im ersten Quartal 1985 sogar um 0,5 Prozent unter das Vorjahresniveau. Hier spiegelt sich der Nachfragerückgang nach Autos aufgrund der Unsicherheit wegen der Diskussion um das schadstoffarme Auto wider.

Allerdings ist das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin beim Konsum bereits für das zweite Quartal optimistischer. Die Einkommen werden deutlich, die Preise nur wenig höher sein als im Vorjahr. Die allgemeine Kaufbereitschaft wächst wieder. Mit dem Abflauen der Katalysatordiskussion ist auch wieder Schwung in die Auto-Nachfrage gekommen. Auch dieses wirkt stabilisierend.

Der Umstand sollte nicht überbetont werden, daß im ersten Quartal das Bruttoinlandsprodukt nur um 0,4 Prozent real über dem Vorjahresniveau und sogar um ein Prozent unter dem der letzten drei Monate 1985 gelegen hatte. Die Entwicklung verlief in der zweiten Hälfte 1984 besonders rasant, da die Folgen der Streiks ausgeglichen werden mußten. Nach dem Rückschlag wegen des strengen Winters, der manche Prognosen durch einander gebracht hat, dürfte der Anstieg in den Aufwärtstrend rasch gefunden werden.

Ungleichbrochen ist die Dynamik bei den Ausstattungsinvestitionen. Sie lagen bereits im ersten Quartal um 2,5 Prozent höher als in den vorangegangenen drei Monaten. Die Hersteller von Maschinen und Anlagen konnten im März/April zwölf Prozent mehr Aufträge hereinholen als ein Jahr zuvor. Auch der Außenhandel floriert nach wie vor. Zwar blieben die Auftragsbestände aus dem Ausland im März/April hinter dem Stand der beiden Vormonate zurück. Dieser war aber real noch 13 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Die Erwartung, daß in diesem Jahr ein Rekordüberschuß im Export zwischen 60 und 70 Milliarden Mark ins Haus steht, wurde bisher nicht getrübt.

Allerdings herrscht bei manchen Unternehmen Unsicherheit, ob die Exportdynamik anhält, ob sie nicht wegen der Wechselkursentwicklung überzeichnet ist. Dieses erklärt trotz verbesserter Kapazitätsauslastung zum Teil die Zurückhaltung bei Neueinstellungen. Zwar lag die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt des ersten Quartals um 14 000 höher als vor einem Jahr. Aber der demographische Effekt war noch stärker, so daß die Arbeitslosigkeit zugenommen hat.

Die wirtschaftliche Erholung hält jetzt bereits gut zwei Jahre an. Im Konjunkturzyklus Mitte der siebziger Jahre hat es noch länger gedauert, bis die Arbeitslosigkeit wieder unter die Marke gesunken ist, die vor Beginn des Aufschwungs registriert wurde. Diese Verzögerung muß mit ins Kalkül einbezogen werden. Alles in allem besteht zu Pessimismus kein Anlaß. Die konjunkturelle Lage ist besser als ihr Ruf.

AUF EIN WORT



Wir sehen die Lösung der Ölprobleme nicht in mehr Staat bei uns, sondern in der Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen bei so wenig Staat wie möglich in der EG.

Dr. Heilmuth Buddenberg, Vorstandsvorsitzender der Deutschen BP AG, Hamburg. FOTO: POLY-PRESS

Handel mit „DDR“ ausgeglichen

Wz Berlin
Der innerdeutsche Warenverkehr, der 1984 noch mit einem hohen Überschub Ost-Berlins abschloß, war nach Angaben der „Arbeitsgemeinschaft Handel mit der DDR“ in den ersten vier Monaten dieses Jahres ausgeglichen. In diesem Zeitraum betrugen die westdeutschen Lieferungen 2,5 Mrd. DM (plus 12 Prozent) und die ostdeutschen Lieferungen ebenfalls 2,5 Mrd. DM (plus ein Prozent). Auf der Lieferseite wuchsen die Aufträge aus der „DDR“ besonders im Maschinen- und Fahrzeugbau um 227 Prozent und bei NE-Metallen um 153 Prozent. Witterungsbedingt stiegen die Osterferien Bestellungen für den Steinkohlbergbau sogar um 1073 Prozent.

METALLINDUSTRIE

Arbeitgeber beklagen zu dünne Eigenkapitaldecke

dpa/VWD, Hamburg
Die dünne Eigenkapitaldecke stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Existenz der Metallunternehmen in der Bundesrepublik dar. Wie aus dem Geschäftsbericht des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände, Köln, hervorgeht, waren im vergangenen Jahr „kaum mehr als 30 Prozent des Anlage- und Umlaufvermögens“ der 18 900 Betriebe dieses größten deutschen Industriezweiges durch Eigenkapital gedeckt. Im Vergleich dazu verfügten die Unternehmen in den Konkurrenzländern Japan, Großbritannien und den USA über eine Eigenkapitalausstattung zwischen 40 und 50 Prozent der Bilanzsumme.

Die geringe Eigenkapitalquote hat vor allem die kleineren und mittleren Betriebe der Branche mit weniger als 500 Beschäftigten in den vergangenen Jahren äußerst anfällig für Konjunkturrückschläge und hohe Zinsen gemacht. Damit läßt sich teilweise auch erklären, warum 1984 trotz einer spürbaren konjunkturellen Belebung - der Auftragszufluß in diesem Bereich erhöhte sich um zehn Prozent - immer noch 850 Metallunternehmen (1983: 999) Konkurs anmeldeten.

Die Probleme dieses größten Industriezweiges, in dem 54 Prozent aller Beschäftigten der deutschen Wirtschaft arbeiten, sind vor allem in seiner Struktur begründet. Rund 66 Prozent der Betriebe beschäftigen weniger als 100 und 25,9 Prozent weniger als 50 Mitarbeiter. Das sind lediglich 41,2 Prozent der insgesamt 3,7 Millionen Beschäftigten dieser Branche. Vor diesem Hintergrund ist auch die Ertragslage des vergangenen Jahres zu sehen: Die Nettoumsatzrendite der Metallindustrie stieg im Durchschnitt nur leicht auf etwas mehr als 2,5 (1983: 2,2) Prozent.

VERKEHRSPOLITIK

Bangemann für mehr Markt und Mut zur Flexibilität

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Einen rascheren Abbau der Regulierungen im Verkehrssektor und mehr Mut zu mehr Flexibilität, zu mehr Markt und zu weniger Bürokratie und Bevormundung auch in diesem Bereich hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann vor der Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Kraftwagenbesitzer in Düsseldorf gefordert.

Der Verkehrsbericht der Bundesregierung vom Dezember zählte zwar ein Dutzend Maßnahmen auf, in denen eine Öffnung oder Lockerung des engen Rahmens für den Straßenverkehr angestrebt wird. Aber: „Für einen Marktwirtschaftler klingt das ganze immer noch eher zögerlich“, sagte Bangemann. „Wenn Ludwig Erhard 1948 mit solchen Klein-Aktionen angefangen hätte, wären wir wahrscheinlich noch da, ohne die für den Einzelhandel geltenden Vorschriften zu beachten.“

bei, die Wirtschaftsregulierungen der Jahre 1933 bis 1945 abzuschaffen.“

Das Verkehrsgesetz sollte nicht zu viel Angst vor der internationalen Konkurrenz haben. Auch im Außenhandel gebe es unterschiedliche Steuerbestimmungen und Lohnkostenunterschiede, doch diese der Bundesrepublik zu den größten Exporteuren der Welt. Bangemann wies die Ansicht zurück, nur die jetzige Ordnung garantiere die mittelständische Struktur, verhindere die Konzentration. „Im Gegenteil: Je mehr Offenheit, je mehr Freiheit, desto eher hat auch der Kleine die Chance, ihm gemäße Angebote auf den Markt zu bringen, desto eher hat auch der Newcomer eine Chance.“ Es müßten die Voraussetzungen geschaffen werden, daß die Wirtschaft so nachfragegerecht und billig wie möglich mit Transportleistungen versorgt wird.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Teuerung unverändert bei 2,5 Prozent

Wiesbaden (dpa/VWD) - Die Teuerungsraten in der Bundesrepublik ist nunmehr seit drei Monaten unverändert bei 2,5 Prozent geblieben. Diesen Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Vergleich zu jenen des Vorjahres ermittelte das Statistische Bundesamt sowohl für den vergangenen Mai als auch für die vorangegangenen Monate April und März. Der neue Index für Mai wurde mit 121,2 (1980: 100) angegeben.

Einheitliches Zollsystem

Brüssel (VWD) - Mit der Unterzeichnung eines harmonisierten Zollsystems durch die EG-Kommission, die zehn Mitgliedstaaten und 20 andere Länder ist nun ein international einheitliches Zollverzeichnis unter Dach und Fach. Die neue Nomenklatur bringt nach Darstellung der EG-Kommission bedeutende Erleichterungen für den internationalen Handel mit sich. Die Nomenklatur, an der seit 1973 gearbeitet wurde, ist vom 1. Januar 1987 an anzuwenden.

Die D-Mark gestützt

Paris (VWD) - Die französische Notenbank hat nach Angaben von Devisenhändlern gestern in das Marktgesehen eingegriffen und die D-Mark bei einem Kurs von 3,0470 Franc verteidigt. Nach Ansicht des Handels war die Aktion der Notenbank vor allem als psychologische Hilfe für die D-Mark zu verstehen und um Marktteilnehmer davor zu warnen, gegen die deutsche Währung zu spekulieren.

Zeichnung geschlossen

Ludwigshafen (VWD) - Die Zeichnungslisten für die Emission neuer Aktien der ZWL Grundbesitz- und Beteiligungs-AG vorm. Zielwerke Ludwigshafen, Ludwigshafen, für nominal 647 000 DM sind gestern vorzeitig geschlossen worden. Wie die DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank, Frankfurt, als Konsortialführerin mitteilt, ist die Emission bereits mehrfach überzeichnet worden. Die für ein breites Publikum bestimmten 50-DM-Inhaberkonten, die zum Preis von 370 DM angeboten wurden, stammen aus der Kapitalerhöhung bei ZWL um 1,2 Mrd. DM auf sechs Mrd. DM.

Neue Messe

Düsseldorf (Py.) - Die Düsseldorfer Messgesellschaft mbH plant für März 1986 eine neue Messeveranstaltung: die Präventa - Internationaler Kongreß und Ausstellung für Gesundheitsvorsorge, Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung. Unter dem Motto „Gesundheit und Lebensqualität“ sollen Hersteller und Anbieter von Produkten oder Dienstleistungen, die der Gesundheit dienen, angesprochen werden.

Richtlinie für Architekten

Luxemburg (Ha.) - Europas Architekten können sich künftig überall in der EG frei niederlassen. Nach 18-jährigen Diskussionen haben sich die für Binnenmarktförderung zuständigen Minister in Luxemburg endgültig auf den Text einer EG-Richtlinie verständigt, die die Bedingungen für die Niederlassungsfreiheit und dem freien Dienstleistungsverkehr regelt und eine gegenseitige Anerkennung der Diplome bringt. Sie muß aller-



Die Zahl der besetzten Lehrstellen erreichte Anfang 1985 die neue Rekordhöhe von rund 1,8 Millionen, annähernd eine halbe Million mehr als zehn Jahre zuvor. Die weitaus meisten Ausbildungsstellen stellen Industrie und Handel sowie das Handwerk bereit.

dings noch in nationales Recht umgewandelt werden. Schwierigstes Hindernis war der Status der deutschen Fachschul-Architekten. Für sie bedingt die Niederlassungsfreiheit künftig neben einer dreijährigen Ausbildung eine vierjährige Berufspraxis. Eine entsprechende Richtlinie für Apotheker scheiterte erneut an Sonderwünschen Griechenlands.

Chemie wächst langsamer

Helsinki/Frankfurt (dpa/VWD) - Auf ein langsames Wachstum in diesem Jahr ist die chemische Industrie Westeuropas eingestellt. Der Präsident des Dachverbands der europäischen Chemie (CEFC), John Harvey-Jones (ICI), rechnet für 1985 nur noch mit einer Produktionssteigerung der Branche in der Größenordnung von 2,5 Prozent nach 5,5 Prozent im Vorjahr. Darin spiegeln sich vor allem das schwächere Wachstum in den USA und in der diesem und im nächsten Jahr erwartete Rückgang des Dollarkurses wider. Daneben werde der steigende Absatz von Grundchemikalien aus dem Mittleren Osten die europäischen Chemie zunehmend unter Druck setzen, betonte Jones in Helsinki.

US-Handelstage in Berlin

Berlin (Wz.) - Die US-Mission in Berlin hat zusammen mit der Industrie- und Handelskammer zu Berlin und der American Chamber of Commerce in Germany Firmenrepräsentanten aus acht amerikanischen Bundesstaaten zu Gesprächen über geschäftliche Aktivitäten eingeladen. Bei diesen US-Handelstagen am 19. und 20. Juni suchen die amerikanischen Firmen Importeure sowie in einigen Fällen auch Lizenznehmer und Joint-venture-Partner.

Erdgas aus Norwegen

Essen (dpa/VWD) - Die norwegischen Erdgaslieferungen in die Bundesrepublik von derzeit 7,7 Mrd. Kubikmetern jährlich werden von 1987 an um 1,5 Mrd. Kubikmeter erweitert. Wie die Ruhrgas AG in Essen mitteilt, unterzeichnete ein von ihr geführtes Konsortium, an dem neben drei ausländischen Gesellschaften auch die Thyssengas GmbH, Duisburg, die Gelsenberg AG, Hamburg und die B&B Gasekraftwerke Brügge und Elberath, Hannover, beteiligt sind, entsprechende Lieferverträge.

US-BANKENSYSTEM

Weg für eine weitreichende Restrukturierung ist geebnet

AFF, Washington
Der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat mit der den Bundesstaaten erteilten Genehmigung, gemeinsamen regionale Bankensysteme zu schaffen, den Weg für eine weitreichende Restrukturierung des amerikanischen Bankensystems freigegeben. Er erklärte die von Connecticut und Massachusetts erlassenen Gesetze, die den Banken beider Bundesstaaten Annäherung und Fusion genehmigen, als mit den Bundesgesetzen und der Verfassung der Vereinigten Staaten vereinbar. Bislang hatten die Bundesgesetze im Prinzip jeder Bank in einem Bundesstaat verboten, ein Kreditinstitut in einem anderen Bundesstaat ohne Sondergenehmigung zu übernehmen.

Die von Connecticut und Massachusetts verabschiedeten Gesetze sehen eine Annäherung der in beiden Bundesstaaten operierenden Banken vor. Jede Fusion mit Banken in anderen Bundesstaaten oder der Kauf von Banken in diesen beiden Bundesstaaten durch Finanzinstitute, die ihren Sitz in einem dritten Bundesstaat haben, wurden jedoch ausgeschlossen.

Dieser Beschluß trat insbesondere die Großbanken in New York, Houston, San Francisco und Los Angeles, die ihre Aktivitäten auf nationale Ebene ausweiten wollten. Mehrere andere US-Bundesstaaten, insbesondere im Süd-Osten der Vereinigten Staaten, folgten inzwischen dem Beispiel von Connecticut und Massachusetts oder planen es zumindest.

Das Urteil des obersten Gerichtshofes beruht auf einem Einspruch der Citibank, der größten US-Bank. Die Federal Reserve Bank hatte einer regionalen Restrukturierung des Bankensystems schon zugestimmt.

PFLEGE-KRANKENVERSICHERUNG

Vom Aufsichtsamt gebilligt

HARALD POSNY, Düsseldorf
Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) hat die Musterbedingungen für die private Pflege-Krankenversicherung gebilligt. Das Amt wird nach den Worten seines Präsidenten August Angerer „alsbald“ die von einzelnen Unternehmen bereits eingereichten Tarife genehmigen, so daß noch in diesem Sommer die ersten Angebote auf den Markt kommen können.

Die Pflege-Krankenversicherung wird in zwei Tarifvarianten angeboten:

ten: Am häufigsten dürften nach Meinung des Vorsitzenden des PKV-Verbandes, Heinrich Frommknecht, die Pflege-Tagegeld-Tarife sein, mit denen z.B. 50 DM pro Pflegetag abgedeckt werden. Daneben gibt es noch die Variante, die nachweisbare Kosten der Pflegebedürftigkeit abdeckt. Beide Tarife enthalten Anreize zur ambulanten Pflege in Sozialstationen oder durch Angehörige. Für stationäre Hilfe wird geleistet, wenn sie in Pflegeheimen, Pflegeabteilungen von Altenheimen oder in Krankenanstalten erfolgt.

Die Pflegebedürftigkeit wird als gegeben angesehen, wenn bestimmte tägliche Verrichtungen nicht ohne Hilfe anderer Personen möglich sind. Die Leistungspflicht beginnt frühestens ab dem 92. Tag nach ärztlicher Feststellung der Pflegebedürftigkeit, aber nicht vor Ablauf einer dreijährigen Wartefrist seit Vertragsabschluss. Die Unternehmen können Höchstaufnahmehöhen vorsehen.

Die Beitragshöhe hängt von den vereinbarten Leistungen ab. Der Monatsbeitrag für ein Pflegetagegeld von 1500 DM monatlich dürfte für einen Mann, der mit 40 Jahren eintritt, rund 30 DM betragen. Für eine gleichaltrige Frau wird wegen der höheren Lebenserwartung mit etwa 35 DM zu rechnen sein. Die Pflegeversicherung der Lebensversicherung wird teurer sein. Hier wird ein 40jähriger für eine monatliche Rente von 1000 DM und ein Sterbegeld von 24 000 DM einen Monatsbeitrag von 88 DM, eine gleichaltrige Frau 97 DM zahlen müssen.

Frommknecht sprach erneut die Hoffnung aus, daß die Bundesregierung die Beiträge zur Pflege-Krankenversicherung steuerlich begünstigt. Dies wäre der wirtschaftlichste Beitrag zur Finanzierung der Kosten der Pflegebedürftigkeit.

Nach neuesten Erhebungen der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen sind allein in diesem Bundesland zwei Drittel der 65 000 Bewohner in 797 Heimen erhöht oder schwer pflegebedürftig. Das Durchschnittsalter liegt bei 81 Jahren.

HUTSCHENREUTHER / Wachsender Importdruck bei der keramischen Industrie

Neue Technologien für die Zukunft

DANKWARD SEITZ, München
In der keramischen Industrie, die mit einer sehr hohen Personalkostenquote leben muß, stecken in neuen Fertigungstechnologien die Potentiale für die Zukunft. Allein darin sieht Roland Dorschner, Vorstandsvorsitzender der Hutschenreuther AG, Selb, auch die besten Chancen für die gesamte Branche, dem Importdruck aus Billiglohnländern standhalten zu können. Unter diesem Aspekt sei auch für sein Unternehmen daher die Entwicklung neuer Technologien ein wichtiger Bestandteil der langfristigen Unternehmensziele.

Jüngstes Projekt bei Hutschenreuther ist, nachdem man schon in den letzten 25 Jahren eine ganze Reihe neuer Verfahren bei der Porzellan-Herstellung entwickelt hat, eine Demonstrationsvorhaben, bei dem in der Fertigung etwa 30 Prozent Energie eingespart und die Umweltbelastungen erheblich reduziert werden können.

Das Investitionsvolumen dafür bezifferte Dorschner 1987 auf rund 22 Mill. DM, wozu die EG, der Bund und das Land Bayern etwa 40 Prozent

als Fördermittel beisteuern werden. Gute Chancen rechnet man sich bei Hutschenreuther aber auch im Bereich der Technischen Keramik aus. So wird derzeit im Werk Naila für 8 Mill. DM eine Pilotanlage zur Herstellung von Ingenieur-Keramik errichtet. Daneben arbeite man an neuen Werkstoffen für die Chemie und den Maschinenbau sowie an einem Katalysator für mobile und stationäre Verbrennungsanlagen. Sollte dieser Katalysator auch einmal in der Autoindustrie eingesetzt werden können, schließt Dorschner eine mögliche Zusammenarbeit mit einem japanischen Pkw-Hersteller nicht aus.

Insgesamt fühlt man sich so bei Hutschenreuther für die nächsten Jahre gut gerüstet. 1985 soll der Umsatz der AG um rund 5 Prozent auf etwa 375 Mill. DM steigen, wobei man, so Dorschner, „heißfroh“ wäre, das Ergebnis des Vorjahres halten zu können. Investiert werden sollen 1985 rund 24 (13) Mill. DM, wovon etwas über 11 Mill. DM auf neue Projekte entfallen dürften.

Sehr zufrieden zeigte sich Dorschner mit der Geschäftsentwicklung

1984. Während die Branche nur auf ein Umsatzplus von 3,4 (minus 4,5) Prozent kam, verzeichnete Hutschenreuther in der AG ein Umsatzwachstum von 7,4 (plus 4,8) Prozent auf 357,8 Mill. DM und in der Gruppe von 9,1 (5,5) Prozent auf 386,3 Mill. DM. Auf Haushalt-Gastronomieporzellan entfielen davon 339,5 Mill. DM (plus 8,5 Prozent) und die Technische Keramik 46,8 Mill. DM (plus 13,6 Prozent). Die Exportquote stieg auf 40,6 (38,9) Prozent.

Auch auf der Ertragsseite kann Hutschenreuther wieder einen „besonders guten Abschluß“ präsentieren. Dies zeigt sich in dem auf 26,25 (20,75) Mill. DM gestiegenen Cashflow, einem Steuerauswand von 9,56 (7,88) Mill. DM und einem Gewinn je Aktie von 21,20 (17,06) DM. Nach Einstellung von 1,0 Mill. DM in die freien Rücklagen aus dem auf 5,3 (3,05) Mill. DM verbesserten Jahresüberschuß wird ein Gewinn von rund 4,3 (3,1) Mill. DM ausgewiesen. Er dient zur Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 9 DM sowie eines Bonus von 1 DM auf das Grundkapital von 21,33 (17,06) Mill. DM.

EXPERT-GRUPPE / Home-Computer kein Geschäft

Auf Impulse wird gewartet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Deutlich unter den Erwartungen hieß für die Expert Bild + Ton Handelsgesellschaft mbH & Co. KG, Langenhagen, die Umsatzentwicklung im Geschäftsjahr 1984/85 (31.3.1. Heinz Heer, Geschäftsführer der Einkaufsgemeinschaft, der 284 (261) Rundfunk-, Fernseh- und Elektro-Fachhändler angeschlossen sind, zeigt sich dennoch zufrieden. Während die Unterhaltungselektronik in der Bundesrepublik 1984 ein Umsatzplus von drei Prozent hinnehmen mußte, habe Bild + Ton immerhin noch einen Zuwachs von 0,7 Prozent auf 600 (596) Mill. DM erzielt.

Nach den Worten Heers wartet die Branche weiter auf das Überspringen von belebenden Tendenzen. Im Jahre 1984 hätten sich nahezu alle Bereiche negativ entwickelt. So habe das Video-Geschäft unter der Verunsicherung wegen des Bestands der Systeme gelitten. Völlig zusammengebrochen sei das Geschäft mit Telespielen. Home-Computer, die 1984 noch

zu den Schlägern der Branche gehörten, seien wegen des Preiskampfes kein Geschäft mehr.

Innerhalb der Expert-Gruppe verringerte sich der Umsatz im Video-Bereich um fünf Prozent auf 135 (141) Mill. DM. Damit nehmen Farbfernsehergeräte (141 nach 137 Mill. DM) wieder den ersten Rang bei der Braune Ware ein. Einen Zuwachs von vier Prozent auf 78 (75) Mill. DM verzeichnete der HiFi-Bereich, wobei Compact Disk (CD) bereits stabilisierend wirkte. Heer erwartet 1985 bei CD-Playern eine Verdoppelung der Absatzzahlen. Insgesamt erreichte die Braune Ware einen Umsatzanteil von 73,2 Prozent. Die Weiße Ware steigerte den Umsatz um sieben Prozent auf 109,5 Mill. DM.

Die Händler erhalten für 1984/85 insgesamt 49,7 (47,7) Mill. DM. Der Jahresbonus nahm auf 21,7 (21,4) Mill. DM zu. Gleichzeitig wurde das Haftungskapital von 6,5 Mill. DM auf 9,37 Mill. DM aufgestockt.

PRIVATBRAUEREI WICKÜLER / Ausstoß gesunken

Köln und Wuppertal getrennt

HANS BAUMANN, Essen
Den Schwächen am deutschen Markt für Bier versucht die Privatbrauerei Wicküler, Wuppertal, die den Familien Werhahn und Pahl gehört, jetzt auch mit organisatorischen Neuordnungen zu begegnen. Die bisher schon nach dem Divisionsverfahren geführte Gruppe erhält einen zusätzlichen, deutlichen Trennstich zwischen den Polen der Gruppe, Köln und Wuppertal.

Die Wicküler-Küpper-Brauerei KG wird aufgetrennt und zu zwei Säulen neu geordnet, in die Wicküler Brauerei GmbH & Co. KG, Wuppertal, und in die Küppers Kölsch GmbH, Köln. Damit soll Küppers Kölsch, die nach ungeachteten Erfolgen nun doch ein wenig ins Stocken geraten ist, von der Wuppertaler Leine gelassen werden, konsolidieren und erneut frisch marschieren. Wicküler, bekannt für eigensterngesteuerte Publizitätscheu, berichtet über das Geschäftsjahr 1983/84

(30.9.), daß der Umsatz der Gruppe gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Prozent auf 343,7 Mill. DM zurückgegangen ist. Über den Ausstoß sagt die Verwaltung nichts. Es darf aber vermutet werden, daß er stärker als der Umsatz zurückgefallen ist. Er dürfte in der Größenordnung von 2,4 Mill. Hektolitern liegen. Nach Angaben der Verwaltung entfielen rund 80 Prozent vom Umsatz auf die großen Marken Küppers Kölsch und Wicküler Pils. 60 Prozent des Umsatzes werden direkt mit dem Getränkefachgroßhandel und mit der Gastronomie abgewickelt. Der Gastronomieanteil der Gruppe soll bei 25 Prozent liegen und im Berichtsjahr gestiegen sein.

Wicküler hat mit gut 45 Mill. DM wieder in der Größenordnung des Vorjahres investiert. Großer Wert wird auf Forschung und Entwicklung gelegt. In diesen Tagen begannen Verhandlungen mit einer großen japanischen Braugruppe über Austausch von technischem Know-how.

Wenn die Karriere für Sie ein Thema ist:

DIE WELT

Illusionen für den neuen Abenteurer
Sie haben das Recht, Ihre Abenteurer-Berufung innerhalb von 7 Tagen (Abende) Datum genügt schriftlich zu widerrufen bei: OIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30

Bestellschein
Sie liefern Sie mit dem nächsten möglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Beitrag beträgt DM 26,50 (Ausland 35,00, Luftpostzuschlag auf Anfrage), entgeltliche Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Name _____
Straße/Nr. _____
PLZ/Ort _____
Beruf: _____
Telefon: _____
Datum _____
Unterschrift _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende) Datum genügt schriftlich zu widerrufen bei: OIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30
Unterschrift _____

BÜNTING / Mit „Ostfriesischer Mischung“ Wachstumschancen am Teemarkt

Produktion in ehemaligem Olympia-Werk

HEINZ HILDEBRANDT, Leer

Noch 1970 betrug der Pro-Kopf-Konsum an Tee in der Bundesrepublik nur 140 Gramm, er steigerte sich bis 1984 jedoch auf 254 Gramm. Der Wert des Jahresumsatzes mit Tee allein im Lebensmittelhandel wird auf gegenwärtig rund 500 Mill. DM beziffert. Etwa 60 Prozent davon wird in Form von Teebeuteln umgesetzt, der Rest entfällt auf verpackte lose Sorten. Auch für die Zukunft werden hier durchaus noch Wachstumschancen gesehen. Der Rekordkonsum im Teestrukergebiet Ostfriesland-Oldenburg mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von etwa 3000 Gramm wird sich in anderen deutschen Regionen jedoch kaum nachvollziehen lassen. Der Anteil des äußersten Nordwestens am deutschen Teekonsum beträgt immer noch rund 20 Prozent.

Zu den führenden Anbietern im ostfriesischen Raum gehört die J. Bunting Teehandelshaus GmbH &

Comp., Leer, die hier einen Marktanteil von etwa 35 Prozent aufweist und auch im Bundesgebiet auf beachtliche zehn Prozent kommt. Das bereits 1895 gegründete Unternehmen, seit fünf Generationen im Familienbesitz, bietet daneben noch eine eigene Kaffeemarke an. Schwerpunkt im Sortiment ist allerdings die typische „Ostfriesische Mischung“.

Indischer Tee der Assam-Provenienz ist dabei die Basis, beigemischt werden nach Hausrezept kleinere Mengen Tee aus Indonesien und Ceylon sowie Darjeeling-Tee. Aromatisierte Teesorten, die vorwiegend in jüngeren Verbraucherkreisen den Konsum ansteigen lassen, sind dagegen in Ostfriesland kaum gefragt.

Über das wertmäßige Umsatzvolumen hüllt man sich bei Bunting in Schweigen, die jeweils im Zollager bereitliegenden 10 000 bis 12 000 Kisten à 50 Kilogramm geben jedoch einen Hinweis auf die Größenord-

nung. Daß man bei Bunting auch in Zukunft auf Wachstum setzt, beweisen die rund 5 Mill. DM, die jetzt in einem neuen Produktionsbetrieb investiert wurden und zwar durch Umbau eines Teils der hier stillgelegten Produktionsstätte der Olympia-Werke.

Der Optimismus wird auch durch unvermeidbare Preissteigerungen beim Rohtee nicht getrübt, obwohl hiervon vor allem die langhaltigen („orthodoxen“) Sorten betroffen sind, die der deutsche Teetrinker bevorzugt. Ursache dafür ist der steigende Verbrauch auch in den Anbauländern. Verstärkt drängen jedoch neue Anbieter auf den Markt, zu denen Kenia, Uganda und neuerdings auch das klassische Teeland China gehören. Sie sind besonders am europäischen Markt interessiert, während für den amerikanischen Markt in erster Linie Argentinien als Anbieter auftritt.

BARMENIA / Deutlicher Kostenanstieg, aber erneut hohe Beitragsrückerstattung

102 DM Leistung für 100 DM Prämie

HARALD POSNY, Wuppertal

Die Barmenia Krankenversicherung a.G. Wuppertal, Nr. 6 unter den privaten Krankenversicherern der Bundesrepublik, hat 1984 den Bilanzüberschuß des Vorjahres (99,5 Mill. DM) nicht wiederholen können. Daß für 1984 nur 74,6 Mill. DM (davon gehen 91 Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung) ausgewiesen werden, liegt an den nach Jahren relativ Ruhe wieder deutlich gestiegenen Leistungen. Das gilt vornehmlich für Behandlung und Pflege im stationären Bereich. Die GOÄ hat, so Vorstandsvorsitzender Günter Völker, ihre Bewährungsprobe bestanden. Jetzt gelte es, die Pflegekosten zu harmonisieren.

Mit Geduld und Ausdauer pflegt das Unternehmen die Möglichkeit der Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit, die wirksamer sei als alle Kostendämpfungsmittel. Immerhin haben zwei von drei Versicherten Beitragsrückerstattungen erhalten – und das gilt nicht nur für die Vollversicherten (3 nach 2 Monatsbeiträgen), sondern auch für Zusatzversicherte (1 Monatsbeitrag). 1984 wurden 38 Mill. DM in Form von Beitragsrückerstattungen bzw. zur Milderung von notwendigen Tarifierhöhungen an die Mitglieder ausgeschüttet, bzw. verrechnet. Auch für 1985 ist eine Beitragsrückerstattung von 3 Monatsbeiträgen (22 Mill. DM) bereits garantiert. Die Einbeziehung der selbständigen Krankenhaus-Tagegeld- und Kranken-Tagegeldversicherungen sind für 1986 vorgesehen.

Auf diese Weise gehört die Barmenia nicht nur zu den wenigen PKV-Unternehmen, die eine Beitragsrückerstattung ausschütten, sie ist jetzt

schon zum dritten Mal auch Spitzenreiter unter denen, die an mittelbaren und unmittelbaren Leistungen mehr für die Versicherten tun als sie an Beiträgen von ihnen erhalten. Für 100 Beiträge-Mark erhalten sie 102,20 DM an Leistungen. Freilich: Alle Krankenhaustarife werden 1985 erhöht, wenn auch die Steigerung durch Einmalbeiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gedämpft wird. Bei den Vollversicherten dürfen sich Erhöhungen und Senkungen in etwa ausgleichen. Um etwa zehn Prozent werden die Tarife für ambulante und Zahnbehandlung gesenkt.

Konstante Beiträge haben 1984 zu einem geringfügig niedrigeren Beitragsaufkommen geführt, 30 Prozent des Rückgangs resultieren sogar aus Beitragsenkungen. In der Bestandsentwicklung will die Barmenia im laufenden Jahr stärker vorankommen. Vor allem die bessere Beitragsrückerstattung hietet nach den Worten Völkers günstigere Voraussetzungen. Ein noch nicht lange eingeführte „Kompakttarif“, in dem ambulante, stationäre und zahnärztliche Behandlung zusammengefaßt sind, und mit einem Jahres-Selbstbehalt ausgestattet ist, soll als preisgünstige Alternative zum bisherigen Versicherungsschutz zusätzliches Geschäft bringen. Noch in diesem Jahr kommt eine Pflege-Krankenversicherung in Form eines Tagegeld-Tarifs als eine „für den Kunden preisgünstigere und unproblematischere Variante“. Oh auch eine Barmenia-Pflegeversicherung kommt, hält Völker einstweilen offen.

Die Barmenia Lebensversicherung hatte 1984 mit 466 Mill. DM ein um 13 Prozent geringeres Neugeschäft, was

mit dem Nachfragerückgang bei Hypotheken-Tilgungspolice begründet wird. Der Bestand erreichte 4,6 (4,4) Mrd. DM Versicherungssumme. Die Kapitalanlagen wuchsen um 9,2 Prozent auf 1,54 Mrd. DM. Ihre Erträge steuerten den maßgeblichen Anteil zum Rohüberschuß bei, der sich unter Berücksichtigung der 1984 eingeführten Direktgutschrift deutlich verbessert hat.

Ein Beitragsaufkommen von 74 (70) Mill. DM und eine geringere Schadensquote (51 nach 61 Prozent der Prämie) brachte der Konzern-Sachtochter das bisher beste Ergebnis. Das technische Ergebnis verwandelte sich von einem kleinen Verlust in einen beachtlichen Gewinn von 6,3 Mill. DM. Daran hatte insbesondere die Unfallsparte (40 Prozent Beitragsanteil) besonderen Anteil. Der Jahresüberschuß hat sich von 1,1 auf 4,7 Mill. DM erhöht. Neben 9 Prozent Dividende sind für 1984 27 Prozent Bonus vorgesehen. Im laufenden Jahr wird das Grundkapital von 8 (7) auf 11 Mill. DM erhöht.

| Barmenia Kranken | 1984 | ± % |
|---|--------------------|---|
| Beiträge (Mill. DM) | 517 | - 1,3 |
| Aufw. f. Vers. Fälle | 419 | - 5,8 |
| Versicherungsleistung | 299 | 0,5 |
| Aufw. f. Beitr. Rückerst. | 69 | - 27,3 |
| Rückst. f. Beitr. Rückerst. | 222 | - 17,6 |
| Kapitalanlagen | 1 571 | + 9,2 |
| Kapitalerträge | 104 | + 11,8 |
| In % d. Beiträge | | |
| Schadensquote | 81,1 | 75,8 |
| Kostenquote | 102,2 | 101,6 |
| Uberschußquote | 12,3 | 11,9 |
| | 14,5 | 12,0 |
| Aufw. f. Vers. Fälle, Beitr. Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellungen | | |
| z. d. Dep. f. d. d. Beitr. Rückerst. (z. d. d. Beitr. Rückerst.) | 7,9 (7,81) Prozent | Aufw. f. Vers. Fälle u. Erfolgsübersch. Beitr. Rückerst. z. d. Beitr. Rückerst. |
| Abschluß d. Vers. Kosten z. d. Beitr. Rückerst. | | |

Wenn Sie nicht wissen, wie sich Ihre unternehmerischen Ideen in Mark und Pfennig auswirken, können wir Ihnen helfen.

Sie denken darüber nach, wo Ihr Unternehmen 1986 oder 88 steht. Dazu entwickeln Sie Ihre unternehmerischen Ideen. Die entscheidende Frage dabei: Sind sie finanzierbar und wie zahlen sie sich aus?

Hier können wir Ihnen als außenstehende Finanzfachleute helfen. Mit dreierlei, unserem computerunterstützten Liquiditätsplanungsservice, und dem in der Praxis seit Jahren bewährten Finanzplanungsservice.

Wir rechnen – natürlich vertraulich – Ihre alternativen Planungen durch. Sie bekommen konkrete Entscheidungshilfen: Welche

Wachstumschancen haben Ihre Ideen? Und wie können sie sich auf Ihre Finanzen und Gewinn im Markt auswirken? Ein Finanzplan ist das.

Wenn Ihr Unternehmen langfristig erfolgreich sein soll, sind Ihre Planungen (sowohl nach oben oder unten konzentriert) das A und O. Denn sich in dümmle Fakten können Sie die Folgen schon überblicken, ohne es auf Ihre Bilanz wagen zu müssen. Und Sie können sie agieren, bevor es zu spät ist. Können Sie das? Mehr über die Finanzplanung mit unserer Finanzplanungssoftware. Sprechen Sie mit uns.

Dresdner Bank
In Berlin, E.H.

Handwritten signature: "J. Posny"

KREISSPARKASSE

Hannover: Geschäft deutlich ausgeweitet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Die Kreissparkasse Hannover, unter den deutschen Sparkassen auf Rang 22, ist zuversichtlich, an die günstigen Ergebnisse im Geschäftsjahr 1984 anschließen zu können. In den ersten fünf Monaten liegen die Zuwachsraten deutlich über denen der gleichen Vorjahreszeit, erklärte Vorstandschef Gustav Adolf Schröder. Wenngleich das Betriebsergebnis sinkende Tendenz zeigt, so schrempft, rechnet Schröder wieder mit einem befriedigenden Ergebnis.

Überdurchschnittliche Zuwachsraten kennzeichneten das Geschäft des Instituts im Jahre 1984. Bei einer um 8 Prozent auf 4,41 Mrd. DM erhöhten Bilanzsumme stiegen die Einlagen um 6,3 Prozent auf 3,5 Mrd. DM und die Ausleihungen um 6,8 Prozent auf 3,2 Mrd. DM. Ende 1984 zählte die Kreissparkasse knapp 720 000 Konten, 2,2 Prozent mehr als 1983.

Nach den Worten Schröders mußte für „echte Abschreibungen aus Kundengeschäften“ nur ein einstelliger Millionen-Betrag aufgewandt werden. Gleichzeitig wurden die Sonderverwertungsleistungen um 8,5 Mrd. DM erhöht; an versteuerten stillen Reserven stehen 42 Mrd. DM zu Buche.

Der Zinsüberschuß stieg um 2 Prozent auf 136,5 Mrd. DM, während der Provisionsüberschuß mit 21,3 Mrd. DM und das Betriebsergebnis mit 65,3 Mrd. DM nahezu unverändert blieben. Die Abschreibungen auf Forderungen und Wertpapiere verringerten sich auf 13,5 (19,3) Mrd. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 14,6 (15,2) Mrd. DM erhält der Gewährträger, der Landkreis Hannover, 1 Mrd. DM; der Rest fließt den offenen Rücklagen zu.

STEAG / Die Investitionen sollen sich in diesem Jahr verdoppeln - Weiterer Ausbau des Fernwärmenetzes

Jahresüberschuß um rund ein Viertel gestiegen

HANS BAUMANN, Essen
Es ist ein hervorragender Abschluß, den die Steag AG, Essen, ihren Aktionären für das Geschäftsjahr 1984 vorlegen konnte. Die Mehrheit des Kapitals von 300 (150) Mrd. DM liegt bei der Ruhrkohle AG, eine Schachtel hält die Gesellschaft für Energiebeteiligung mbH, an der das RWE mit 45 Prozent, die Veba mit 26 und die Veba Kraftwerke Ruhr mit 29 Prozent beteiligt sind. Sie billigten den Abschluß mit wieder 14 Prozent Dividende, für die aus dem Jahresüberschuß der AG 28 (21) Mrd. DM entnommen wurden. Weitere 28 (22,5) Mrd. DM wurden in die freie Rücklage eingestellt, die jetzt 333 (294) Mrd. DM beträgt. Der Jahresüberschuß des Konzerns lag mit fast 58 Mrd. DM rund ein Viertel über dem Ergebnis des Vorjahres.

Alle Geschäftsbereiche des Konzerns haben nach Auskunft des Vorstandsvorsitzenden Hans Krämer mit

einem positiven Ergebnis abgeschlossen. Die Ertragskraft des Unternehmens hat sich noch einmal verbessert. Während die Gesellschaft früher steuerfreie Einkünfte aus dem Ausland und Investitionszulagen zur Rücklagenbildung verwenden konnte, mußten die neuen Rücklagen 1984 versteuert werden. Dadurch sank der Brutto-Cash-flow auf 217 (258) Mrd. DM.

Investiert wurden im Berichtsjahr 149 Mrd. DM, das sind 28 Mrd. DM mehr als im Vorjahr. Der Cash-flow überdeckt den Aufwand bei weitem. Die Zahl der Mitarbeiter betrug zum Bilanzstichtag 3919 (4029). Von der Unternehmensleistung von fast 3 Mrd. DM gingen allein 332 Mrd. an die Mitarbeiter. Rund 2,3 Mrd. Mark entfielen auf Lieferantenleistungen, davon allein 779 Mrd. DM an den Ruhrbergbau für 8,5 Mrd. Tonnen Steinkohle, woraus sich ein Preis je Tonne von 92 DM errechnet.

Der Umsatz der Steag stieg nur um 1 Prozent auf rund 2,8 Mrd. DM. Die Stromerzeugung aus Steinkohle brachte im Bereich der Kraftwirtschaft ein Plus um 4 Prozent auf gut 2,4 Mrd. Mark. Die eigene Kraftwerkskapazität beträgt Ende 1985 4107 (3682) MW. Die Kraftwerksleistung der Steag einschließlich Dampf, Druckluft und Wärme erhöhte sich um 3 Prozent auf 15,8 Mrd. kWh.

Die Steag arbeitet weiter am Ausbau ihres Fernwärmenetzes. Die Anschlußleistung erhöhte sich um 62 auf jetzt 1339 MW. Die Wärmeabgabe betrug 2,44 Mrd. kWh, 1 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Umsatz der Fernwärme erhöhte sich um 6 Prozent auf 151 Mrd. DM. Einen deutlichen Rückgang mußte Steag bei der Kernenergie hinnehmen; der Umsatz verminderte sich um 31 Prozent auf 98 Mrd. DM. Ursache waren die um 35 Prozent gestiegenen Uranpreise und die

geringere Nachfrage nach Kernbrennstoffen. Die Tochter Kessler + Log litt an der lauen Baukonjunktur und verlor mit 100 Mrd. DM rund 15 Prozent Umsatz. Der Auftragsbestand stieg jedoch um 15 Prozent auf 151 Mrd. DM.

Krämer teilt die Auffassung des Kartellamtes nicht, daß die Veba bei Übernahme weiterer Ruhrkohleanteile von der Steag nachteiligen Einfluß auf die Steag nehmen könnte. „Wir sind und bleiben ein Dienstleister in Sachen Energie und der Stromer für die Ruhrkohle“, sagte er.

Für 1985 erwartet er ein Umsatzvolumen in Höhe des Berichtsjahres. Die Investitionen werden mit rund 300 Mrd. DM jedoch etwa doppelt so hoch sein wie 1984. Hier spielen neben dem Bau neuer Kraftwerkskapazitäten die Aufwendungen für den Umweltschutz (Entschwefelung und Filterprojekte für die Erstickung) eine besondere Rolle.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Friedberg: Nachl. d. Karl Franz Bruck, Göppingen: Wehr-Fachwerkhaus GmbH, Donzdorf 2; Hannover: Peter Lauer, Friedberg: Mobil-Möbel GmbH & Co., Herbolzheim: u. Vertriebs-KG; Krefeld: Manfred Ramminger, Architekt; Nördlingen/Donaueschingen: Mebert GmbH & Co. Baunternehmung KG, Oettingen; Passau: HS Lackier GmbH, Salzweg; Ravensburg: Moritz Motzkus geb. Kirmer, Inh. v. Michas Ehmenshühler, Ravensburg; Renscheid: Halbach GmbH & Co. KG, Krefeld; Henke Transporte GmbH & Co. KG, Ennepetal; Henke Transport GmbH, Ennepetal; Stuttgart: Praktika Baunternehmung GmbH, Böblingen; GSB-Gesellschaft Schwäbischer Bauhandwerkbetriebe eG I. L.; Stuttgart-Bad Cannstatt: Komplet-Küchen

GmbH; Walter Kappesser, Inh. e. Baunternehmung; Tübingen: Stelmetsmeier, Wertheim/Main: Tübingen: Nachl. d. Albert Kehr; Varel: Günter Möhrke, Steuerberater; Weissenburg: Nachl. d. Hermann Pfeiffer, Markt Beilheim; Wassen: SANA Heilmittel GmbH biologisch-pharmazeutische Erzeugnisse, Seevetal 11.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Augsburg: Gisela Sella geb. Nagel.

Vergleich eröffnet: Westlar Zwist, Braumfeld: Nema Rückgewinnungsanlagen GmbH, Solms-Oberdorf.

Vergleich beantragt: Burgwedel: Betonsteinwerk Wedemark GmbH, Wedemark; Hannover: Windsurfing Studio Handlings mbH; Worms: Kondor Bauelemente Handelsge. mbH, Ailsheim.

NAMEN

Dr. Karl-Ludwig Bresser, Vorstandsmittglied der Dresdner Bank AG, ist zum Vorsitzenden der Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen gewählt worden.

Bernd M. Metz (43) ist als weiteres Mitglied in den Vorstand der Hammer Bank Spedaka eG, Hamm/Westfalen, berufen worden.

Wolfgang Reishoven (39), Vorstandsmittglied der Migros Bank AG, Düsseldorf, ist zum Vorsitzenden der Wirtschaftsjunioren in Nordrhein-Westfalen bestellt worden.

Helmut Huber (47) ist mit Wirkung vom 1. Juni 1985 zum Geschäftsführer der DeTeKom Gesellschaft mbH

für Bürokomunikation, Frankfurt, bestellt worden, einer neugegründeten Tochtergesellschaft der DeTeWe AG, Berlin.

Werner Kalanek, Mitglied der Geschäftsleitung der Franken WKV Bank GmbH, Nürnberg, vollendet heute das 65. Lebensjahr und tritt am 30. Juni 1985 nach 23jähriger Tätigkeit als Geschäftsführer in den Ruhestand.

Dr. Wolfram Geisel (40), Mitglied der Geschäftsleitung des Deutschen Taschenbuch Verlag, München, wird ab 1. Januar 1986 als Geschäftsführer in die Leitung des Bärenreiter-Verlages, Kassel, eintreten.

SCHWÄBISCHE ZELLSTOFF AG / Prognose unmöglich

Wieder in schwarzen Zahlen

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Die Schwäbische Zellstoff AG, Ehingen/Donau, will „alle Kräfte darauf konzentrieren“, nach drei dividendelosen Jahren für das Jahr 1985 die Dividendenzahlung wieder aufnehmen zu können. Eine Einschränkung der Ergebnisentwicklung des laufenden Jahres sei nach Angaben der Verwaltung mit großen Unwägbarkeiten behaftet. Einerseits sei die Beschäftigungslage bei wichtigen Abnehmergruppen wie der Papier- und Hygiene-Industrie noch gut. Andererseits bewirkten neue Produktionskapazitäten in verschiedenen Ländern bereits einen drastischen Preisverfall bei Papierzellstoffen.

Durch Wettbewerb und Überkapazitäten müsse also eher mit Erlöseinbußen gerechnet werden. Überdies habe sich auf der Kostenseite das Laubholz um etwa 8 Prozent und das Nadelholz sogar um 25 Prozent verteuert. Hinzu kämen höhere Energiekosten.

Im Geschäftsjahr 1984 hatte das Unternehmen bei insgesamt günstiger Marktlage in dieser Branche den Zellstoffverkauf um 30,8 Prozent auf 92 500 Tonnen gesteigert. Der Exportanteil vergrößerte sich dabei auf 50 (Vorjahr: 32,6) Prozent. Die Produktion stieg um 7 Prozent auf 90 000 Tonnen, es wurden also 12 500 Tonnen vom Lager verkauft. Die Umsatzerlöse erhöhten sich um 24 Prozent auf fast 132 Mrd. DM. Es ergab sich ein Jahresüberschuß von 2,48 Mrd. DM nach einem Verlust von 1,97 Mrd. DM im Vorjahr. Der nach dem Verlustausgleich verbleibende Bilanzgewinn von 0,54 Mrd. DM wäre eingetragen. Die Investitionen beliefen sich auf 7,5 (5,6) Mrd. DM bei 6,7 (8,9) Mrd. DM Abschreibungen. Abschreibung verdoppelt auf 11,4 (5,8) Mrd. DM. Der Cash-flow, am Grundkapital von 12,5 Mrd. DM sind die Coloma-Versicherung und die Victoria Feuerversicherung jeweils mit mehr als 25 Prozent beteiligt.

REIDEMEISTER / Überschüsse drücken die Preise

Erfolg mit edlen Weinen

W. WESSENDORF, Bremen
Reidemeister & Ulrichs, traditionell auf edle Weine aus Frankreich, Italien und Spanien spezialisiertes Importhaus in Bremen, meldet zwei-stellige Zuwachsraten für rote und weiße Bordeaux-Weine, Burgunder und italienische Weine. Dagegen mußten beim französischen Landwein, der im direkten Verdrängungswettbewerb stehe, Rückgänge hingenommen werden. „Und diese Tendenz hat sich 1985 fortgesetzt“, sagte der geschäftsführende Gesellschafter Michael Bömers.

Der Weinsatz erreichte im Geschäftsjahr 1984 insgesamt mit 42 Mrd. DM das gleiche Ergebnis wie im Vorjahr, mit weiterhin starker Gewichtung höherer Gewächse. Der Gesamtumsatz des Firmenverbandes einschließlich Rolandmarken-Import stieg um knapp 9 Prozent auf 88 Mrd. nach 81 Mrd. DM im vorausgegangenen Jahr.

Die Bilanzsumme von rund 30 Mrd. DM weist als wichtigsten Posten Vorräte in Höhe von 14 Mrd. DM und Forderungen von 12 Mrd. DM aus. Die

Eigenmittel erreichten rund 50 Prozent der Bilanzsumme, kurzfristige Bankkredite wurden am Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen.

„Die Preise haben uns sehr zu schatten gemacht“, erklärte der Generalbevollmächtigte von R. & U. Theodor Lessing. Die Lage auf dem deutschen Markt im Jahre 1984 sei durch Überdruck und Verdrängungswettbewerb gekennzeichnet. Selbst zu billigen Preisen hätten sich die Überschüsse um 10 Prozent im Vergleich mit den Supermarkten 1983 und 1984 nicht absetzen lassen. Der Pro-Kopf-Verbrauch, der mit 22,5 Liter pro Jahr angegeben wurde, stagniere.

Am Ende des Weinwirtschaftsjahres 1983/84 lagen die Bestände deutscher Weine um 142 Prozent höher als drei Jahre zuvor. In Frankreich stiegen sie in derselben Zeit um nur um knapp 7 Prozent. „Derartige Bestände verstopfen den Markt nicht nur für deutsche sondern für alle Weine“, meinte Bömers. Der schon im Vorjahr gedrückte Durchschnittspreis im Lebensmittelhandel sei noch einmal um 13 Prozent gesunken.

Auf der Exportdrehscheibe: Weichen für langfristig feste Finanzierungswege. Helaba Frankfurt.



Es ist gut, wenn die Bank des exportierenden Unternehmers dort domiziliert, wo sich die internationalen Finanzierungen konzentrieren haben.

Eine dieser exponierten Städte in Europa ist die Finanzplatz Frankfurt. Von ihm, seinen Banken, Organisationen und Hauptverwaltungen gehen entscheidende Impulse aus.

Im Zentrum dieses internationalen Wettbewerbs agiert für Sie die Helaba Frankfurt.

Sie kennt die Usancen der Exportländer. Sie hat direkten Zugang zu den Experten und Experten am Finanzplatz. Kommunikationsstränge verbinden sie mit den Wirtschaftszentren und den internationalen Finanzmärkten.



Im Zentrum des internationalen Wettbewerbs: Helaba Frankfurt.

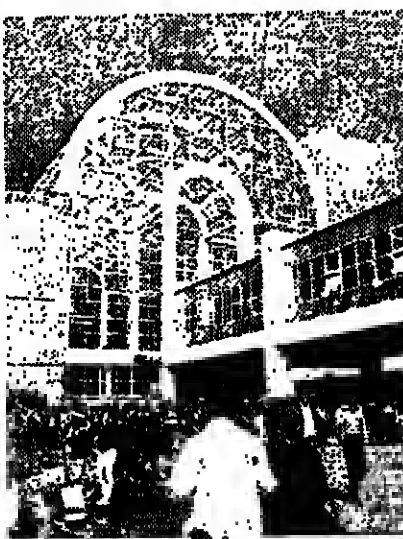
Bank und Standort verschaffen Ihnen auf den Exportmärkten Vorsprung und geben Sicherheit.

Dem Background entspricht die konkrete Leistung. Im Mittelpunkt steht die Finanzierung auf DM-Basis zu festen Zinssätzen: Das ist die Stärke der Helaba Frankfurt.

Natürlich ist der Exportservice der Helaba Frankfurt mehr als nur „Kredit“.

So wickelt die Bank für Sie Akkreditiv und Dokumentengeschäfte ab und diskontiert Ihre Auslandswechsel. Sie übernimmt Avals und Garantien, ebenso Ihren Zahlungsverkehr – auf der Basis moderner Banktechnologie, weltweit. Und sie sichert Ihr Auslandsengagement durch Termingeschäfte gegen Kursrisiken ab.

Helaba Frankfurt
Hessische Landesbank - Girozentrale



Der Standort verpflichtet zu Leistung.

Der Standort in der Frankfurter City, der öffentlich-rechtliche Status, eine Eigenkapitalausstattung von rd. 1,3 Mrd. DM sowie über 68 Mrd. DM Geschäftsvolumen, mehr als 50 Mrd. DM Kreditvolumen und über 27 Mrd. DM Gesamtumlauf eigener Wertpapiere kennzeichnen die Leistungsfähigkeit der Helaba Frankfurt.

Hessische Landesbank - Girozentrale - Jungb. 18-26 6000 Frankfurt 1

Niederlassungen in Darmstadt und Kassel

Auslandszustützpunkte in London, Luxemburg und New York

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

WMF kürzt Dividende

Stuttgart (ul) - Die Verwaltung der Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen/Steige, schlägt der HV am 26. Juli 1985 vor, für das Geschäftsjahr 1984 eine jeweils von 4 auf 4 DM gekürzte Dividende je 50-DM-Aktie für 40 Mrd. DM Stammaktien und 10 Mrd. DM Vorzugsaktien auszuscheiden. Die Rheinmetall AG, Düsseldorf, hält die Mehrheit der Stammaktien.

Fünf DM bei Agab

Frankfurt (VWD) - Unverändert 5 DM Dividende je 50-DM-Aktie schlägt die Verwaltung der Agab Aktiengesellschaft für Anlagen und Beteiligungen, Frankfurt, der HV am 19. Juli für das Geschäftsjahr 1984 vor. Der Bilanzgewinn wird mit rund 6,1 Mrd. DM angegeben. Der Restbetrag soll vorgetragen werden. Gewinnberechtig sind erstmals 90 (40) Mrd. DM Grundkapital.

US-Großauftrag

Friedrichshafen (dpa/VWD) - Die Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF), Friedrichshafen, hat von dem US-Automobilkonzern Ford einen Großauftrag zur Produktion von jährlich 100 000 Fünfgang-Getrieben für leichte Lkw erhalten. Wie ZF mitteil-

te, werde mit diesem über fünf Jahre laufenden Projekt die Entlassung von 300 Mitarbeitern verhindert. Mit einem Investitionsaufwand von mehr als 100 Mrd. DM soll bis Januar 1986 eine neue Fertigungshalle gebaut werden. Im Drei-Schicht-Betrieb wird ZF dann monatlich 8500 leichte Lkw-Getriebe für die Ford-Montage in USA und Kanada produzieren.

Ertrag gehalten

Frankenthal (VWD) - Die Frankenthaler Brauhaus AG, Frankenthal, erzielte 1984 wieder ein „betriedigendes“ Ergebnis. Trotz Absatzrückgang konnten, wie es im Geschäftsbericht heißt, durch Kosteneinsparungen die Ertragslage gehalten und wieder rund 0,72 Mrd. DM Gewinn an die Henninger-Brau AG, Frankfurt, abgeführt werden, mit der ein Unternehmensvertrag besteht.

EAM erhöht auf 14 Prozent

Kassel (VWD) - Eine von 13 auf 14 Prozent erhöhte Dividende auf 90 Mrd. DM Grundkapital wird der Hauptversammlung der Elektrizitäts AG Mittelsachsen (EAM), Kassel, am 27. Juni für das Geschäftsjahr 1984 vorgeschlagen. Den Bilanzgewinn gibt die Verwaltung in der Tagesordnung zur HV mit 12,6 (Vorjahr 11,7) Mrd. DM an.

VOGEL / Münchener Verkehrsverlag besteht 50 Jahre

Langsameres Wachstum

DANKWARD SEITZ, München
Mit neuen Strategien hofft der Münchener Verlag Heinrich Vogel GmbH, dessen Programm rund 2000 Produkte und sieben Fachzeitschriften aus allen Bereichen des Straßenverkehrs umfaßt, in den nächsten Jahren stetig wachsen und seine Marktführerschaft ausbauen zu können. Keineswegs wird dabei allerdings das Tempo einzuhalten sein, wie Geschäftsführer Bernhard von Minckwitz und Verlagsleiter Hans-Rainer Greger meinen, das der 1935 von Heinrich Vogel gegründete Verlag seit der Übernahme durch die Verlagsgruppe Bertelsmann im Jahr 1970 vorgelegt hat: eine Umsatzsteigerung von 8 Mill. auf knapp 40 Mill. DM 1984, was einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 33 Prozent jährlich gleichkommt.

Nominal wird der Umsatz 1985, so von Minckwitz, kaum mehr als um 2 Prozent zunehmen. Allmählich bekommen nämlich auch die rund 10 500 deutschen Fahrschulen den „Pillenknick“ zu spüren. Und die sind eine „wesentliche Säule“ des Verlags, der etwa 6000 Fahrschulen mit Prüfungsbüchern, Schaubildern, Videofilmen, Raumausstattungen bis hin zur Funkanlage für die Motorrad-Fahrschulung beliefert und zudem noch Führerscheinfomulare druckt.

Marktbedingt kann auch bei den Fachzeitschriften, Flaggschiff ist hier die „Verkehrswirtschaft“ mit einer Auflage von etwa 14 000 Exemplaren, nicht mit großem Wachstum gerechnet werden.

So beziehen sich denn die neuen Strategien, wie Greger andeutete, in erster Linie auf Organisationsmittel für Behörden, den gewerblichen Güter- und Personenverkehr sowie die Verkehrserziehung in Kindergärten und Schulen. Ausbauen möchte man auch das bisher „mehr spezialisierte“ triebne, aber „gute“ Fahrschul-Geschäft mit Ländern des Nahen und Mittleren Ostens und Afrika. Zusätzliche Chancen könnte auch ein neues, EG-einheitliches „Verkehrsrecht“ in den nächsten Jahren eröffnen.

Über die Ertragslage des 150-Mitarbeiter-Verlags, der 1985 etwa ein Viertel zum Umsatz von 250 Mrd. DM der Fachverlagsgruppe Bertelsmann beisteuern soll, schweigen von Minckwitz und Greger. Daß diese jedoch recht gut sein muß, kann daraus geschlossen werden, daß der einjährige Kaufpreis bereits nach etwa fünf Jahren verdient war und der Verlag auch heute noch immer die hohen Anforderungen der Bertelsmann-Gruppe bezüglich der Kapitalverzinsung erfüllt.

Handwritten signature or stamp at the bottom right of the page.

Öle, Fette, Tierprodukte

Öle, Fette, Tierprodukte

Öle, Fette, Tierprodukte

Öle, Fette, Tierprodukte

| | |
|--------|------------|
| 594,00 | März |
| 596,50 | Ma |
| 591,00 | Juli |

| | |
|--------------------|--------|
| John London (E/12) | 10. 8. |
| BWC | 905.00 |
| 1985 | 905.00 |

| | |
|---------|---------|
| Leg. 25 | 378-380 |
| Leg. 26 | 380-382 |

| | |
|---------------------|--------|
| Stüber (c/Felmenzo) | |
| Juni | 615,00 |
| Juli | 617,00 |

Wuppertal, im Juni 1985

**wenn Sie in Ihrer Anzeige
eine Telefon-Nummer
nennen.**

Anfragen von Maklern sind willkommen.

**„Spykerboer-Verzeichnis“
anfordern.
Tel. 0031 / 52 50-17 51**

Bevor es zu spät ist.
Geldanlage in Spanien
Verlag: Hans-J. Wollenberg,
Leonhardsberg 17, 8900 Augsburg

Individuelles Trainingssystem für Verkäufer

PRIVATE LEHRANSTALTEN
ECKERT

REGENSBURG/REGENSTAUF
 Hauptbahnhofstr. Postfach 26-40
 91021 Regensburg, Telefon 0941/2511

UNSER LEHRPROGRAMM

staatl. gepr. Techniker
 Maschinenbau

Vermessungstechnik

Bau Technik (Hoch-, Ing.-Bau)

allgemeine Elektrotechnik

E-Technik (Datenverarbeitung)

Industriemeister (IHK)
 Metall-Elektrotechnik

geprüfter Poiler (IHK)
 Metall-Elektrotechnik

gepr. Baumaschinen-
fahrer (IHK)

Schweißen (DVS)
 (Beginn monatlich)

Schweißtechn. (DVS)

REFA-Lehrgänge

ein- und dreijährige
Hochberufsausschulung
 als **Berufliche Ganggewerbe**

Küchenmeister (IHK)

Serviermeister (IHK)

Meister im
Ganggewerbe (IHK)

staatl. gepr. MTA
 (med.-tech. Assistentin)

staatl. gepr. PTA
 (pharmazeutisch-techn. Ass.)

staatl. gepr. Masseurm/
med. Bademeister

Arztshelfer/in

staatl. gepr.
Dilationsassistent(in)

staatl. gepr. Betriebswirt

Wirtschaftsassistenz

Eigene Wohnheim- mit Mensa, umfangreiche Freizeit- und Sporteinrichtungen.
 Verlangen Sie unbedingt den Prospektprospekt zu Ihren gewünschten Fachrichtungen.

Neue Alternativen für ein Lehramts-Studium

Ob mit den neuen, „alternativen“ Studiengängen auch eine Marktlücke bei den Abnehmern in der Wirtschaft geschlossen wurde, muß die Zukunft erst noch zeigen. Mehr als 20 Studenten haben jedenfalls inzwischen ihre Examina abgelegt, die meisten von ihnen haben auch einen Arbeitsplatz gefunden. Die Hochschulen stellen ihren Absolventen jedenfalls für die Bewerbungsunterlagen Begleitschreiben zur Verfügung, die eine Kurzdarstellung des Studienaufbaus und des Qualifikationsprofils liefern.

„insbesondere jene Probleme behan-

delt werden, die für die exportorientierte Investitionsgüter-Industrie von grundsätzlicher Bedeutung sind. Dazu gehören unter anderem Aufbau und Implementierung von Marketing-Strategien, Beschaffung und Auswertung von Marktinformationen sowie Methoden und Instrumente zur effizienten Verkaufsführung".

Neben Grundlagenreferaten und Firmenpräsentationen sollen Erfahrungsberichte und Gruppenarbeiten mit Praktikern das Schwergewicht bilden. Diskussionen sollen die Möglichkeit geben, Fragen über die Anwendbarkeit auf das eigene Unternehmen zu diskutieren.

Zehn-Wochen-Kurs soll innerhalb

dieser relativ kurzen Frist ein „umfassendes Management-Wissen“ vermitteln. Professoren, Dozenten und Wirtschaftspraktiker vermitteln nach Angaben der Akademie Harzburg eine „praxisorientierte Allround-Ausbildung, wie ein modernes Unternehmen in führungsmäßiger und organisatorischer Hinsicht geleitet werden muß“. Als Zielgruppe sind Ingenieure und Techniker angesprochen. Unternehmens-Erben, zur Zeit arbeitssuchende Führungskräfte, aber auch zeitverpflichtete Offiziere, für die das Kolleg von den Berufsdienstleistungen der Bundeswehr gefördert wird.

Ausbildung zur Hauswirtschaftslehre in unbefrist. Berufsauss. II
für Hauswirtschaft und Textilarbeit.

Wohnmöglichkeit in Wohnheimen. Mädchen und Jungen werden
aufgenommen.

Rufen Sie an unter (0 77 25) 70 74 und 70 75 - fordern Sie
Prospekte an. Postfach 140.

7744 Königfeld im Schwarzwald
Heilklimatischer und Kneippkurort 800 m. ü. M.

Schulung Dr. W. Blindow 3056 Stadthagen ☎ 0 57 21 / 30 61

- Technikerschule: Staatl. gepr. Techniker - Maschinenl./Elektrol./Bautechnik
- Hotelfachschule: Staatl. gepr. Betriebswirt. - Hotel- u. Gastgewerbe/Touristik
- Hotelberufsschule: Grundausbildung im Hotel- u. Gastgewerbe
- Fachschule Betriebswirtschaftl. Staatl. gepr. Betriebswirt. • EDV-Schule
- Abendreife Schule: Altonaerpfleger (a) • 35/100 Wirtschaftsassistent(in)
- Physikalischtechn. Assistent(in) - Elektrotechnik Assistent(in) - Olkassistent(in)

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein gemischtes Hüttenwerk im norddeutschen Raum und suchen für Planung, Bau und Bauaufsicht

Ingenieure

Wir erwarten Bewerber mit einem abgeschlossenen Hoch- oder Fachhochschulstudium der Fachrichtung Maschinenbau, möglichst Schwermaschinenbau, Stahlbau oder Hoch- und Tiefbau und entsprechender Berufserfahrung.

Wir bieten ein den Anforderungen gerechtes Gehalt mit den Sozialleistungen eines Großunternehmens. Bei der Wohnraumbeschaffung sind wir behilflich.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnis und Angabe des Gehaltswunsches und des frühesten Eintrittstermins erbitten wir unter M 2749 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind ein mittelständisches Bauunternehmen im Raum Hamburg. Auf Spezialgebieten tätig, bewegen wir ein Auftragsvolumen von 10-15 Mio.

Sie sind ein dynamischer Kaufmann, der Erfahrung aus der Baubranche mitbringt. Es fällt Ihnen leicht, Aufgaben im kaufmännisch-verwaltungsmäßigen Bereich zu erkennen und die Lösung aktiv anzugehen. Ihr Verhandlungsgeschick konnten Sie bisher schon unter Beweis stellen.

Dann sollten Sie mit uns sprechen. Sie könnten unser neuer

Kaufmännischer Leiter

sein. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bitte unter VM 851 an die von uns beauftragte

Dr. Weinszier KG Berliner Allee 23
* Werbeagentur * 4000 Düsseldorf 1

Bitte geben Sie ggf. an, an wen die Bewerbung nicht weitergeleitet werden soll.

Wir suchen Vertriebspartner (Einzel- und/oder Großhändler) für:

IBM-kompatiblen PC/XT

für Deutschland, Österreich und Schweiz. Hersteller ist Unterlieferant von ITT und verfügt über eigene Entwicklungsabteilung, um Produkt dem neuesten technischen Stand anzupassen. Endverbraucherpreise sind absolut konkurrenzfähig.

Ensch S. A. R. L., Postfach 21 32, L-1021 Luxemburg
Telefon 0 03 52 / 48 41 41 - Telex 3 466 ensch lu.

GESCHAFTSVERBINDUNGEN

Starke Unternehmergruppe

sucht im ganzen Bundesgebiet Übernahme von Fabriken bzw. Produkten in allen Branchen. Bei potentiellen sowie marktbestimmenden Produkten kommen auch sanierungsbedürftige Unternehmen in Frage.

Zuschr. erbeten unter R 2818 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EXISTENZGRÜNDUNG

Wir suchen: - für unsere weltweit geschätzten Produkte Systempartner in der BRD, Österreich und der Schweiz.
Sie suchen: - eine lukrative und risikofreie Existenzgründung.
Wir bieten: - alleiniges Vertriebsrecht an den Einzelhandel in Ihrem geschützten Gebiet.
- Ein überdurchschnittliches Einkommen.
- Eine faire Vertragsgrundlage.
- Einmalige Produkte.
Ihre Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte an:

foca Vertriebsgesellschaft mbH
Wandbeker Chaussee 29, 2000 Hamburg 78
Telefon 0 40 12 51 20 51/22-33

Junges Ehepaar in Texas/USA

Er: Amerikaner, im Verkauf tätig, techn. geschult.
Sie: Deutsche, Bankkaufmann.
mit eingerichtetem Büro in Austin/Texas, möchte gern für Firmen der Bundesrepublik Deutschland in USA tätig sein.
Kontaktperson: Ulrich de Haas, Wuppertal
Tel. 02 02 / 40 21 81, Telex 8 592 256 haas

Konkurs droht?

Solide Unternehmensberatung (Steuerberater, Anwälte, Vollkaufleute) beraten Sie; Erstellung von Abwicklungskonzepten sowie eigenhändige Konkursabwicklung. Rettung Ihres Privatvermögens sowie Diskretion haben erste Priorität. Erste Kontaktaufnahme unter V 2822 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mieten Sie in Hamburg für Kompakt-Kontakthilfe mit Full-Service
Wir bieten als Büroeinheit: Büroräume, Konferenzraum, Tee-Küche usw., Übernahme aller Schreib- und Büroarbeiten.
Das KKA-Fuß
Tel. 4 49 / 22 59 59

Alleinvertretung
eines exklusiven Produktes für Direkt-Verkauf.
Kontakte nur schriftlich: FUROMA pva
Hoohestr. 3
D-3300 MÜNSTER
Belgien

Comecon / Jugoslawien

Deutscher mit Schweizer Niederlassung sucht Partner mit Ostblockgeschäft zwecks gemeinsamen Ausbaus ab Standort Schweiz. 17 J. Erfahrung, beste Beziehungen, Referenzen und Erfolgserfolge vorhanden. Verfüge außerdem noch über 10 J. Bankpraxis, Diplome aus Außenhandels- und US-Management-Studium sowie Erfahrungen durch 5 1/2 J. Südasiensaufenthalt.
Zuschriften erb. unter P 2817 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebspartner gesucht für

Mobile Telefonanlagen

Für Auto und Altkontrollen 20-60 km Reichweite ab DM 4.000,- VK. Zuschriften unter S 2819 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Italien

Deutsche, seit 30 Jahren in Como lebend, Dipl.-Kfm., Erfahrung im Textilebereich, vertritt Ihre Interessen: Beratung, Kundenbegleitung, Einkauf, Lieferkontrolle. Zuschriften unter S 2819 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Nachfolger gesucht

Mögen Sie Partien und repräsentative Häuser? Wir haben genug Geld verdient und möchten aussteigen. Bedingung: gute Bonität und angemessenes Eigenkapital. Telex 4 185 277
Telefon 0 69 / 39 06 55-7

Geschäftsbeziehungen

Übernahme Auslieferung, Vertrieb, Produktion und Lagerhaltung von Handgelenkgeräten. Lagerhalle mit Büro 450 m² + Freizeitanlage, Fahrzeugpark vorhanden (Eigentum), Lagerhalle trocken, Tageslicht, Baujahr 1984. Tel. 02 02 / 40 21 81, Telex 8 592 256 haas

Microservice/Beschäftigungsstelle

Dortmunder Bürohotel
Info: Tel. 02 31 / 52 71 76

FORDERUNGSANKAUF

(Mindest- mindestens 50 Stück) Inkassobriefe Dr. Stapp, 3300 Bonn Adenapark 44, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Bilanzübersetzungen per Telex - Tel.

Sie senden in Deutsch, wir antworten z. B. in Englisch. Exzellenz - schnell - zuverlässig. Per Telex DM 4,50 + Telex-Kosten. GESA-Consulting GmbH, Netzeperg 8, 54523 Weidenburg, Telex 8 77 111, Tel. 0 26 37 / 40 94

Mail Order Services

• YOUR MAILING ADDRESS
• MAIL-FORWARDING SERVICE
• PACKAGING AND FULFILLMENT SERVICE IN EUROPE

IVM AG
Weinbergstr. 72, 8042 Zürich
Tel. (01) 3 53 98 44
Telefax (01) 3 53 98 18

INTERNATIONALE AUSSCHREIBUNG BETREFFS DER LIEFERUNG VON ANLAGEN ZUR VERARBEITUNG VON PHOSPHAT-SCHLAMM

Die „Industries Chimiques du Senegal“ (ICS) stellen auf Finanzierung der Weltbank ein Werk zur Valorisierung von feinem Phosphat-Rückständen in Senegal dar. Diese Anlage betrifft Lieferung, Aufbau und Test nach dem Motto „schlüsselübergabe“ der zwei folgenden Anlageposten:

- Anlage-Posten 1: Ein Verdicker Durchmesser 120 m
- Anlage-Posten 2: Anlagen zur Wasserklärung und Verdickung der Schlämme

Firmen, die an der Lieferung des einen oder beider ausgeschriebenen Posten interessiert sind, können das entsprechende Ausschreibungsformular gegen einen Beitrag von 500,- FF pro Formular ab 17. Juni an einer der unten angegebenen Adressen beantragen.

Die Angebote müssen den in den Ausschreibungsformularen angegebenen Bedingungen und Fristen entsprechen.

Industries Chimiques du Senegal
Residence Seydou Nourou Tall
66, Boulevard de la République - BP 3835
Dakar - Senegal, Telex 3 346 ics dr sg

Industries Chimiques du Senegal
82, Rue Jeanne d'Arc
75648 Paris Cedex 13 - Frankreich, Telex 2 00 191 pemc

Konkurrenzlos

ist der Artikel, den wir Ihnen im Exklusivvertrieb für die PLZ-Gebiete 3, 4 und 5 offerieren. Wenn Sie im Gastronomiebereich als Vertriebsorganisation bestens eingeführt sind, erwarten wir gern Ihre schriftlichen Anfragen.

TOPICAL GmbH & Co. KG
Rothenbaumchaussee 60, 2000 Hamburg 13

Vertriebsorganisation (Direktvertrieb, Partyvertrieb etc.) für Wohnungs-Alarmanlagen gesucht.

Zuschriften unter S 2885 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir verkaufen laufend

Reichhalter
0,00-0,75, Höhe ca. 1,33 m.
Unipack GmbH, 46 Dortmund
Tel. 02 31 / 71 51 96

Firmensitz

Burg am Rhein!
Gleichgültig: Branche und wo Ihr Büro bzw. Geschäft.
Info. unter M 2815 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Fach-Ingenieur

im Maschinenbau-
Bereich u. kaufmännischen Kenntnissen, 29 J. alt, fließend Deutsch, Französisch und Englisch, sucht Firmen, die an einer

Werkniederlassung

in Ostfrankreich (Straßburger Umgebung) interessiert sind.
Zuschr. erb. unt. L 2814 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Liechtensteinische

Stiftung
aus familiären Gründen dringend zu veräußern. Bestehende Bankkonten in der Schweiz und in Liechtenstein.
Schreiben an Chiffre G 18-115 245, PUBLICITAS, CH-1211 Genève 3.

Vertriebspartner

gesucht
für EFW Raum Bodensee u. Allgäu, konventionell u. als Steuermodell. Außer Vertriebsgesellschaften sprechen wir auch Anlagengeber, Lebensversicherungs-, Finanzmakler- u. Bankfirmen.
Zuschr. unter N 2818 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Palettenreparaturdienst

Bundesweit nach DIN-Norm mit Originalersatzteilen
Ankauf - Verkauf - Tausch
HOPA
Alter Gerauer Weg 30
D-8084 Biechhofen/Münster
Ruf. 0 61 44 - 88 55

Achtung,

Eheanbahnungsinstitute
Erf. Freiburger bietet sich an als Repräsentant für den Großraum zw. Düsseldorf u. Frankfurt. Gut eingeführte u. seriöse Institute, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind, mögen mit bitte schreiben unter N 2772 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

-Thailand-

Teilhaber für Co. Ltd. gesucht, mind. DM 50 000,-, im- u. Export, Touristik, Consulting, Gefördert v. Thailand, Reg. u. Steuer.
Zuschr. erb. u. T 2820 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Misrali Handelsgesellschaft

(20 freie Tankstellen im westl. Raum, Umsatz p. a. DM 50 Mio., sucht starken Partner, möglichst aus der Misrali-Branche. Angebote unter U 2821 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

VERKAUFSPROFI

Betriebswirt, Kaufmann, 38 J., langj. Verkaufserf. Immobilien u. Investitionsgüter, z. Z. Repräsentant eines Top-Konzerns für Norddeutschland, sucht 2 Teilhaber- oder neue Aufgabe. „Lizenzverkauf-Angebote“ nicht erwünscht.
Ang. erb. u. T 2754 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Spanische Firma mit deutschem Management sucht für den Raum

Werkvermittlung bzw. Vertrieb
(im- und Export), Gebots- u. Angebotsverfahren mit Lagerhaltung vorhanden. Offerten erbeten unter S 2753 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Fleischfabrik gesucht,

ausbaufähig bis 200 Mio., Raum Niedersachsen/Norddeutschland (auch aus Konkurrenz- oder Sanierung).
Tel. 0 40 / 7 90 78 25

Wir suchen einen

Importeur oder Großhändler
- Referenzen erbeten - für royal schwedische Drogerieprodukte. Midnight Sun, Box 10 001
S-200 45 Malmö 10
Telex 33 784 mist

Firmensitz in Bonn

günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis im Büro-Geschäft.
Postfach 10 07 70, 53 Bonn 1
Tel. 02 28 / 25 89 61

STELLENGESUCHE



CAD-Anwendung im Bauwesen

Diplom-Bauingenieure FH/TH

schließen Mitte Juni 1985 einen 6monatigen Intensivkurs „Grundlagen der elektronischen Datenverarbeitung“ mit dem Schwerpunkt Praxisorientierte CAD-Anwendung ab. Die Teilnehmer wurden intensiv im Umgang mit 2 D/3 D-Systemen geschult.

Die erworbenen Programmierfertigkeiten befähigen sie, Anpassung der Standard-Software auf firmenspezifische Anwendungsprobleme durchzuführen.

Sollten Sie Interesse an den Teilnehmern als zukünftige Mitarbeiter haben, fordern Sie Bewerbungsunterlagen beim FVD Bochum an oder setzen Sie sich telefonisch mit uns in Verbindung.

Auskünfte erteilt: Herr Golak
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66
4630 Bochum 1, ☎ 0234/305-655, FS 825309

Dipl.-Ing./Vertriebsleiter

für Invest-Güter und techn. Seriengeräte (Masch.-Bau, Elektronik), 51, im In- und Auslandsgeschäft versierter Marketing- und Vertriebsprofi, erfolgreich im Entwickeln und Durchsetzen von Marketing-Konzeptionen, Aufspüren profitabler Marktchancen und kostenoptimaler Führung von Absatzorganisationen, perfekt Englisch, gut Französisch, initiativ und belastbar, nicht ortsgelassen, sucht entsprechende Führungsposition mit größerer Verantwortungsweite und selbstständiger Arbeitweise.
Zuschriften erbeten unter H 2812 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

PRODUKTMANAGER

vertriebsorientiert - kreativ - einstellungsbewusst
Sport, Freizeit, Wäsche/Handeln
Marktkontrollen, Einzelhandelsforschung, Verkaufsbereich: Kontakte zu allen Konz.-Verb.-Gr. u. ZB-Verb.-Bereichen. Produktionsbereich: In- u. Ausland Konzept und Kollektionsgestaltung - Planung, Koordination und Durchsetzungsvermögen. Alter: 47 J., kurzfristig einstellbar. Kontaktwunsch: erb. unt. E 2809 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. erdverlegter Rohrleitungsbau

45 Jahre, 20 Jahre Erfahrung im erdverlegten Rohrleitungsbau und Tiefbau, bis PN 100 und DN 1000 alle Materialien, Inhaber DVSW-Bescheinigung, kommunal und Fernleitungsbau, erfahren in Akquisition, Angebotsbearbeitung und Vertrieb, z. Z. als Oberbauleiter tätig, sucht neue Aufgaben.
Angebote erb. u. K 2747 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Kaufmann

Anf. 40, langjährige erfolgreiche Tätigkeit als Verkäufer/Leiter u. Finanzierungsstellen im In- und Ausland, 4 Sprachen, in ungekündigter Stellung, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe mit hohem Anforderungsprofil.
Zuschriften unter M 2771 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufm. Führungskraft

Suche kurzfr. neue Aufgabe in verantwortlicher Position, 31 J., verh. 2 Kinder, gel. Bankkaufm., wohnh. z. Z. USA
Qualifikation: • gute Kenntnisse der Unternehmensführung im mittleren Handelsunternehmen
• Finanz- und Kontrollwesen
• allgemeine Verwaltung, Organisationsarbeit
• weltweite Verkaufserfahrung, Export
• fließend Englisch, langj. USA-Erfahrung
Zuschriften erbeten unter R 2753 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, oder telefonische Kontaktaufnahme unter USA 001 - 919 - 370 8139

Suche freiberufliche

Berater/Projektmanager
bei Problemen in Absatz, Planung u. Organisation. Biete alternative Lösungsmöglichkeiten, hohes Qualitätsniveau und eigene Verantwortung im Raum E.H.
Nur seriöse Zuschriften unter T 2864 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Reise-/

Privatsekretär
36 J., Kaufmann, engl. 12 Jahre internationale Erfahrung, Sicherheitsfahrtafahrgänge, möchte sich verändern.
Angebote unter N 2882 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Welcher Schuhhändler

sucht einstellende, dynamische Führungskraft, langjährige Erfahrung in Filialunternehmen. Zuschriften unter S 2775 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufm. Führungskraft

Dipl.-Betriebswirt, 45 Jahre, voll belastbar, glücklich verheiratet, gestandener, vielseitig mit gutem theoret. Hintergrund, orientiert an Kunden.
Auslandsaufbau, Ausbildungsberechtigung in Industrie u. Bürokaufmann, seit Jahren Leiter Verw. Lebensmittellieferanten, ausl. Kenntnisse auch auf den Gebieten Einkauf, Personalwesen, EDV, sucht zum 1. 10. (Anfang) neue Aufgabe. Angebote unter C 2807 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dynamischer, 45-jähriger

Kaufmann
sucht Aufgabe im Investitionsbereich, Raum 2 und 3, Ausland.
Zuschriften erbeten unter 2813 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Italien

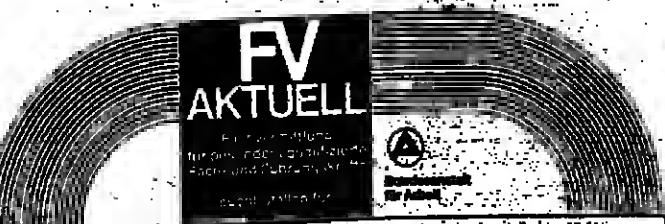
27-jähr. Groß- u. Einzelhändler, 24 J. Italien-Erfahrung, z. Z. in Deutschland tätig, sucht neuen Wirkungskreis in Norditalien.
Ang. erb. u. V 2808 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Volljurist

35 J., mehr. Berufsweg, bei Bundesanwaltschaft, Kriminaljustiz, u. als R.A. in einem Arbeits-Gesellschaft (GmbH) tätig. Gute Englischkenntnisse, sucht neue Position bei Verbund-Unternehmen oder R.A. im Raum D, KR, MG, DU, E, K.
Angebote erb. unter H 2746 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Handelslehrer/Rechtsanwalt

42 J., langj. Berufserfahrung als Versicherungsmitgl. u. als R.A. in einem Handelsgesellschaft, sucht neue verantwortungsvolle Tätigkeit im Raum Norddeutschland. Angebote erb. u. T 2744 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen



Rechtsanwalt

30. verh., Studium an der Univ. Bielefeld, Wahlstation-Auslandshandelskammer Chicago; 15-jährige Berufserfahrung in Rechtsabteilung eines Bauplanungsbüros, freier Mitarbeiter in einer überwiegend wirtschaftsrechtlich ausgerichteten Anwaltskanzlei; sucht Stelle in Wirtschaftsunternehmen, Banken, Versicherung oder Verbänden.
Ankünfte erteilt: Herr Wiesel
Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19
4800 Bielefeld 1, ☎ 05 21/587-361 oder -342, FS 932344

Betriebsleiter - Rationalisierung

Ingenieur, 52, mit langjährigen Erfahrungen in Fertigung, AV, Materialwesen, Auswärtsvergaben, Wertanalyse, Sicherheitsmanagement, ASIG, EDV-Einsatz, Arbeitsplatzgestaltung, Ausbildung: Werkzeugmacher, Techniker, REFA-Grund- und Fachscheine, Sicherheitsrat, Brand- und Katastrophenschutz, Tätigkeitsbereiche: Techn. Planung, Verhandlungsführung, Fertigung, Heizung, Wertanalyse, Zeitwirtschaft, Ergonomie, Sicherheitsführung, Betriebsleitung; sucht neue Aufgabe als Sicherheitsingenieur bzw. Betriebsleiter.
Ankünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Brühlstraße 3
3000 Hannover 1, ☎ 05 11/107-19 12, FS 921428

Volljuristin

29. 2. Ex. bef. (8 P.), 1/2 J. Anwaltsprüfung mit Schwerpunkt Zivilrecht, engl. und franz. Sprachkenntnisse; sucht Stellung bei Verband, Versicherung, Behörde oder Unternehmen.
Ankünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Mühlstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 04 31/5116-35, FS 292673

Jurist

30. verh., 1. Staatsex. bef., 2. Staatsex. ausl. (ohne Vornoten), nur gute und vollbefriedigende Stationszeugnisse, Auslandsstudium bei HHK Sydney, sichere engl. und ausbaufähige franz. Sprachkenntnisse; sucht Tätigkeit bei Verwaltung, Unternehmen, Versicherung o. ä.
Ankünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Mühlstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 04 31/5116-35, FS 292673

Assessor jur.

30. verh., Univ. Kiel (Kirchenrechtseminar), 1. und 2. Staatsex. (S.-H.); ausreichend ohne Anrechnung der Vorlesungen - 9,36 P. Stationsnoten: bef. - gut; Station beim S.-H. Fin.G. Wunsch: Tätigkeit in der Verwaltung, bei Verband, (Vers.) Unternehmen oder Anwalt.
Ankünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Mühlstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 04 31/5116-35, FS 292673

Controller

31. Diplom-Betriebswirt, mehrjährige betriebswirtschaftliche Erfahrung in Industrie und Handel; sucht neue Tätigkeit.
Ankünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Mühlstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 04 31/5116-35, FS 292673

Diplom-Kaufmann

42. Gesch. sucht neuen Aufgabenkreis in Marketing, Touristik, Betriebsleiter und Verbandsarbeit, langjährige Erfahrung, Fremdsprachen: Englisch und Französisch.
Ankünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Mühlstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 04 31/5116-35, FS 292673

Dipl.-Betriebswirt (Prokurist)

mit langjähriger Erfahrung auf den Gebieten Personal, Organisation u. Datenverarbeitung sucht verantwortungsvolle Aufgabenstellung.
Ang. erb. u. E 2743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

ELEKTROMEISTER

30 Jahre, mehrjährige Auslandserfahrung im Anlagenbau Bereich Wasseraufbereitung, Umkreiswasser o. ä. in ungekündigter Stellung sucht neuen Wirkungsbereich im Ausland.
Angebote erbeten unter N 2750 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Techn. Organisation, Konstruktion, Entwicklung

Maschinen- u. Anlagenbau, Förder- bzw. Feuerungsmechanik, Dipl.-Ing. (TU) Maschinenbau/Verfahrenstechnik (49), 33 Jahre in techn. Leitungsfunktion (Konstruktion, Entwicklung), sucht neue Aufgabe in Norddeutschland. Ein hochqualifizierter technischer Aufwärtler mit dem Vorwissen der Zeichnung, Schweiß- und Arbeitsverfahren, Standardisierung, Normung, Normierung, Konstruktion, Konstruktion, EDV- und CAD-Einführung, in-Baujahr 100 TDM, Angebote erbeten unter D 2808 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufm. Führungskraft

48 J., erfolgreicher Werdegang, langjährige Führungspraxis im Finanz- u. Rechnungswesen/Controlling, Personalwesen, Organisation/EDV, z. Z. kfm. Leiter/Mitglied der O. eines mittelständ. Unternehmens in ungekündigter Position, sucht neue Aufgabe.
Zuschr. unter V 2863 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Staatl. geprüfte Hauswirtschaftsleiterin

Exportgut Mordsmilieu

«Seit langem sind wir gewohnt: Von den Mord- und Schurkenstücken heimischer Fernsehproduktionen nach wie vor achtzig Prozent in Kreisen der fernsehtauglichen Räumlichkeiten, exklusiv mobilisiert und kunstvoll ausgestattet, werden da von einem verschrobenen raffinierten Menschenschlag bewohnt; gewisse Feinheiten aus der Typensprache derer, die sich für teure Luxus-Limousinen oder rasenden Sport-Cabrios an die Orte ihrer bösen Taten.

Obwohl Kapitalverbrechen von der Kriminalstatistik fast ausschließlich als gesellschaftliche Verbrechen werden, obwohl auch dem naivsten Zeitgenossen plausibel sein dürfte, daß die Ausprägung persönlicher Differenzen in den Kreisen betrübter Mitbürger ja keineswegs nach Pistole oder Giftbecher schreit und es zwischen Mangelbüro und Goldklub andere, eleganter Möglichkeiten gibt, Rivalen zu neutralisieren, wenn's denn sein muß - die allerschwersten Verbrechen lasten Fiction-Spezialisten des Massenmediums hartnäckig und wider besseres Wissen den Reichen an.

Vielleicht gar nicht einmal vorzüglich in klassenkämpferischer Absicht, sondern nur aus Bequemlichkeit: Immer wurde es so gemacht. Schließlich bietet dieses Mordsmilieu schon vom Dekor her attraktive Aspekte als der Kamera-Schwenk in die Wohnküche einer zänkischen Hausmutterfamilie. Das Publikum verlangt seine „Oberwelt“, seine schillernden, schönen Märchen in üppiger Ausstattung, wenigstens seit Shakespeares Zeiten, und wo der Hächler Jago, der düstere Macbeth vollends Moos angehängt haben, tut's ein machtgeltiger, mörderischer Chemieobf unserer Tage auch und noch besser.

Nur sind Fernsehserien keine nationalen Internas mehr. Deutsche Serien etwa, Folge für Folge, werden in hundert bis hundertzwanzig Länder der Erde verkauft. Weltweit stärker, als es der Massenimporteur je könnte, prägen die Abenteuer der Herren Derrick, Köster und Takt-Kommissare das Bild von Deutschland als eines freudvollen, schicken, ja rundum überaus luxuriös ausgestatteten Paradieses in den Hirnen stauender Afrikaner, Indios und kriegler Asiaten. Nicht auch längst im Bewußtsein jener zahllosen Glückskinder, die sich an den hiesigen Schlamm für Asylbewerber eingefunden haben?

Das jiddische Kino - Hamburg erinnert an ein unbekanntes Film-Genre

Arme Tochter, reicher Mann

Jiddisch ist modisch geworden. J Kamm ein Folklore-Festival, auf dem nicht „Es brennt, Brieder, es brennt“ oder ein anderes Lied von Mordechai Gebirtig erklingt. Isaac Bashevis Singer hat - besonders nach dem Literaturnobelpreis - seinen treuen Lesern. Allerdings wird er gewöhnlich für die deutschen Ausgaben nicht aus dem jiddischen Original, sondern aus der amerikanischen Übersetzung übertragen. Denn Jiddisch, die Sprache der Juden Osteuropas, ist nur modisch, ist ein Stück Nostalgie, politisch dekoriert.

Tewje, den Milchmann kennt man nicht in der erzählten Fassung von Scholem Aleichem, man begnügt sich mit der verschulzten Musical- oder Film-Version. Diesen Tewje gab es schon einmal sehr viel authentischer im Kino. 1939 verfilmte Maurice Schwartz eine der Episoden um die Tochter des Milchmannes, den er auch selbst spielte. Es ist die Geschichte von Chana, die einen ukrainischen Intellektuellen heiratet und deshalb zum russisch-orthodoxen Glauben konvertiert.

Der Film, in Amerika gedreht, kam nie nach Deutschland, und auch in seinem Ursprungsland hatte er kein großes Publikum, denn es war ein jiddischer Film. Er gehörte zu jenen etwa 100 Filmen in Jiddisch, die zwischen 1910 und 1941 entstanden. Rund ein halbes Hundert davon ist erhalten geblieben, und eine Handvoll ist von heute an im Hamburger Metropolis-Kino im Begleitprogramm zu der Ausstellung „Geschichte einer verlorenen Welt“ zu sehen.

Die Geschichte des jiddischen Films ist weitgehend unbekannt. 1880 organisierte das Kommunale Kino in Frankfurt am Main eine Veranstaltung über „Das jiddische Kino“ (dazu erschien ein bislang einziger Text in Deutsch unter demselben Titel, eine Broschüre des Deutschen Filmmuseums in Frankfurt). Der erste Versuch einer umfassenden Beschreibung liegt nun mit dem Band „Laughter through Tears“ von Judith N. Goldberg vor (Associated University Press, London und Toronto, 170 S. mit Abb., 14,95 Pfund).

Bereits in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg entwickelte sich in Rußland, Polen und Amerika eine beachtliche Produktion. „La chaim“ („Zum Leben“, der Wunsch, mit dem man sich zurückzieht) war der allererste jiddische Film. Er wurde 1910 von Pathé in Rußland gedreht und erzählte die Geschichte von der Tochter des Rabbis, die einen reichen Mann heiraten muß, aber einen armen liebt, dem zuliebe sie dann Heirat und Familie verläßt. Es ist das Muster, nach dem

viele dieser Rührstücke mit Happy-End gestrickt wurden.

Nach dem Weltkrieg, als die Filme schon abendfüllende Längen erreichten, konnte man sich an kleinen Romanen und Theaterstücken versuchen. Dazu traten aktuelle Stoffe. In Rußland wurde der berühmte „Fall Beilis“, der Prozeß um einen angeblichen Ritualmord, bereits 1917 verfilmt. Nach dem Sieg der Sowjets kamen dann auch Agitationsfilme dazu. Aber das meiste waren Umsetzungen von Bühnenproduktionen der Habimah und des Jiddischen Kammertheaters. Alexander Granowskij drehte 1925/26 seinen ersten Film, auch der berühmteste jiddische Schauspieler Rußlands, Shlomo Michaels, debütierte damals. Und in Polen stützte man sich vor allem auf die Troupe von Esther Rachel Kaminska und ihr Repertoire. In Amerika entstanden in dieser Zeit keine jiddischen Filme.

Das änderte sich erst mit Beginn des Tonfilms. Während in Rußland die hebräische Kultur verboten wurde (die Habimah verließ deshalb 1926 das Land) und sich das Jiddische auf eine Nationalitätensprache ohne Beziehung zur jüdischen Religion beschränken sollte, entstand in New York eine stetige Produktion jiddischer Tonfilme. Joseph Seiden gab dabei den Ton an. Aber in der Praxis war auch er nur, was man einen „Rucksackproduzenten“ nennt, der ohne ständigen Apparat und mit einfachen Mitteln seine Filme herstellt und vertreibt. Der Interessentenkreis war einfach zu klein. Bereits in den dreißiger Jahren profitierten die Polen von dem Währungsgefälle. Ein Film, der in New York etwa 200 000 Dollar gekostet hätte, war in Warschau für ein Viertel bis ein Fünftel dieses Betrags zu realisieren.

In Deutschland entstanden keine jiddischen Filme. Das mag erstaunen, denn schließlich hatte Paul Wegener mit seiner Filmversion des „Golem“, der alten jüdischen Legende aus Prag, großen Erfolg, außerdem waren viele Männer des Films - von Lubitsch bis zu Erik Charell - Juden. Aber die jiddische Kultur stand nicht in sonderlich hohem Ansehen, wie überhaupt die zur Assimilation neigenden deutschen Juden im Ostjudentum und seiner Jiddischkeit eher ein Hindernis für die eigene Entwicklung sahen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Zeit des jiddischen Kinos endgültig vorbei. Die ostjüdischen Zentren in Polen und der westlichen Sowjetunion waren durch die Nationalsozialisten zerstört, die Juden ausgerottet worden. Und der neue Antisemitismus unter Stalin in der Sowjetunion

und den osteuropäischen Ländern unterdrückte auch die spärlichen Überlebensreste. In Amerika aber verstand sich die zweite Generation der Einwanderer vor allem als amerikanisch. Sie sprach vorwiegend Englisch und hatte kaum mehr als eine sentimentale Beziehung zur Welt der Vorfahren.

In Israel selbst bestand fast eine Feindschaft gegen das Jiddische. Bereits 1930, als der amerikanische Film „Meine jiddische Momme“ in Tel Aviv vorgeführt wurde, kam es zu so heftigen Protesten, daß alle weiteren Vorführungen abgesagt wurden. Die jüdischen Siedler, obwohl sie vielfach dem ostjüdischen Raum entstammten, wollten eine hebräische, keine jiddisch-jüdische Kultur in Erez Israel. Dabei blieb es auch nach der Staatsgründung.

Nun war es nicht so, daß mit dem jiddischen Film eine verkannte Form der Filmkunst unterging. Judith Goldberg beschreibt sehr viele Filme (und faßt sie am Ende ihres Buches noch einmal in einer Filmographie zusammen). Dabei wird deutlich, daß es sich vor allem um eine Gebrauchsware, allenfalls um ein Spezifikum jiddischer Folklore handelt. In der Mehrzahl waren es gefühlvolle Geschichten, unter den armen Juden der Alten oder Neuen Welt angesiedelt, mit viel Herzleid und einem Happy-End.

Ort wurden auch Teile alter Filme nur gemischt oder mit anderen Materialien zu einem neuen Film kombiniert. Man vertonte später Stummfilme, um sie erneut spielen zu können.

Und Judith Goldberg berichtet sogar von dem Kuriosum, daß der amerikanische Produzent Henry Lyon 1935 die Rechte an dem tendenziell antisemitischen britischen Film „Der ewige Jude“ erwarb, ihn von 111 auf 65 Minuten kürzte und zu einem Hohenfeld auf die Überlebenskraft der Juden, „Einem ewigen Volk“, umarbeitete. Die Arbeit von Judith Goldberg basiert vor allem auf den Beständen der Rubenstein und Everett Sammlung des National Centre for Jewish Film in Verbindung mit der Brandeis Universität in Waltham, Massachusetts. Die meisten Filme nur in alten Nitro-Kopien erhalten sind, die im Laufe der Zeit zerfallen und außerdem leicht brennbar sind, wären eine Restaurierung und das Umkopieren auf Sicherheitsfilm notwendig. Doch bei Kosten zwischen 10 000 und 20 000 Dollar pro Film war das bisher erst für zehn Filme möglich. Also ruhen die Bestände im Verborgenen. Daran ändert auch die modische Zuwendung zum Jiddischen nichts.

PETER DITTMAR



Von nur wenigen Freunden wußten: Radiertes Porträt des Malers Monet von Edgar Degas

FOTO: ROSENWALD COLLECTION

London: Der Maler Edgar Degas als Graphiker

Wie durchs Schlüsselloch

Wenn ich noch einmal leben könnte, so soll der alte Edgar Degas gesagt haben, „würde ich nur in Schwarzweiß arbeiten.“ Daß es ihm damit tatsächlich ernst war, zeigt jetzt eine große Ausstellung seiner Graphiken in der Londoner Hayward Gallery. Diese Passion entdeckte man erst nach dem Tode des Künstlers (1834-1917), der ohnehin auch noch Skulpturen gemacht, fotografiert und gedichtet hat. 370 Blätter wurden in seinem Studio auf dem Montmartre gefunden, 200 davon sind in der Ausstellung versammelt.

Auf oft nicht einmal handflächengroße Platten radierte und lithographierte er als private Übung - nur wenige Freunde wußten davon - seine Lieblingsthemen: Portraits und menschliche Figuren. Während seine Impressionistenfreunde die Landschaft als Hauptmotiv erkoren, fand Degas wie in seinen Bildern und Pastellen auch hier sein Universum in der Biegung eines Körpers, in dem Fall des Haars, im künstlichen Bühnenlicht. Wie unermüdlich er mit Mischtechniken experimentierte, wie er feilte, immer differenziertere Zwischentöne, immer plastischer Texturen herauszuarbeiten, eröffnet sich Schritt für Schritt, Blatt um Blatt, weil hier die diversen Druckzustände, zuweilen zwanzig an der Zahl, zu sehen sind. Keine Kunst ist weniger spontan als die meine, beschreibt er selbst seine Suche.

Den Auftakt geben Portraits von Freunden und Kopien nach alten Meistern. Dabei kombiniert Degas offensichtlich seine Bewunderung für Rembrandts Hell-Dunkel mit seiner Kenntnis der kühnen Ausschnitte japanischer Graphik. Großartiges Ergebnis.

HEDDI BÜCKLIN

Berlin zeigt Georg Schrimpf und Maria Uhden

Kindhafte Erwachsene

Diese Retrospektive im Berliner Haus am Waldsee soll wohl so etwas wie eine Neuentdeckung sein. Georg Schrimpf ist in den großen Rückblicken auf die zwanziger Jahre gegenwärtig gewesen, aber die entscheidende Einzelausstellung blieb ihm vorenthalten. 1940, zwei Jahre nach seinem Tode, war das letzte Buch über den Künstler erschienen.

Nicht erst der Abschuß dieses Künstlerlebens war von Widerspruch umflossen. Von den Nazis entlassen, erhielt Schrimpf von Rudolf Heß Privatbefehle für große Landschaften. Er war Anarchist gewesen, Mitglied des Künstlerates während der Münchner Räterepublik - aber nichts davon schlug sich in seinen Bildern nieder, er neigte eher zu einer rätselhaften Idylle. Als er nach Berlin kam, wo er dem „Sturm“-Kreis nahestand, fand man ihn prompt unzeitgemäß, weil ihm die veristische Schärfe, der kritische Zugriff auf seine Zeit fehlte.

Schrimpf, gelernter Konditor, war als Maler Autodidakt. Und man fragt sich jetzt vor seinen Bildern, ob dieser berühmte Blick seiner Figuren, der ins Ungefähre dringt, mehr insich gekehrt denn nach außen gerichtet ist, ob nicht auch diese Isoliertheit der einzelnen Gestalten, ob nicht überhaupt dieser neuromantische Ewigkeitsdrang ihre Ursache auch in handwerklichen Mängeln, in den selbst angelegenen Möglichkeiten haben.

Dabei geht die Faszination Schrimpts ja vom „Geheimnis“ aus: Die Erwachsenen bewahren sich meistens etwas Kindhaftes, und die Kinder sind immer schon ein bißchen „alt“ geraten. Sie wenden sich dem

Betrachter nie wirklich zu. Sie schauen durch ihn hindurch. Schrimps „magische Sachlichkeit“ entbehrt des Glanzes und der Brillanz. Sie hat vieles von Marc, von der Pithura Metaphysica, insbesondere von Carrá aufgenommen. Aber die „Geheimnisse“ haben etwas seltsam Gediegenes, sie wirken „gemacht“. Wie fast immer die Auseinandersetzung mit der italienischen Malerei, von Giotto bis Raffael, schließlich in nur quasi-romantische Landschaften. Von verschiedenen Madonnen-Motiven zu schweigen, in denen er die früh verstorbene Frau, Maria Uhden, verklärte.

Maria Uhden allerdings ist die Entdeckung dieser Ausstellung. Sie hatte schon 1915, ein Jahr eher als Schrimpf, im „Sturm“ ausgestellt, und sie muß in den knapp zwei Jahren der Gemeinsamkeit, die ihnen blieben, eine enorme künstlerische Ausstrahlung für ihn besessen haben. Sie schuf einen träumerischen Expressionismus. Chagall hatte in ihr eine Berliner Schwester, betrachtet man die Dynamik der Zirkus-Akrobatik, das märchenhafte Chaos von Tier und Natur, die Figuren, die im Universum treiben.

Und wenn von Schrimpf etwas Aufregendes in Erinnerung bleibt, dann ist es der ornamentale Expressionismus seiner Holzschnitte mit ihrer intensiven Helligkeit, dem Dialog von Fläche und Kontur. Seine Häuserlandschaften, am Wasser oder an der Sandgrube, lassen bereits an der Berliner Visionen von Werner Held denken. PETER HANS GÖPFERT

Bis 16. Juni; München: ab 26. Juni, danach Altbau; Katalog 35 Mark, im Buchhandel, Frölich & Kaufmann, 48 Mark.

JOURNAL

Hans Maier Präsident des Bühnenvereins

dpa, Bremen
Der bayerische Kultusminister Hans Maier ist auf der Jahreshauptversammlung des Deutschen Bühnenvereins für vier Jahre zum neuen Präsidenten gewählt worden. Er löst damit den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann ab. Bei der Amtseinführung erklärte Maier u. a., die Förderung von Kultur und Bildung sei kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Bei den Schulen werde über Kosten nicht diskutiert, und dies dürfe auch bei Theatern keine Frage sein.

Pommern-Preis 1985 an Gerhard Eimer

DW, Travemünde
Dem Frankfurter Kunsthistoriker Prof. Dr. Dr. Gerhard Eimer wird im Rahmen des Pommernkongresses in Lübeck-Travemünde der Pommersche Kulturpreis 1985 verliehen. Prof. Eimer, gebürtiger Stettiner, hat sich große Verdienste um die Darstellung von Mensch und Werk des Malers Caspar David Friedrich erworben. Nach der Vertreibung war er führend an der Wiederbegründung der Gesellschaft für Pommersche Geschichte, Altertums- und Kunst beteiligt.

Kompositionsaufträge für die 750-Jahr-Feier

AP, Berlin
Rund zwei Dutzend Kompositionsaufträge, sechs davon für das Musiktheater, sind vom Berliner Senat, an nationale und internationale Künstler aus Anlaß der 750-Jahr-Feier der Stadt 1987 vergeben worden. Von den Komponisten wird erwartet, daß die Auftragsarbeiten einen deutlichen Bezug zu Berlin haben. Die Auswahl der Komponisten und die Vergabe der Aufträge wurden einvernehmlich von dem Generalintendanten der Deutschen Oper Berlin, Götz Friedrich, und dem Beauftragten des Senats für die 750-Jahr-Feier Berlins vorgenommen.

Neue Leiterin für die Kurzfilmtage

dpa, Oberhausen
Die Frankfurter Filmjournalistin Karola Gramann wird neue Leiterin der Westdeutschen Kurzfilmtage in Oberhausen und damit Nachfolgerin von Wolfgang Ruff. Die SPD-Mehrheitsfraktion im Oberhausener Stadtrat hat sich intern einstimmig für Karola Gramann ausgesprochen. Die Entscheidung des Personalausschusses ist damit nur noch Formsache. Karola Gramann gehört seit drei Jahren der Festival-Kommission an.

Nun eine „Kultura“ aus Warschau

J. G. G. K51n
Als Pendant zur bekannten liberalen exilpolitischen Monatsschrift „Kultura“, die in Paris erscheint, ist jetzt eine gleichnamige Wochenzeitung der polnischen KP auf dem Markt gebracht worden. Mit dem gleichlautenden Titel soll die Warschauer „Kultura“ offenbar Verwirrung stiften und die Reputation der Pariser „Kultura“ untergraben. In der Ära Gomulka hatte die Regierung bereits einen ähnlichen Versuch gestartet, der jedoch - weil die Zeitschrift das vorgegebene Ziel nicht erreichte - eingestellt wurde.

Keine Einigung im Bonner Opernstreit

dpa, Bonn
Ohne eine einvernehmliche Regelung ist der vom Bonner Arbeitsgericht festgesetzte Gültigkeitstermin in der Klage des ehemaligen Bonner Generalmusikdirektors Gustav Kuhn gegen seine fristlose Entlassung durch die Stadt zu Ende gegangen. Kuhn war im Mai vom Oberstadtdirektor im Zusammenhang mit der „Obfrühen-Affäre“ fristlos entlassen worden.

Alaeddin Camii in Konya wird restauriert

N. M. Konya
Die größte seldschukische Moschee, die Alaeddin Camii im türkischen Konya, wird für längere Zeit für Besucher gesperrt. Nach Abschluß der Außenrestaurierung sollen nun die wertvollen Holzecken, die 42 antiken Säulen und die Fayencemosaiken im Innern des aus dem 12. Jahrhundert stammenden Baues wiederhergestellt werden.

Geteilter Preis der Filmjournalisten

dl, Osnabrück
Der Preis der Arbeitsgemeinschaft Filmjournalisten, bisher bei den Oberhausener Kurzfilmtagen vergeben, ist jetzt erstmals während des fünften Osnabrücker Experimentalfilm-Workshops verliehen worden. Preisträger wurden zu gleichen Teilen Christoph Janetzky für „F1“ und Klaus Teicher für „Aus der alten Welt“. Den Preis der Zeitschrift „Frau und Film“ erhielt Cathy Joritz für „Negativ Man“.

Opern im Konzertsaal bei den Wiener Festwochen

Siegfried, wohl beftrackt

Operkonzertant - das scheint die Devise des neuen Konzerthaus-Chefs Alexander Pereira zu sein. Bei den Wiener Festwochen präsentiert er nun Franz Schreckers „Schatzgräber“ und Johann Christian Bachs „Lucio Silla“, für die kommende Saison kündigt er Gerdts „Wozzeck“, Welles „Balkanbären“, Schrecks „Les Danaides“, Wagners „Tristan“ (aktuelle) und Donizettis „Polina“ an. Antwort auf die jahrzehntelange Verschlepptheit der Wiener Opern-schritte, die Reaktionen immer wieder hinterlassen und lieber zum x-ten Mal „Turandot“ und „Das Land des Lächelns“ neu herüberbringen.

Freilich zeigt er sich auch immer wieder, wie problematisch konzertante Opernaufführungen sein können. Da stellte sich jüngst etwa der wackere James King auf die leere Bühne der Wiener Staatsoper, um befrucht, befrucht, den Klavierauszug in der Hand und heftig im Takt wippend, erstmals in seinem Leben den Titelhelden im dritten Akt von Wagners „Siegfried“ zu singen.

Am Puls stand Leonard Bernstein, der ursprünglich geplant hatte, an diesem Abend die Fülle von „Walküre“, „Siegfried“ und „Götterdämmerung“ zu dirigieren. Doch schlechte Disposition, Sängerschwierigkeiten oder Feblplanung - in Wien meist alles zusammen - machte den Plan zunichte, und es blieb beim (etwas verlängerten) „Walküre-Finale“ und eben jenem dritten Akt von „Siegfried“. Seltsame Ansetzung des von Wagner postulierten Gesamtkunstwerks.

Ein ziemlich verunglückter Versuch also, den Wagners Wagner-Happen zu werfen und sich damit für die „Ring“-Katastrophe (Metz und Sanjust brachen ihr gemeinsames

Projekt einst nach der „Walküre“ ab) zu entschuldigen. Nun hat Drese-türmer für 1989/90 einen neuen „Ring“ in Aussicht gestellt, und wenn er mutig ist, dann holt er sich dafür den Feuerkopf Leonard Bernstein, der Wagner zwar passgenauweise noch mit Mahler verwechselt, ihn aber in solcher Leidenschaft verfallen ist, daß man den Folgen dieser späten Liebe in einigen Jahren gern wiederbegegnen möchte.

Zurück ins Konzerthaus: Hier bewies sich Johann Christian Bachs „Lucio Silla“ - wie schon 1983 in der Frankfurter Alten Oper und kürzlich in Ulm (s. WELT v. 7. 6.) - als veritable musikalische Entdeckung. Natürlich weiß man aus jeder besseren Mozart-Biographie, wieviel der um 21 Jahre jüngere Salzburger von diesem (11.) Bach-Sproß gelernt hat, den Gainsborough einst malte und der angeblich den „galanten Stil“ erfand. Doch ist in diesem Zusammenhang meist nur von den Klavierstunden die Rede, die den kleinen Wolfen begeisterten. Daß dieser 1765 in London Bachs Oper „Adriano in Siria“ hörte und den tiefen Eindruck nie vergaß (noch kurz vor seinem Tod gab er gewissen Arten im „Titus“ eine Bachsche Färbung), ist schon weniger bekannt.

Jetzt, beim Anhören der Aufführung des 1774 für Mannheim komponierten „Lucio Silla“ mit dem Kammerorchester der Jungen Deutschen Philharmonie, Berliner Singakademie und den Solisten Pamela Coburn, Hildegard Heichele, Elaine Woods, Josef Protschka und Hakan Hagegard (die beste Sängerin am Platz) unter der dirigierten Leitung von Wolfgang Schäfer, wurde einem dies-trotz wechselnden Sängerglücks durchdrungen.

ANDREA SEEBOHM

Genua: Tutos Oper „Pinocchio“ uraufgeführt

Im Bauch des Fisches

Auffälligerweise stammen die interessantesten Beiträge zu einem neuen Musiktheater für Kinder aus Italien: etwa Henzes „Pollicino“ oder Ferreros „La figlia del mago“. Ihnen stellt sich jetzt in Genua Marco Tutinos „Pinocchio“ an die Seite.

Zunächst ist an dieser Uraufführung bemerkenswert, daß sich ein knapp 30jähriger Komponist bei seiner ersten Oper nicht für irgendein „engagiertes“ Gegenwartsdrama entscheidet, sondern für Italiens populäre Kinderbuchfigur. Das hängt aber direkt mit Tutinos musikalischem Standpunkt zusammen, den er einmal in einem offenen Brief an seinen Lehrer Giacomo Manzoni formulierte. Damit sorgte Tutino für Wirbel, weil er die Musik unserer Zeit als häßlich und nutzlos bezeichnete, da sie sich keiner allgemeinverständlichen Sprache mehr bediene.

Tutino nun spürt der Sprache der Kinder nach, versucht ihr durch sinnvolle, lechende, wiederkehrende musikalische Gedanken gerecht zu werden, ohne einfältig zu sein. Der Grundzug seiner Musik, die flirrend unbestimmte Atmosphäre, die sie erzeugt, erinnert in den gebrochenen Flüssen und Streichersprüngen an den frühen Schönberg. Für den Flötisten Tutino ist natürlich die Flöte das

Instrument der Identifikation. Ihr flatternder Ton spiegelt Pinocchios Angst und Unsicherheit wider, seine traumverlorenen Einsamkeit.

Trotz ihrer Reminiszenzen an Puccinis „Turandot“, die die Erscheinung der Fee exotisch umkleiden, oder des Buffogeplappers nach Art des „Gianni Schicchi“ im listigen Schmeicheln des Fuchses und der Katze kann die Musik eine gewisse Gleichförmigkeit nicht überwinden, spinnst sie Tutino als zarten Faden immer weiter, ohne nachdrücklich auf Situationen zu reagieren. Er gibt so dieser Fabel eine kammermusikalische Feinheit, die den muskelschwachen still lauschenden Kindern sichtlich gefällt, ohne daß das sanfte Nina-Nanna sie eingeschliffert hätte.

Tutino hat mit seiner Librettistin Linda Brunetta die einst als Fortsetzungsmusik erschienenen Kindersgeschichten Carlo Collodis geschickt gekürzt, so daß nun kaum wesentliche Situationen vermisst werden. Es ergeben sich immer neue Prüfungen, die ihren Höhepunkt im neoklassizistischen Concertato und dem Tod einer Marionette finden, an das sich eine Moral wie bei Metastasio, vorgetragen von dem Mensch gewordenen Kasperl, anschließt.

Kinder auf der Bühne sind immer problematisch, die Stimmen reichen einfach nicht aus, man versteht sie nicht, sie spielen sich rechttheatrisch an die Rampe vor - doch herzig sind sie allemal. Das war auch der kleine Protagonist in Genua. Das undurchdringliche Eis, das Turandot umgibt, schmolz bei Elizabeth Smiths' überwallender Mütterlichkeit dahin, gelassen ist die hochdramatische Allüre. Charakteristisch besetzt waren die Tiere, der Zirkusdirektor und Pinocchio Vater mit Carlo Gatta, Osvaldo di Credico, Mario Bassola und Gastone Sarti.

Roberto Abbado hatte das mit wenigen Bläsern durchsetzte Streichorchester sicher instruiert und fing kleine Ausstricher rasch auf. Emanuele Luzzati, der schon die fabulierende Bildkraft von Corghis „Gargantua“ in Turin in den Griff bekam, klapperte auch in Genua wieder sein Bilderbuch auf, klapperte nach oben, nach unten, entrollte seitliche Prospekt, wobei die Szene unter Wasser und im Bauch des Fisches große Anerkennung fand. Maria Francesca Siciliani hatte als Regisseurin nur die Spielreue der Kinder und Sänger zu kanalisieren.

ROLF FATH



Pinocchio und die gute Fee: Szene aus der Uraufführung von Marco Tutinos Kinderoper in Genua

FOTO: GIOVANNA DESU

KULTURNOTIZEN

Mit „Computern im Unterricht“ beschäftigt sich das 3. Symposium „Lesen und Schreiben“ am 21. Juni in Saarbrücken.

Das Landhaus von Stéphane Mallarmé (1842-1898) in Vieux-la-Vallée östlich von Paris soll Museum und Studienzentrum werden.

Die XXIV. Musikwochen von Strassburg vom 26. August bis zum 18. September stehen im Zeichen von Bach, Haydn, Scarlatti und Alban Berg.

Für Konrad (551-470) wurde in Peking eine nationale Forschungs-

stelle eingerichtet, die sich mit den Lehren des chinesischen Philosophen beschäftigen soll.

Um 15 Prozent sank die Besucherzahl in den französischen Kinos im ersten drei Monaten des Jahres im Vergleich zum Vorjahr.

Daniel Barenboim ist für weitere drei Jahre zum Chef des Orchestre de Paris gewählt worden.

Verena Reichel erhält für ihre Übersetzungen aus dem Schwedischen ins Deutsche den Preis des Schwedischen Autorenfonds.

Der Schutz in den Bergen nutzte nichts

Sowjets zerstörten in Afghanistan ein deutsches Hospital

WALTER H. RUEB, Bonn
Zum zweitenmal wurde ein Hospital des Bonner Afghanistan-Komitees im Innern des sowjetisch besetzten Landes von der Roten Armee zerstört. Nach der Bombardierung des deutschen Hospitals in Daob nordwestlich von Kabul im Sommer 1984 war diesmal ein medizinisches Zentrum im Kunartal im Nordosten Afghanistans das Ziel sowjetischer Angriffe. Dabei nutzte es den Deutschen nichts, daß sie - wie gestern ausführlich berichtet - ihre Hospitaler zum Schutz vor sowjetischen Luftangriffen in den Bergen eingruben. Diesmal setzten die Russen auch Bodentruppen ein.

Am Morgen des 24. Mai griffen sowjetische Kampfpanzer und Helikopter zehn Ortschaften im Kunartal an, berichtete jetzt der wie durch ein Wunder entkommene afghanische Arzt des Hospitals nach der Ankunft im pakistanischen Peshawar. „Die Russen zerstörten während stundenlangem Luftangriff sämtliche Ortschaften. Nur das kleine Hospital des Bonner Afghanistan-Komitees in der Mitte eines Dorfes wurde verschont. Offenbar hofften die Russen, deutsche Ärzte gefangen nehmen zu können...“

Am Ende ihrer Attacken wurden aus den sowjetischen Hubschraubern Tonnen von Plastikminen abgeworfen und damit der gesamte Dorfmitelpunkt mit dem Hospital vermint und unbeegebar gemacht. „Der Boden war übersät mit Plastikminen in Form von Kugelschreibern, Spielzeug und Büchern“, sagte der entkommene Arzt. Er war nur deshalb nicht in die Hände der Russen gefallen, weil er zwei Stunden vor dem

Luftangriff zur medizinischen Nachsorge eines frisch Operierten in die Umgebung des Dorfes aufgebrochen war.

Die Taktik der Sowjets hatte zur Folge, daß acht Freikampfer, die Dorfzentrum und Hospital beschützen sollten, eingeschlossen waren. Zwei Wächter des Hospitals waren schon vorher ums Leben gekommen, als die Russen im Tal mit Bomben und Raketen ein unbeschreibliches Inferno inszenierten.

Am Nachmittag griffen die Sowjets erneut an, diesmal nur noch mit Hubschraubern. Die Mehrzahl von ihnen stand drohend über dem Dorf mit dem deutschen Hospital, aus einigen anderen Hubschraubern aber wurden Soldaten abgesetzt. Im Schutze von Nebelgranaten setzten die Rotarmisten zum Sturm auf das Dorfzentrum an, nachdem sie die gefährlichen Plastikminen teilweise entfernt hatten. Die Murschabedin wehrten sich tapfer, gegen die Übermacht der Angreifer hatten sie jedoch keine Chance. Alle wurden getötet.

Nach Beobachtungen des afghanischen Arztes fanden bei den Kämpfen auch zahlreiche Russen und Zivilisten den Tod. „Als alles vorbei war, luden die sowjetischen Soldaten medizinisches Gerät, Medikamente und die Bücher mit ärztlichen Eintragungen über die Patienten auf ein Fahrzeug und transportierten alles ab. Dann sprengten sie das Hospital in die Luft.“ Ein Sprecher des Afghanistan-Komitees sagte zur WELT: „Mit Ausnahme eines einzigen Arztes und einiger Sanitäter sind sämtliche Leute unserer Organisation wohlbehalten aus Afghanistan zurück.“

LEUTE HEUTE

Skandalblätter

Die griechische Millionärin Christina Onassis will sich nicht scheiden lassen. Ihr vierter Ehemann, der französische Pharma-Erbe Thierry Roussel, dementierte in Genf alle Gerüchte und kündigte gerichtliche Schritte gegen „Skandalblätter“ an.

Wilde Bestie?

Er ist drei Jahre alt, nicht vorbestraft und landete dennoch im Gefängnis: Taxi, der helle Labrador von Jane Fonda und ihrem Mann, dem kalifornischen Abgeordneten Tom Hayden. Als der Hund jetzt das Anwesen der Haydens unter dem Zaun verließ, fiel er Straßenräubern in die

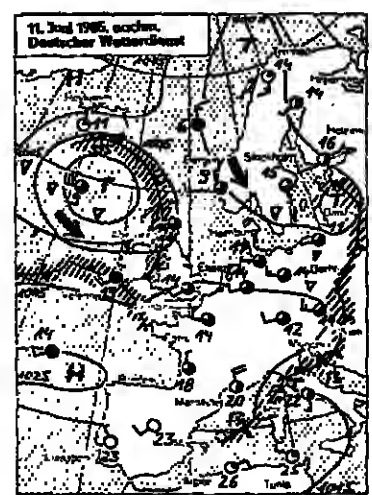
Hände, die nicht nur ihn, sondern auch mit ihm kassierten, indem sie ihn ängstlichen Passanten als „wilde Bestie“ präsentierten. Das ging gut, bis eines der Opfer die Polizei informierte. Seither sitzen alle: Die Bande hinter Gittern, Taxi wieder zu Hause.

Pillenknick

Der „Pillenknick“ wirkt sich inzwischen auch auf die Ehrenpflichten des Bundespräsidenten aus. Richard von Weizsäcker, der jetzt 48 der in seiner Obhut stehenden „Patenkinder“ in Essen besuchte, hat 1984 nur noch bei 240 Familien die Mitverantwortung für das siebte Kind übernommen müssen - der Tiefstand seit Gründung dieser Aktion 1949.

WETTER: Kühl und regnerisch

Wetterlage: Ausläufer eines über die Nordsee ostwärts ziehenden Tiefs beeinflussen heute und morgen das Wetter in Deutschland.



12. Juni 1985, nachts
Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Mittwoch:
Von Auflockerungen in Norddeutschland abgesehen meist stark bewölkt bis bedeckt mit Schauern im Norden und länger anhaltenden Regenfällen im Süden. Tageshöchsttemperaturen um 13 Grad, Tiefstwerte in der Nacht zum Donnerstag bei 7 bis 10 Grad, mäßiger, zeitweise böig aufziehender Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Zunächst noch unbeständig mit Schauern und kühl, erst zum Wochenende etwas freundlicher.

| Temperaturen am Dienstag, 11. Juni | Temperaturen am Mittwoch, 12. Juni | Temperaturen am Donnerstag, 13. Juni |
|------------------------------------|------------------------------------|--------------------------------------|
| Berlin 14° | Kairo 32° | Berlin 14° |
| Bonn 13° | Köpenh. 13° | Bonn 13° |
| Dresden 9° | Las Palmas 24° | Dresden 9° |
| Essen 14° | London 14° | Essen 14° |
| Frankfurt 14° | Madrid 23° | Frankfurt 14° |
| Hamburg 11° | Mallorca 22° | Hamburg 11° |
| List/Sylt 12° | Moskau 17° | List/Sylt 12° |
| München 12° | Nizza 20° | München 12° |
| Stuttgart 13° | Oalo 14° | Stuttgart 13° |
| Algier 26° | Paris 14° | Algier 26° |
| Amsterdam 14° | Prag 11° | Amsterdam 14° |
| Athen 28° | Rom 22° | Athen 28° |
| Barcelona 22° | Stockholm 15° | Barcelona 22° |
| Brüssel 13° | Tel Aviv 30° | Brüssel 13° |
| Budapest 15° | Tunis 14° | Budapest 15° |
| Bukarest 25° | Wien 14° | Bukarest 25° |
| Helsinki 16° | Zürich 14° | Helsinki 16° |
| Istanbul 24° | | Istanbul 24° |

Sonnenanfang am Donnerstag: 5:05 Uhr, Untergang: 21:39 Uhr; Mondanfang: 2:49 Uhr, Untergang: 16:28 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Überraschende Schlußpunkte zweier Sensationsverfahren: Freispruch für Bülow, Freiheit für Bachmeier



Kühler Blick nach vorn
FOTO: DPA

Extrawurst für Marianne Bachmeier?

H.-H. HOLZAMER, Bonn

Am 19. Juni wird Marianne Bachmeier wieder eine freie Frau sein. Der 1. Senat des Oberlandesgerichts Celle entsprach dem Antrag ihres Verteidigers auf vorzeitige Haftentlassung. Die Frau hatte am 6. März 1981 im Schwurgerichtssaal von Lüneburg in einem Akt von Selbstjustiz den wegen Mordes an ihrer Tochter Anna (7) angeklagten Klaus Grabowski erschossen und dafür sechs Jahre Freiheitsstrafe erhalten. Davon hatte sie am 24. Mai 1985 die Hälfte - unter Anrechnung der U-Haft - verbüßt. Bereits seit Januar '84 vertauschte die Frau ihre Zelle mit einem Hildesheimer Krankenzimmer.

Der letzte Antrag auf Haftverschonung war am 17. April vom Landgericht Hildesheim abgelehnt worden. Diese Entscheidung wurde jetzt aufgehoben. Die Hildesheimer Richter hatten sich für den Regelfall einer Haftentlassung nach zwei Dritteln der Strafe im Frühjahr '86 ausgesprochen. Zu der Sonderregelung einer vorzeitigen Haftentlassung schon nach der Hälfte der Zeit hatte sich die Kammer offenbar nicht durchzuringen vermocht. Für diesen Fall verlangt das Gesetz zusätzlich, besondere Umstände in der Tat und der Persönlichkeit des Verurteilten.

In seiner Beschwerde hatte Bachmeiers Verteidiger die Richter mit der Verdächtigung angegriffen, es sei ihnen um „ein Anliegen der Rechtssprechenden gegangen“. Die Haftverschonung sei Frau Bachmeier versagt worden, weil sie mit ihrer Tat, „in den ureigensten Bereich“ der Justiz, eben das Urteilen, eingegriffen habe. Die Meinung des Oberlandesgerichts dazu ist nicht bekannt.



Gnädig und dankbar: Claus v. Bülow mit seinem Anwalt Alan Dershowitz. Sie bekommt von niemandem nichts mehr mit: Martha „Sunny“ v. Bülow
FOTO: AP

An diesem Freispruch kann kein Mensch mehr rütteln

Von A. v. KRUSENSTERN

Der Fall v. Bülow ist zu Ende. Der Mann ist unschuldig. So hat das Schwurgericht in Providence im US-Bundesstaat Rhode Island entschieden. Fünf Jahre lang bewegte Claus von Bülow (58) die amerikanische Öffentlichkeit und beschäftigte das Justizsystem. Der Fall hatte alles an sich, was den Voyeur im Menschen anspricht: klingende Namen, schöne Frauen, Unmassen von Geld, dazu den Verdacht der Verurteilung, kurz: den Ruch der großen weiten Welt.

Claus von Bülow und die geschiedene Prinzessin Auersperg waren lange glücklich verheiratet. Nur in einem Punkt kriselte es: Die amerikanische Millionärstochter Martha hatte sehr viel Geld, und Claus hatte keine. Er litt darunter. Also schenkte Martha ihm, der es vor seiner Ehe immerhin zum Finanzberater des Ölmagnaten Paul Getty gebracht hatte, eine Million Dollar für den eigenen Start. Aber daraus wurde nichts, weil

Martha sich nun über Claus' häufige Abwesenheit beklagte. Also blieb er wieder zu Hause und legte sich statt dessen eine Freundin zu: die hübsche Alexandra, geschiedene Isles, geborene Gräfin Moltke, Gelegenheitschauffeure und wie Claus aus Dänemark stammend.

Weihnachten '79 verließ Martha von Bülow in Clarendon Court, ihrer Prachtvilla am Atlantik, wo der Welt-Hit „High Society“ mit Grace Kelly, Bing Crosby und Louis Armstrong gedreht wurde, in tiefe Bewußtlosigkeit, von der sie sich aber noch einmal erholte. Die Ursache der Bewußtlosigkeit blieb im dunkeln. Das gleiche geschah genau ein Jahr später, nur daß Martha seitdem nicht mehr zu sich gekommen ist und in tiefem Koma in einem New Yorker Krankenhaus liegt.

Auf Claus fiel zunächst kein Verdacht. Seine Stiefkinder Annie-Laurie und Alexander aus Marthas erster Ehe mit dem österreichischen Prinzen Auersperg bestanden aber auf ei-

ner Untersuchung, die mit der Anklage wegen versuchten Mordes in zwei Fällen endete. Die Hausärzte sagten aus, sie habe in einem Schrank eine schwarze Tasche mit einer Injektionspritze und einem Fläschchen mit der Aufschrift „Insulin“ gefunden. Und Alexandra Isles erklärte als Zeugin der Anklage, sie habe Bülow gedroht, ihn zu verlassen, wenn er seiner Ehe mit Martha nicht ein Ende mache.

Bülow wurde im März '82 in Newport für schuldig befunden und zu 30 Jahren Haft verurteilt; aber seine Anwälte entdeckten Verfahrensfehler und setzten einen neuen Prozeß durch, der jetzt mit dem sensationellen Freispruch des Angeklagten endete, wie die WELT gestern berichtete.

Freispruch, obwohl die Zeugen der Anklage bei ihren Aussagen geblieben waren, ja Alexandra Isles noch zusätzlich Überflüssiges hinzuzufügen hatte: Claus habe ihr geäußert, daß er stundenlang tatenlos am Bett seiner Frau gesessen habe, als sie Weihnachten '80 morgens bewußtlos aufgefunden wurde. Erst nachmittags habe er einen Arzt gerufen.

Daß Bülow diesmal - und nun endgültig - freigesprochen wurde, hat er den medizinischen Sachverständigen zu verdanken. Sie erklärten, die Symptome Martha von Bülows seien mit Insulininjektionen nicht zu vereinbaren, und bezeichneten die Tests, durch die die Anklage Insulinspuren an der Injektionsnadel nachweisen wollte, für unsachgemäß. Gleichwohl blieben viele Fragen offen.

Und Bülow selber? Seine Pläne: „Das Rauchen abgewöhnen“, Sagt's und lacht. (SAD)



Seit ihrer Aussage von der Blödsinnigkeit verschwanden: Alexandra Isles. Zwei, die nicht von der Unschuld ihres Stiefvaters überzeugt sind: Annie-Laurie Kassel und Alexander von Auersperg

Über Tod und Leben entscheidet der Mensch am Steuer

P. HANNEMANN, Heidelberg

Für eine „hervorragende und verantwortungsbewußte Berichterstattung und Kommentierung zur Hebung der Verkehrssicherheit und Unfallverhütung“ wurde der WELT-Redakteur Heinz Hornmann, verantwortlich für Auto- und Reise-WELT, gestern im Königssaal des Heidelberger Schlosses mit dem Christophorus-Preis ausgezeichnet. „Sein Ziel sei es gewesen“, so die Begründung der Jury, „der Vernachlässigung des Problemkreises Verkehrssicherheit entgegenzusetzen und deren fortwährende Aktualität bewußt zu machen.“

Mit diesem Autoren-Preis ehrt die Christophorus-Stiftung des Versicherungs-Verbandes HUK seit 1959 jährlich publizistische Leistungen, die dazu beitragen, die Verkehrssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern. Dafür sei Hornmanns Reportage über Selbstversuche mit dem Gurtgürtel in der Forschungs-Zentrum Ismaning, ein überzeugendes Beispiel. Die Wirkung der Sicherheitsgurte wurden hierbei nachdrücklich herausgestellt und gute Argumente für das Anschließen veröffentlicht.

Die zwölfköpfige Jury aus Verkehrsexperten, darunter die Präsidenten des Verkehrssicherheitsrates und der Verkehrswacht, Unfallforscher und Publizisten, vergab außerdem die Ehrenteller als sogenannte Objektpreise. Für die Verdienste um die Verkehrssicherheit im vergangenen Jahr wurden der Saarländische Rundfunk, die „Süddeutsche Zeitung“, die „Heilbronner Stimme“, die „Neue Presse Coburg“, so wie die Zeitschrift für Fahranfänger „Steig

ein“ ausgezeichnet. Goldmedaillen für langjährigen Einsatz erhielten die Publizisten Eberhard Seifert und Götz Weilmann.

Der Präsident des HUK-Verbandes, Heinz Sievers, stellte in einer Verkehrsanalyse fest, daß sich seit 1970 die Zahl der Unfälle von 20 000 auf jetzt gut 10 000 im Jahr 1984 halbiert habe. Mit Sorge beobachtet der Präsident, daß erst jeder fünfte Rücksitzpassagier der Angurtpflicht auf den Rücksitzen genügt, während sich auf den Vordersitzen indes 90 Prozent der Insassen, wenngleich unter dem Druck des Bußgeldes, anschnallen.

Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen sind nach Ansicht des HUK-Verbandes aus unfalltechnischen Überlegungen heraus

kein Thema. Der Autobahnanteil am Straßennetz beträgt nur zwei Prozent, er bewältigt aber 25 Prozent des Gesamtverkehrs. Gleichwohl ereignen sich dort nur 4,35 Prozent der Unfälle mit Personenschäden. Vom Schadensaufwand her sind dies vergleichsweise bescheidene 900 Millionen Mark zu elf Milliarden Mark für die übrigen 75 Prozent.

„Aktive Fahrhilfen und passive Sicherheitselemente sind Angebote der Industrie. Wie es aber zukünftig auf unseren Straßen zugeht, ob die Unfallkurve weiter fällt, entscheidet allein der Mensch am Steuer.“ Diese Zeilen des WELT-Redakteurs Heinz Hornmann hob Sievers als zutreffend hervor und ergänzte: „Mehr Sicherheit in den Fahrzeugen, bessere Straßen, ein gutes Rettungswesen und die Fortschritte in der Unfallmedizin haben ebenfalls zu mehr Unfallsicherheit beigetragen.“

Der ARD-Korrespondent Wolf Lüttmann merkte in seiner Festrede allerdings auch Kritisches an. Er verlangte einen verstärkten Einsatz und eine bessere Koordination der Automobilclubs und der Verbände, damit sie in Zukunft auf diesem Gebiet effektiver arbeiten.



Zwei Fans sicherer Autos: Heinz Hornmann und Heinz Sievers
FOTO: BERND KOLLMANN

Rockkonzert für Afrika mit einer Milliarde Fans

AFP, London

Viele bekannte amerikanische und britische Rockstars werden am 13. Juli in zwei Rockkonzerten in Philadelphia (US-Bundesstaat Pennsylvania) und London vor bis zu einer Milliarde Fernsehzuschauern in aller Welt ihre Kampagne gegen die Hungersnot in Afrika fortsetzen. Die Veranstalter hoffen, die beiden „Live Aid“-Supershows über sieben Satelliten in 180 Länder, einschließlich der Sowjetunion sowie der Volksrepublik China auszustrahlen und 12,5 Millionen Dollar für die afrikanischen Dürreopfer zusammenzubringen. Für das Konzert in dem bereits voll ausverkauften Londoner Wembley-Stadion (79 000 Plätze) wurden Stars wie David Bowie, Phil Collins, Elvis Costello, Elton John, The Pretenders, Sade, The Who und Paul McCartney angekündigt. In Philadelphia werden gleichzeitig neben anderen Mick Jagger, Eric Clapton, Paul Simon und Stevie Wonder auftreten.

Zug raste in Schulbus

AP, Tel Aviv

Beim Zusammenstoß eines Zuges mit einem Omnibus sind vier Menschen getötet worden. Die israelischen Rundfunks zufolge gestern vormittag in der Nähe der Hafenstadt Haifa 22 Menschen ums Leben gekommen, die meisten davon Schulkinder. Weitere 17 Personen wurden verletzt. Die Kollision ereignete sich an einem unbeschränkten Bahnübergang auf einem zum Mittelmeeresstrand führenden Feldweg.

Schweizer beleidigt

dpa, Basel

Mitglieder eines freiburgischen Fernsehteams aus der Bundesrepublik Deutschland sind in Basel wegen Beschimpfung zu je einer Woche Gefängnis und Geldstrafen von je 100 Schweizer Franken verurteilt worden. Die Deutschen hatten Zeitungsberichte zufolge im Bahnhof von Basel unter anderem gerufen: „Hitler hätte die Schweiz annektieren sollen und alle vergasen sollen.“

Scherben auf der Autobahn

dpa, Bad Oeynhausen

Ein Scherbenhaufen aus zerbrochenen Keramik-Fliesen blockierte in der Nacht zum Dienstag den Verkehr auf der Autobahn, Oberhausen-Hannover. Nach Angaben der Polizei war ein mit Fliesen beladener Lastwagen zwischen Exter und Bad Oeynhausen auf den Mittelstreifen geraten. Dabei war die Ladung auf beide Richtungs-fahrbahnen gestürzt.

Transsibirische Eisenbahn

dpa, München

Die Transsibirische Eisenbahn, die sonst nur von Moskau aus startet, führt jetzt erstmals von München ab. 146 Fahrgäste traten gestern, die 19-tägige Reise in das 12 000 Kilometer entfernte Chabarowsk an.

Das beste ist: eine gute Versicherung.



ZU GUTER LETZT

„Die Stadtlager unserer Heimatstadt... leisten enorme Arbeit. Es sind zuverlässige Jäger mit hohem Verantwortungsbewusstsein, die im Stillen wirken. Sie kommen den Wünschen großer Bevölkerungsteile nach und halten dort, die Eltern kurz, wo sie überhandnehmen.“ Es stand im HAMBURGER JÄGER.

Delta fliegt nach 100 USA-Städten. Von Küste zu Küste.

Von New York bis Texas, von Florida bis Kalifornien fliegt Delta Sie nach fast allen Städten in den USA. Nutzen Sie Deltas Nonstop-Flüge von Frankfurt nach Atlanta oder von Frankfurt nach Dallas/Ft. Worth, wo Sie müheloser Anschluß nach 100 Städten erwartet.

Weiterhin bietet Delta täglich mehrere Flüge von den Knotenpunkten New York und Boston

nach vielen Städten im Süden, einschließlich 15 berühmten Urlaubszielen in Florida, sowie nach New Orleans, Dallas/Ft. Worth und Houston.

Wenden Sie sich an Ihr Reisebüro. Oder rufen Sie bitte unser Delta-Büro in Frankfurt an. Ruf: 069/23 30 24. Telex 416 233. Deltas Ticket Office befindet sich in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main.

Delta.Profis auf der ganzen Linie.

